Ist Evangelische Kirche ein rot-grünes Projekt? S.5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 38 – 22. September 2012

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





So haben sich viele Deutsche die europäische Einigung nicht vorgestellt: Zwist und Zank statt Harmonie und Freundschaft Bild: mauritius

Den Deutschen reicht es

Erstmals ist eine Mehrheit überzeugt, dass es uns ohne den Euro besser ginge

Die Deutschen rechnen mit Europa ab. Waren sie jahrzehntelang ein Garant der europäischen Integration, werden sie jetzt zunehmend kritischer als die Menschen in anderen EU-Staaten.

Rund die Hälfte (49 Prozent) der Deutschen glaubt, dass es ihr ohne die Europäische Union besser ginge. Das ist das Ergebnis einer Studie, die das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung in Deutschland, Frankreich und Polen durchgeführt hat. Zudem sprachen sich 65 Prozent der befragten Deutschen gegen den Euro aus; nur 21 Prozent glauben, dass er ihnen Vorteile gegenüber der D-Mark bringe. Wesentlich positiver sind dagegen die Meinungen in Frankreich und Polen, wo sich eine knappe Mehrheit für die EU und die Gemeinschaftswährung ausspricht. Laut Emnid-Institut seien sich die Deutschen zwar darüber im Klaren, dass ihr Land in der globalisierten Welt ohne die Mitgliedschaft in der EU im Konkurrenzkampf mit den anderen Wirtschaftsmächten nicht mithalten könne. Andererseits fürchteten sie durch die offenen Grenzen die Konkurrenz auf dem hiesigen Arbeitsmarkt. Knapp die Hälfte sehe durch die EU sogar den sozialen Frieden in Deutschland gefährdet. Zudem werde die fehlende demokratische Legitimation der EU-Institutionen bemängelt. Dies alles führe, so die Bertelsmann-Stiftung, zu einem allgemeinen Gefühl des Kontrollverlusts. So schlecht wie in dieser Umfrage hätten die Menschen die EU und die Gemeinschaftswährung noch nie beurteilt.

> Missmanagement in der Euro-Krise ließ Deutsche umdenken

Damit haben sich die Deutschen von den größten Befürwortern zu den stärksten Kritikern der EU entwickelt. Die Gründe liegen auf der Hand. Jahrzehntelang haben sie die EU hauptsächlich durch deren Regelungswut wahrgenommen. Sie haben auch akzeptiert, als größter Nettozahler die Gemeinschaft nach dem Solidaritätsprinzip zu finanzieren. Kritiker wurden stets mit dem Hinweis auf den volkswirtschaftlichen Nutzen, Vorteile wie die Reisefreiheit und die Wahrung des Friedens in Europa beschwichtigt. Doch das ungehemmte Jonglieren mit deutschen Steuermilliarden zur „Rettung“ der Gemeinschaftswährung hat nun zu einem Umdenken geführt. Die Deutschen wollen nicht länger der Zahlmeister Europas sein und ihr Geld in ein Fass ohne Boden werfen. Und das schon gar nicht, wenn Bundesregierung und Parlament nicht einmal mehr über die Verwendung der Milliarden entscheiden, sondern diese Kompetenz nach Brüssel abgeben sollen. Die Emnid-Umfrage zeigt, dass eine Mehrheit der Deutschen offensichtlich nicht nur den Euro für gescheitert hält, sondern das ganze europäische „Projekt“ in Frage stellt. Am Ende ist es damit noch lange nicht. Soweit ist es erst, wenn sich Deutschland daraus zurückzieht. Denn die EU kann nur so lange existieren, wie deutsches Geld fließt. Es liegt also im Interesse der proeuropäischen Politiker, die Deutschen wieder auf ihre Seite zu bringen. Das wird ihnen jedoch nur gelingen, wenn sie für eine demokratische Legitimation der EU und eine Partizipation der Bürger sorgen. *Jan Heitmann*

Nur ein Placebo gegen die Entdemokratisierung

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum ESM hat die Gefahren der Euro-Rettung nicht gebannt

Peter Gauweiler wertet die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) als Teilerfolg. In der Wirklichkeit dürfte der Erfolg des CSU-Politikers jedoch nicht weit tragen.

Positiv ist: Die Haftungsobergrenze Deutschlands zum dauerhaften „Rettungsschirm“ darf nun nicht ohne Zustimmung des Bundestages über die angesetzten 190 Milliarden Euro angehoben werden. Bislang sollte der ESM-„Gouverneursrat“ eine Erhöhung einfach verordnen können, womit das wichtigste Recht des Parlaments, das Haushaltsrecht, ausgehebelt worden wäre. Zudem muss der Bundestag umfassend informiert werden. Dem Plan von Bundesregierung und Rot-Grün, das ESM-Führungsgremium wie einen Diktator im Geheimen über das Geld der Deutschen verfügen zu lassen, ist so zumindest eine gewisse Grenze gesetzt worden.

Mehr Öffentlichkeit, mehr Bundestagsbeteiligung, das aber ist es auch schon. Doch was ist dies in der Praxis wert? Bislang hat der Bundestag alle Beschlüsse zum Euro – seit seiner Einführung – mit nahezu Volkskammer-gleicher Einigkeit durchgewinkt. Im Zweifel werden Beschlüsse in aller Hast mit der Warnung vor „unkalkulierbaren Risiken auf den Märkten“ erzwungen, Abweichler wurden, wie zuletzt der FDP-Finanzexperte Frank Schäffler, bereits offen in die rechtsradikale Ecke gestellt. Der wachsende Verdruss im Volk (siehe Beitrag oben) beeindruckt die Parteien nicht im Mindesten, solange die Wahlergebnisse stimmen. Und an den Wahlurnen ist noch keine Gefahr für die Euro-Einheitsfront auszumachen.

> Über EZB wird das Parlament umgangen

Hinzu kommt: Im Kern wurde dem Karlsruher Urteil bereits durch die Ankündigung der Europäischen Zentralbank (EZB), unbegrenzt Staatsschulden klammer Euro-Länder in ihre Bücher zu nehmen, bereits im Vorfeld weitgehend die Schlagkraft genommen.

Die EZB hält zwar vor, nur dann Staatsschuldtitel zu kaufen, also den Ländern frisch „gedrucktes“ Geld zukommen zu lassen, wenn diese sich zuvor unter den ESM begeben und damit „Auflagen“ erfüllt hätten. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass diese „Auflagen“ in der Praxis oft unterlaufen werden.

Wichtiger aber ist: Im Zusammenspiel mit der EZB ist es kaum noch notwendig, die wesentlichen Hilfssummen aus dem ESM zu nehmen, womit die Gefahr, dass die Gesamtsumme nicht reicht und Deutschlands Anteil erhöht werden müsste, gering ist. Denn künftig dürften vielmehr eher geringe ESM-Kredite nur als Einfallstor für unbegrenzte Eingriffe der EZB missbraucht werden: Der ESM böte also lediglich den juristischen Rahmen, in dem dann Inflationsgeld ohne Limit produziert werden könnte.

Für die Finanzminister, auch für Wolfgang Schäuble, käme das sehr gelegen: Mit Inflation werden die Staatsschulden entwertet, und zwar auf Kosten der Sparer, der Lebens- und privat Rentenversicherten. Ihre Ersparnisse könnte nur Geldwertstabilität schützen, für die allein noch Bundesbank-Präsident Jens Weidmann einsteht, weshalb Schäuble ihn immer offener attackiert. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Nur inszeniert

Irgendwo in Kalifornien drehen ein paar Möchtegern-Filmschaffende einen als dümmliches Machwerk treffend qualifizierten Streifen, der gleich nach der Uraufführung in der Versenkung verschwindet. Bis Monate später eine den Propheten Mohammed obszön verunglimpfende 14-Minuten-Sequenz des Films im Internet auftaucht, die in der islamischen Welt einen gewalttätigen Sturm auslöst.

Unser Verständnis von Meinungsfreiheit lässt es zu, dass der Film im Internet frei zugänglich ist und sogar öffentlich aufgeführt werden darf. Gleichwohl wird in Deutschland mit Hinweis auf die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ein Verbot diskutiert. Ganz unabhängig von verfassungsrechtlichen Bedenken hieße das, vor einem gewalttätigen Mob in den arabischen Staaten, der rationalen Argumenten gar nicht zugänglich ist, zu kapitulieren. Ein Verbot würde auch nichts bewirken, denn den angeblich Entrüsteten geht es gar nicht um konkrete Provokationen wie diesen Film oder Karikaturen, die bereits vor Jahren veröffentlicht wurden. Ihnen geht es bei ihren Angriffen auf westliche Einrichtungen darum, ihre Unzufriedenheit über die Verhältnisse in ihren Ländern auf brutale Weise an einem Sündenbock auszulassen. Und dieser Sündenbock sind die westlichen Staaten. Gäbe es die Karikaturen oder den Film nicht, würden die Randalierer einen anderen Grund suchen, um Botschaften in Brand zu setzen und Menschen zu ermorden. Für radikalislamische Gruppierungen ist dieser Film ein Segen, können sie doch aus diesem nichtigen Anlass religiösen Furor inszenieren und gegen den Westen instrumentalisieren. Das fällt ihnen leicht, denn die „Arabellion“ hat viele Verlierer hervorgebracht und zudem die Ressentiments gegen den Westen nicht beseitigt, obwohl dieser sie teilweise erst möglich gemacht hat.

> Ressentiments gegen den Westen statt religiöser Furor

Damit zeigt sich, dass die USA und ihre Getreuen wieder einmal der Illusion aufgesessen sind, dass jeder, der den selben Feind bekämpft, automatisch ein Freund und Verbündeter ist. Eines ist wohl sicher, auch wenn es zynisch klingen mag: Hätte der US-Botschafter in Libyen nicht so eifrig daran mitgewirkt, die Gegenregierung gegen Gaddafi zu installieren, würde er heute noch leben. Derweil steht das Christentum im Orient vor dem Exodus. Auch das sind die Segnungen der „Arabellion“.

MELDUNGEN

Sammelbecken des Terrors

Bonn – Dem BKA ging ein 20-jähriger Deutsch-Afghane ins Netz, der der „Islamischen Bewegung Usbekistan“ angehören soll. Ihm wird vorgeworfen, 800 Euro an die Taliban-nahe Terrorgruppe überwiesen und Informationen über deutsche Politik weitergeleitet zu haben. Die Gruppe, die in Deutschland offenbar neue Anhänger rekrutieren will, machte schon öfter auf sich aufmerksam. Im August wurde der Schwiegersohn des als „Kalifen von Köln“ bekannten Metin Kaplan als Unterstützer zu einer Haftstrafe verurteilt. Vor einem Jahr tötete ein US-Drohnenangriff einen gesuchten Deutsch-Türken in einem pakistanischen Terrorcamp. Und gegen zwei weitere wird ermittelt. *tws*

Deutsche Opfer beigesetzt

Iglau – Am vergangenen Wochenende fand im tschechischen Iglau [Jihlava] eine Trauerfeier zu Ehren von zwölf bei Kriegsende ermordeten Deutschen statt. Daran nahmen über 200 Menschen teil, davon über 60 Angehörige der Opfer aus Deutschland. Im Anschluss folgte ein zweisprachiger Gottesdienst auf Tschechisch und Deutsch. Dieses „versöhnliche Ende“, wie es die Autorin Herma Kannel ausdrückt, sei ein Schritt von der grausamen tschechisch-deutschen Geschichte weg, über die in dieser Hinsicht lange geschwiegen worden sei. Nach 1945 mussten etwa drei Millionen Sudetendeutsche ihre Heimat verlassen und viele andere wurden grausam umgebracht. In Iglau wurde kurz nach Kriegsende ein Massaker an zwölf Sudetendeutschen verübt. Vor zwei Jahren wurden die sterblichen Überreste der Opfer entdeckt und erst kürzlich mittels DNA-Proben identifiziert. Das Bemühen, die Einzelheiten der damaligen Zwischenfälle aufzuklären, findet zusehends Anklang und wird wie mit der Messe in Iglau verarbeitet, auch wenn es bis heute gespaltene Meinungen über die Geschehnisse gibt. *M.G.*

Skandalisierung dominiert

Der NSU-Untersuchungsausschuss scheint vor allem an PR in eigener Sache interessiert zu sein

Nahezu täglich gibt es neue Schlagzeilen über die Ermittlungen des Bundestags-Untersuchungsausschusses zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU). Die schleppende Herausgabe von Akten durch Behörden und überraschende „Fundsachen“ werfen immer wieder neue Fragen auf. Die Aufklärung wird dabei durch parteipolitische Profilierungsversuche und Inszenierungen behindert. *PAZ*-Autor Michael Leh hat die Sitzung des Untersuchungsausschusses am 11. September verfolgt.

Noch vor Beginn der öffentlichen Sitzung im Berliner Paul-Löbe-Haus gibt es einen Eklat. Der Untersuchungsausschuss will erst jetzt davon erfahren haben, dass es auch einmal eine Akte des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) über rechtsextreme Aktivitäten von Uwe Mundlos vom „NSU-Trio“ während dessen Wehrdienstzeit 1994 bis 1995 gab. Erst ein Nachhaken des Grünen-Politikers Christian Ströbele beim Bundesverteidigungsministerium habe dies jetzt ans Tageslicht befördert. Die Ausschussmitglieder äußern sich reihum vor den Fernsehkameras „entsetzt“, „fassungslos“ und „empört“. Die „Berliner Empörungsmaschine“ kommentiert dies später die „FAZ“.

Wie das Verteidigungsministerium erklärt, hatte der MAD vorschriftsgemäß die Akte längst gelöscht, Kopien aber nach Wehrdienstende von Mundlos ebenfalls vorschriftsgemäß unter anderem an das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sowie das Landesamt in Sachsen geschickt. Bei letzterem wurde im März ein Vermerk darüber gefunden. Erst durch ein Freigabeersuchen aus Sachsen erfuhr der MAD wieder, dass es diese Akte einmal gab, informierte das Ministerium und erteilte sofort die Freigabe. Laut Verteidigungsministerium hat das Landesamt Sachsen im April die freigegebene Unterlage an den Untersuchungsausschuss übermittelt. Dass es einmal eine MAD-Akte über Mundlos gab, hatte der Ausschuss also

Was hat sich der MAD zu schulden kommen lassen?

längst wissen müssen. In Sachsen fehlte allerdings die vollständige Akte. Der neue MAD-Präsident Ulrich Birkenheier, seit 1. Juli 2012 im Amt, hatte alsbald noch einmal bei den zivilen Verfassungsschutzämtern nachgefragt, ob es noch Kopien gäbe. Erst im August tauchte eine im BfV wieder auf (sie soll in einen falschen Ordner geraten sein). Das BfV erbat vom MAD die Freigabe, dieser informierte das Ministerium und gab die Akte frei. Das alles hätte gewiss schneller gehen können, doch angesichts dieses Ablaufs erscheinen die Verdächtigungen, der MAD hätte etwas vertuschen wollen, haltlos.

Doch was geschieht? Die „fassungslosen“ Abgeordneten erklären, sofort müsse MAD-Präsident Birkenheier erscheinen. Er wird herbeizitiert und muss den Prügelknaben auch vor den Medien abgeben. Hartfrid Wolff von der FDP, bereits bei der Vernehmung von Verfassungsschutzpräsident Heinz Fromm unangenehm als Wichtigtuer aufgefallen, fordert sogleich vor den Fernsehkameras die Abschaffung des gesamten MAD. Das ist eine alte Forderung der FDP, sie hat gar nichts mit diesem „Aktenfall“ zu tun, aber er passt jetzt so gut und lässt sich schön skandalisieren. Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), weder zuständig noch kompetent in puncto Bundeswehr, stößt andernorts sofort ins dasselbe Horn.

FDP kippt unsachlich Öl ins Feuer

Vor allem die Rundfunkmedien trompeten meist 1:1 die Stellungnahmen der Abgeordneten in die Welt. Angefangen bei der ARD ist überall von „Skandal“ und „Entsetzen“ die Rede. So müssen dem deutschen Michel die Haare zu Berge stehen ob des sinistren Treibens eines vermeintlich ebenso unfähigen wie überflüssigen militärischen Dienstes. An ein Lob für den MAD, weil ihm rechtsextreme Aktivitäten des Wehrpflichtigen auffielen und diese auch mit einem immerhin mehrtägigen Arrest geahndet wurden, ist natürlich nicht zu denken.

Bezüglich Leutheusser-Schnarrenberger wird Verteidigungsminister Thomas de Maizière später erklären: „Was ich … gar nicht mag, sind öffentliche Ratschläge von Kabinettskolleginnen, die nicht zuständig sind.“ De Maizière ist aber auch selber wegen der Personalakte Mundlos in die Kritik geraten, die laut der SPD-Abgeordneten Eva Högl dem Ministerium bereits seit langem vorgelegen habe und nicht erst, wie mitgeteilt, im Juni 2012. Ströbele besteht deshalb noch auf einer Vorladung de Maizières in den Untersuchungsausschuss.

Zwischen dem ganzen Trubel um die MAD-Akte gab es aber auch noch andere Themen im Untersuchungsausschuss. Die Vernehmung des ehemaligen hessischen Verfassungsschützers Andreas T., der kurz vor oder kurz nach der Ermordung des Türken Halit Yozagt am 6. April 2006 in des Kasseler Internetcafé den Tatort verließ, ergibt nichts Neues. T. will von dem Mord nichts mitbekommen haben. Yozgat wurde mit Schalldämpfer erschossen und lag tot auf dem Boden hinter seinem Tresen. Weil T. sich nicht als Zeuge meldete, machte er sich tatverdächtig und er musste seinen Dienst beim Verfassungsschutz quittieren.

Zu einem harten Schlagabtausch kommt es im Ausschuss mit dem früheren Direktor des hessischen Verfassungsschutzes, Lutz Irrgang. Ihm wird vorgeworfen, Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft im Mordfall Yozagt behindert zu haben. Irrgang weist dies zurück und erklärt: „Ich stehe zu meinen Entscheidungen.“



Neuigkeit? Christian Ströbele hätte längst wissen können, dass es die MAD-Akte gab Bild: M. Gottschalk/dapd

Die Schulden-Uhr: Alles wird gut

Zehn Milliarden weniger will der Bund 2013 ausgeben, so dass er 2013 „nur“ noch 18,8 Milliarden Euro neue Schulden macht. Dass es der Bund selbst bei steigenden Steuereinnahmen nicht schafft, einen ausgeglichenen Haushalt zu präsentieren, verärgert. Zumal diese 18,8 Milliarden Euro nur zutreffen, wenn die optimistischen Prognosen von Finanzminister Wolfgang Schäuble eintreten. So geht er weiter davon aus, dass Deutschland so niedrige Zinssätze für seine bisherigen Schulden zahlen muss wie in diesem Jahr. Auch rechnet der CDU-Politiker mit einer passablen Konjunktur und vor allem damit, dass kein Euro-Land pleite geht. Die vom Staat übernommenen Schulden aus den Tagen der Bankenrettung erwähnt Schäuble gar nicht, die heißen ja sowieso „Sondervermögen“. *Bel*

2.051.236.599.877 €

Vorwoche: 2.050.423.362.232 €
Verschuldung pro Kopf: 25.076 €
Vorwoche: 25.066 €

(Dienstag, 18. September 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Im Namen Allahs?

Ägypten: Falsche Fatwa führte zu Blutvergießen

Gelegentlich – und nicht nur im Sommerloch – macht eine von irgendwem verkündete Fatwa Schlagzeilen, weil ihr Inhalt besonders grotesk erscheint. Sei es wegen geforderter Verhaltensweisen oder gar einem „Todesurteil“, wie einst gegen den Schriftsteller Salman Rushdie.

Allerdings gibt es selbst unter Muslimen heftige Kontroversen beim Thema Fatwa. So etwa im August in Ägypten, als ein Imam geplante Proteste gegen Präsident Mohammed Mursi als Abtrünnigkeit („ridda“) von Demokratie und Freiheit bezeichnete. Er rief die Ägypter auf, gegen die Protestierer vorzugehen und diesen, wenn sie Gewalt anwenden sollten, mit Gewalt zu antworten. Wer selbst dabei ums Leben komme, gelange ins Paradies. Umgekehrt sei man nicht für den Tod von Gegnern verantwortlich und daher auch nicht zur Zahlung von Blutgeld an deren Familien verpflichtet. Prompt regte sich massiver Widerspruch. Besagter Imam berief sich zwar auf die Al-Azhar Universität, aber das Religionsministerium sprach ihm jede Berechtigung im Zusammenhang mit Al-Azhar ab, und selbst die Muslimbruderschaft wies die Fatwa zurück. Trotzdem kam es zu Blutvergießen.

Doch was ist eigentlich eine Fatwa? Sie ist eine bloß unverbindliche Rechtsmeinung, die meist auf Anfrage von einem dazu befugten Rechtsgelehrten, einem „Mufti“, erstellt wird – was täglich hunderte Male vorkommt.

Offiziell gibt es strenge Regeln, an die sich aber keiner hält

Imam war zwar in der Frühgeschichte des Islam ein Ehrentitel für herausragende Rechtsgelehrte, ist dies heute aber nur noch bei den Schiiten (etwa Ayatollah Chomeini). Bei den Sunniten hingegen ist ein Imam bloß der Vorbeter in der Moschee. Wenn er, wie im obigen Fall, zwar in Al-Azhar studiert hat, ist er damit noch lange kein Mufti, und seine Fatwa widersprach gleich mehrfach den Bedingungen.

Denn Mufti wird man nur nach einer strengen Ausbildung in islamischem Recht und einem Training für dessen Anwendung in Gegenwartsfragen. Eine eigene Wissenschaft ist dabei das Regelwerk zur Erstellung einer Fatwa („adab al-fatwa“). Der Mufti darf sich nicht durch Parteilichkeit oder eigene Neigungen leiten lassen und er muss auch die wahrscheinlichen Folgen bedenken. Die Fatwa muss eindeutig begründet und formuliert sein, um Missverständnisse auszuschließen. Ihre allfällige Durchsetzung steht aber keinem Mufti und nicht einmal Al-Azhar zu, sondern einzig den staatlichen Instanzen.

Soweit die schöne Theorie. Praktisch allerdings hängt das „Gewicht“ einer an sich unverbindlichen Fatwa von dem Maß an Autorität ab, das man deren Verkünder zubilligt. Und ein fachlich ungebildetes, autoritätshöriges Publikum vertraut eben auch Halbgebildeten oder gar Scharlatanen und lässt sich von diesen verhetzen. Wie sich gerade wieder an den Reaktionen auf einen zweifellos infamen und kategorisch abzulehnenden Film zeigt – und wie es ja auch im aufgeklärten Abendland vorkommt, selbst bei manchen naturwissenschaftlichen Themen. *R. G. Kerschhofer*

Mehr Letten für Riga

Lettland bürgert in Russland Lebende ein

Konsequenzen auch für EU-Länder wie Deutschland könnte eine vor wenigen Wochen gemachte Änderung am lettischen Passgesetz haben. Lettland will die Einbürgerung von Letten, die zwischen 1940 und 1990 in übrige Teile der damaligen Sowjetunion gingen oder verschleppt wurden sowie auch deren Nachkommen, erheblich vereinfachen. Profitieren könnten von der Regelung mehr als 100 000 Anspruchsberechtigte, die heute auf dem Boden Russlands leben. Allein 75 000 Letten sollen Schätzungen zufolge zu Sowjetzeiten nach Sibirien deportiert worden sein. Zusätzlich anspruchsberechtigt für eine Einbürgerung in Lettland sollen auch entfernte Verwandte von Letten werden, die bereits zwischen 1881 und 1940 aus dem Land ausgewandert sind.

Bevölkerungsschwund soll gebremst werden

Aus lettischer Sicht ist die Entscheidung, lettischstämmigen Personen die Einbürgerung zu erleichtern, nachvollziehbar. Über Jahrzehnte hatte das Land unter Bevölkerungsverlusten zu leiden. Sehr massiv waren die Verluste durch die stalinistische Verschleppungs- und Terrorpolitik. Gleichzeitig wurde zu Sowjetzeiten durch gezielte Ansiedlungspolitik versucht, den Anteil der Nichtletten auf dem Boden Lettlands zu erhöhen. Als Folge leben derzeit unter den rund 2,2 Millionen Einwohnern des Landes etwa 350 000 Menschen, die einen Nicht-Bürger-Pass haben. Sie sind den lettischen Staatsbürgern weitgehend gleichgestellt, dürfen allerdings kein Wahlrecht ausüben. Stattdessen genießen diese überwiegend russischstämmigen Einwohner das Privileg, ohne Visum nach Russland einreisen zu dürfen.

Aber auch nach Wiedererlangung der staatlichen Selbständigkeit Anfang der 90er Jahre hielt der Bevölkerungsschwund an. Vor allem nach dem EU-Beitritt des Landes im Jahr 2004 soll es mindestens 100 000 Letten auf Jobsuche nach Großbritannien gezogen haben, so die Schätzung des lettischen Botschafters in London. Und seit dem Auslaufen einer Übergangsregelung genießen lettische Staatsbürger seit dem 1. Mai 2011 auch in Deutschland die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. *N.H.*

Nützliche Idioten in der CDU

Von THEO MAASS

Die Bundes-CDU hat erkennbar kein Interesse mehr an guten Wahlergebnissen, die jenseits der 40-Prozent-Marke liegen. Um Kanzlerin zu bleiben, kann Angela Merkel auf die Zerstrittenheit des linken Lagers zwischen Postkommunisten, Piraten, Grünen und Sozis bauen. In Brandenburg liegen die Verhältnisse anders. Dort gibt es außer der CDU letztlich nur noch die Linken und die SPD, die als relevante politische Größen in Betracht kommen. Grüne und FDP sitzen da mehr oder weniger „aus Versehen“ im Landtag. Die Liberalen liegen laut Umfragen inzwischen sogar im kaum noch messbaren Bereich.

Die brandenburgischen Christdemokraten haben an der Hypothek zu tragen, dass 1990 mit Manfred Stolpe (SPD) ein populärer und authentischer „Ossi“ Ministerpräsident werden konnte. Seit den Landtagswahlen 1999 ist die CDU zudem hinter der Partei „Die Linke“ immer nur drittstärkste politische Kraft geworden. Nur mit einem klaren rechten und konservativen Profil haben die märkischen Christdemokraten eine Chance beim Wähler. Jörg Schönbohm führte die Partei damals in die Regierungsverantwortung. Sein politisches Ziehkind, Saskia Ludwig, wurde vor gut zwei Jahren Landes-Chefin der CDU und war so erfolgreich, dass sie in den Umfragen ein Allzeithoch erzielte und die SED-Erben in der Wählergunst auf den dritten Platz verwies. „Was tun“, fragte schon der Genosse Lenin. Das Problem Ludwig musste also „gelöst“ werden. Hier fanden sich in der CDU schnell nützliche Idioten.

In der brandenburgischen CDU scheinen zwei Sorten von „Ludwigkillern“ vorzuherrschen. Die Berufsintriganten, denen der „Besitz“ der Partei wichtiger ist als deren Erfolg ist, und diejenigen, die sich nach „sozialer Nestwärme“ im politischen Diskurs sehnen. Letztere nehmen es sich zu Herzen, wenn die in der Mark atomisierte FDP den Christdemokraten mit Liebesentzug droht. Sie machen lieber Selbstmord aus Angst vor den Tode. Die erstere Kategorie hingegen ist langzeitgefährlich. Sie hoffen auf die Beteiligung an der Regierungsmacht und ein Koalitionsangebot von der SPD. Dabei ist es ja dann auch egal, ob die CDU 24,5 (letzte Umfrage) 30 oder doch bloß wieder 19, 18, oder 17 Prozent Stimmenanteil bei den Wahlen bekommt. Die „Putschisten“ waren zu klug, selbst „Hand anzulegen“. Stattdessen schickte man den Überzeugungskonservativen Dieter Dombrowski vor. Als alter politischer Hase sollte er doch eigentlich Lenins Wort vom „nützlichen Idioten“ kennen. Er lässt sich bei Bedarf leichter „beseitigen“, zudem kann man ihm die Verantwortung für sinkende Umfragewerte zuweisen. Schöner hätten Ulbricht, Mielke und Konsorten das auch nicht hinbekommen.

Anbiederung statt Opposition

Brandenburgs CDU macht sich mit dem Putsch gegen Saskia Ludwig fein für Koalition mit der SPD



Nach dem Putsch: Die Brandenburger CDU hatte der Presse viel zu erklären, wobei die meisten Medien Ludwigs Weggang mit entsprechenden negativen Berichten mit erzwungen hatten. Dieter Dombrowski (r.) wird nun den Fraktionsvorsitz übernehmen.

Bild: pa

Nach dem Putsch gegen Saskia Ludwig könnten sich schnell die Zustände wiedereinstellen, die für lange Zeit Kennzeichen der märkischen CDU waren: Zerstrittenheit und politische Bedeutungslosigkeit.

Sie habe die rot-rote Koalition zu hart attackiert und Medienvertretern Parteilichkeit zugunsten der regierenden SPD vorgeworfen. Es sind erstaunliche Vorwürfe, die den erzwungenen Rücktritt Saskia Ludwigs (CDU) vom Amt der Fraktions- und Landesvorsitzenden begleiten. Je größer der zeitliche Abstand zur Entmachtung der Politikerin wird, desto deutlicher wird die Motivation, die eine Vielzahl ihrer parteiinternen Kritiker angetrieben zu haben scheint. Mit ihrem klaren Oppositionskurs zur SPD stand Ludwig denjenigen im Wege, die von vornherein eine Koalition mit der SPD nach den Landtagswahlen im Jahr 2014 anstreben.

Nimmt man das Ausmaß des Kesseltreibens innerhalb der eigenen Partei und die Vorwürfe gegen Saskia Ludwig zum Maßstab, dann scheint für einen Großteil der märkischen CDU das Ziel, einmal stärkste politische Kraft in Brandenburg zu werden, längst abgehakt. Insgeheimes Parteiprogramm scheint stattdessen zu sein, sich durch handzahme Oppositionsarbeit als Juniorpartner einer ewig dominierenden SPD zu empfehlen.

Kaum anders ist zu erklären, dass sich Ludwig tatsächlich den Vorwurf eines zu harten Attackierens der Platzeck-SPD anhören musste. Dass Ludwigs Kurs mit Umfragewerten von 24,5 Prozent der Brandenburger Union ungewohnt hohe Zustimmung gebracht hat, scheint weite Teile der Partei erstaunlicherweise kaum zu interessieren. Die politische Kaltstellung Ludwigs scheint nicht nur für den CDU-Generalsekretär Dieter Dombrowski den Weg zu einem Karrieresprung freigemacht zu haben. Zwar hat man sich in der Partei bereits darauf verständigt, dass der CDU-Generalsekretär den Fraktionsvorsitz übernimmt, dass er aber zusätzlich den Landesvorsitz erhält, gilt mittlerweile als unwahrscheinlich. Die Stimmung in der Partei scheint auf eine personelle Trennung von Fraktionsvorsitz und Landesvorsitz hinzulaufen.

> Ludwig bleibt aber offenbar CDU-Kreisvorsitzende

Im Gespräch für den Landesvorsitz, der am 17. November gewählt werden soll, ist inzwischen unter anderem die Oberbürgermeisterin von Brandenburg/Havel, Dietlind Tiemann. Das Ex-SED-Mitglied Tiemann hat es zwar geschafft, die Oberbürgermeisterwahl in der als SPD-Hochburg geltenden Stadt mit 56,4 Prozent zu gewinnen, innerparteilich genießt sie allerdings kaum Rückhalt. Besser stehen die Chancen für Michael Schierack. Der CDU-Kreischef von Cottbus geht ideologischen Debatten meist aus dem Weg, gilt als volksnah und konzentriert sich auf brandenburgische Themen. Ambitionen werden auch dem frühere Parteivize Sven Petke und der Ex-Ministerin Barbara Richstein nachgesagt. Keiner der für den Landesvorsitz gehandelten Namen verspricht allerdings, dass die märkische CDU wieder ein so scharfes Profil als Oppositionskraft herausarbeitet, wie unter Ludwig.

Sehr schnell könnte sich bewahrheiten, was der CDU-Haushaltsexperte Ludwig Burkardt als Folge des Rücktritts von Saskia Ludwig sieht: „Damit ist die brandenburgische CDU wieder dort angelangt, wo sie vor 22 Jahren einmal begonnen hat. Bei der Regierung knallen die Sektkorken.“ Mit dem Verzicht auf ernsthafte Oppositionsarbeit zur rot-roten Koalition und der absehbaren Machtzersplitterung an der Spitze der märkischen CDU sind tatsächlich beste Bedingungen dafür geschaffen, dass sich die Partei bald in Zuständen wiederfindet, die unter Ludwig als überwunden galten: eine zerstrittene Partei, die weitgehend bedeutungslos irgendwo unter der 20-Prozent-Marke dahinvegetiert.

Welche Zustände über lange Zeit im Landesverband geherrscht haben, wird am besten an der Zahl des verschlissenen Spitzenpersonals in der noch kurzen Geschichte der Nachwende-CDU deutlich. Als Landesvorsitzende hatte Ludwig seit 1990 acht Vorgänger, als Fraktionsvorsitzende sogar neun. Auch wenn sich Ludwig noch bedeckt gibt, ist keineswegs ausgeschlossen, dass sie sich zu einem späteren Zeitpunkt in der Landes-CDU wieder stärker einmischt, denn trotz erzwungenem Rücktritt von Fraktions- und Landesvorsitz ist sie immer noch Vorsitzende des Kreisverbandes Potsdam-Mittelmark. Es ist nicht nur der mächtigste Kreisverband der märkischen Union, Ludwig hat dort auch immer noch breiten Rückhalt.

Zur zusätzlichen Belastung für die CDU könnten sich nach dem Sturz Ludwigs Vorwürfe entwickeln, die nun gegen den ehemaligen CDU-Landeschef und Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns erhoben werden. Die Anti-Korruptionsorganisation „Transparency International“ wirft dem Ex-Minister vor, noch innerhalb einer üblichen Karenzzeit von drei Jahren für ein Unternehmen tätig geworden zu sein, mit dem er als Wirtschaftsminister selbst befasst gewesen war. Konkret geht es um die Solar-Fima „Odersun“, für die Junghanns mit seiner Beraterfirma bereits ein Jahr nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Wirtschaftsministers tätig gewesen sein soll. Während seiner Amtszeit waren der Firma 13,4 Millionen Euro an Fördergeldern gezahlt worden. Die spätere Beratertätigkeit von Junghanns soll dazu geführt haben, dass von seinem Nachfolger als Wirtschaftsminister Ralf Christoffers („Die Linke“) nochmals Landesbeihilfen von drei Millionen Euro für die Firma genehmigt worden sind. *Norman Hanert*

Renaissance der DDR-Platte

Investoren entdecken die Wohnimmobilien als sichere Geldanlage

Die lange verschmähten DDR-Plattenbauten, die in den 70er und 80er Jahren zu zehntausenden entstanden sind, haben neue Liebhaber gefunden. Als Anlageobjekt angelsächsischer Investoren wie Beteiligungsgesellschaften, Pensionsfonds und Versicherungsgesellschaften.

Die „Platte“ bietet aus Sicht der Investoren gleich mehrere Vorteile. Statt einer Vielzahl von Einzelobjekten mit oft unterschiedlichem baulichen Zustand und Ausstattungsgrad, lässt sich bei den Transaktionen mit den Plattenbauten eine hohe Zahl von Immobilien handeln, die einen fast gleichen Standard aufweisen. Zudem gelten die Plattenbauten als sehr effektiv in der Verwaltung. Aktuell steht eine Transaktion an, bei der 38000 Wohnungen in Dresden von der Fortress Investment Group wieder auf den Markt gebracht werden. Bereits auf Einkaufstour waren in diesem Jahr der Investmentriese Blackstone und Cerberus Capital Management, die ebenfalls bei den Plattenbauten zugegriffen haben.

Dass nun selbst die DDR-Bauten aus Betonfertigteilen ins Visier internationaler Investoren geraten sind, ist kein Zufall. Deutschland gilt unter Anlegern als der sichere Hafen, während einige krisengeschüttelte Länder der Euro-Zone regelrecht gemieden werden. Sollte irgendwann sogar die Rückkehr zu einer deutschen Währung auf der Tagesordnung stehen, dann steht durch ein Investment in Deutschland noch ein Aufwertungsgewinn in Aussicht. Mit dem Immobilienkauf in Deutschland hätte man dann Euro oder Dollar, deren Kaufkraftschwund immer unübersehbarer wird, in eine neue deutsche Währung umgetauscht.

> Rendite geringer als erhofft, aber Geld ist sicher angelegt

Nach Schätzungen des Immobiliendienstleisters Jones Lang La-Salle sind allein im ersten Halbjahr 2012 von ausländischen Immobilienkäufern in Deutschland 3,3 Milliarden Euro ausgegeben worden. Inzwischen erfolgt die Hälfte der Käufe von deutschen Immobilien ab zehn Wohneinheiten durch ausländische Käufer.

Hintergrund der Entwicklung, dass überhaupt größere Pakete von Wohnimmobilien wie im Fall Dresdens wieder auf den Markt gelangen, sind oftmals Fehlkalkulationen einiger Investoren beim Kauf deutscher Immobilien in den letzten Jahren. Während für die Immobilien relativ hohe Preise gezahlt wurden, haben sich in vielen Fällen die Einnahmen nicht so steigern lassen, wie dies erhofft worden war. Wegen aufgenommener Kredite müssen nun wieder Wohnungspakete abgegeben werden, allerdings herrscht an Kaufinteressenten kein Mangel. *N.H.*

Grenzen setzen

SPD-Neukölln warnt vor Islamisten

Auf einer Klausurtagung am 3. September hat die SPD-Neukölln die „Grünauer Erklärung“ erarbeitet, die sich kritisch mit islamistischen Bestrebungen auseinandersetzt. An den Berliner Schulen sehen die Sozialdemokraten Handlungsbedarf. „Weitere Abstriche an der Schulpflicht lehnen wir ab. Insbesondere die Teilnahme am Sport-, Schwimm- und Biologieunterricht darf nicht aus religiösen Gründen verweigert werden“, so die SPD.

Den in der Vergangenheit in den Medien häufig erwähnten radikalislamischen Salafisten müsse man zudem offensiv begegnen: „Deshalb müssen gewaltbereite Gruppierungen innerhalb der salafistischen Strömungen wie bisher mit den Mitteln des Verfassungsschutzes beobachtet und, wenn nötig, durch Verbote, polizeiliche Präventions- und staatsanwaltliche Verfolgungsmaßnahmen bekämpft werden.“ Weiter heißt es, dass keine „auffälligen weltanschaulichen Symbole“ an den Schulen getragen werden sollen.

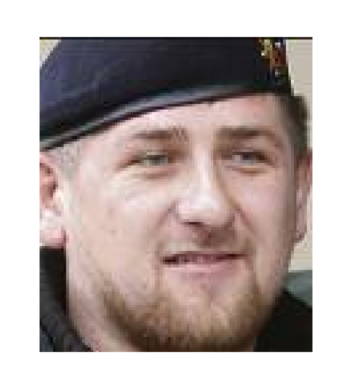
> Ethik-Unterricht soll Kinder aufklären

Die Neuköllner SPD verspricht sich auch Wirkung vom Ethik-Unterricht. Dieser könne die Kinder von der Islamisierung abhalten. „Das Recht von Eltern, die Religion ihrer Kinder zu bestimmen, erlischt mit dem vollendeten 14. Lebensjahr. Der Ethik-Unterricht muss Jugendlichen vermitteln, dass sie sich anders entscheiden dürfen.“ Die SPD glaubt, dass die Ausbildung von Imamen und Religionslehrern in Deutschland der Islamisierung Einhalt gebieten könne. Auch wird die Anerkennung von islamischen Glaubensgemeinschaften als Körperschaften des Öffentlichen Rechts bei Bekenntnis zum Grundgesetz in dem Papier befürwortet. *T.M.*

Probleme mit dem Personal

Die CDU hat rasch eine Nachfolgerin für die unglückliche Personalie der nach nur neun Monaten Amtszeit ausgeschiedenen parteilosen Wirtschaftssenatorin Sybille von Obernitz gefunden. Von Obernitz hatte sich durch ihren kommandoartigen und eigenmächtigen Führungsstil wenig Freunde gemacht. Aber auch an ihrer Nachfolgerin, der 51-jährigen Cornelia Yzer, gibt es jetzt schon Kritik. Denn die Managerin und Rechtsanwältin war von 1997 bis 2011 Hauptgeschäftsführerin des Verbandes forschender Arzneimittelhersteller und ist somit Lobbyistin. Nach einer Umfrage halten 86 Prozent der Befragten Lobbyisten generell für ungeeignet, um ein Ministeramt zu übernehmen. Experten merken jedoch an, das Yzer ihren Lobbyisten-Job mangels vorzeigbarer Ergebnisse verloren habe, doch Berlins krankende Wirtschaft brauche dringend jemanden auf dem Posten des Wirtschaftssenators, der Erfolge bewirkt. *H.L./Bel*

Zeitzeugen



Ramsan Kadyrow – Seit 2007 ist der heute 35-Jährige Präsident von Tschetschenien. Der russische Präsident Wladimir Putin galt dabei als sein Steigbügelhalter. Für seine Loyalität gegenüber dem Kreml erhielt Kadyrow großzügige Finanzspritzen aus Moskau, das den tschetschenischen Haushalt zu 80 Prozent finanzierte. Doch Kadyrow verfolgt andere, von Russland unabhängige Ziele. Statt Präsident nennt er sich seit 2010 „Oberhaupt" Tschetscheniens. Personenkult, ständige Verletzung der Menschenrechte sowie der Versuch einer Re-Islamisierung kennzeichnen Kadyrows Politik. Er strebt ein Groß-Tschetschenien an, zu dem auch die heute zur Russischen Föderation gehörenden Nachbarrepubliken Inguschetien, Dagestan und Nordossetien gehören.

Junus-Bek Jewkurow – Im Oktober 2008 wurde der 1963 in Nordossetien Geborene vom damaligen Präsidenten Dmitrij Medwedjew als Präsident der Republik Inguschetien eingesetzt. Jewkurow ist außerdem Generalmajor der Russischen Armee. Er nahm an den Tschetschenienkriegen und dem Einsatz des russischen Kontingents an der Sfor-Mission in Bosnien und Herzegowina teil. 2009 überlebte er schwer verletzt einen Anschlag auf seinen Wagenkonvoi.



Alexander Chloponin – Der damalige Präsident Medwedjew setzte den kremltreuen Oligarchen 2010 als Generalgouverneur des neu gegründeten Nordkaukasischen Regierungsbezirks ein, der sieben Regionen umfasst, darunter überwiegend muslimische wie Tschetschenien und Inguschetien sowie das christlich geprägte Nordossetien. Ziel war, den ärmsten Regionen der Russischen Föderation eine wirtschaftliche Perspektive zu geben, in der Hoffnung, so Konflikte besser lösen zu können.



Michail Saakaschwili – Die zweite Amtszeit als georgischer Präsident endet im Januar 2013. Der als prowestlich geltende Präsident ist promovierter Jurist, der in den 90er Jahren in Norwegen Menschenrechte studierte und in Washington promovierte. 2003 wurde er zum Wortführer der vom Westen unterstützten „Rosenrevolution". Seit 2007 kommt es immer wieder zu Massenprotesten gegen seine autoritäre Amtsführung und Verletzungen der Menschenrechte.

Kaukasus glimmt wieder

Tschetscheniens Präsident will mehr Geld von Moskau – Förderprogramm beendet

Seit er 2007 mit Wladimir Putins Unterstützung Präsident von Tschetschenien wurde, gilt Ramsan Kadyrow als Garant für Ruhe und Ordnung in dem von Kriegen gezeichneten Land. Seine Kremltreue wurde in der Vergangenheit mit Finanzspritzen aus Moskau belohnt.

Ramsan Kadyrow kann auf einige Erfolge zurückblicken. Es gelang ihm dank des russischen Förderprogramms zum Wiederaufbau die Spuren der Kriege zu beseitigen. Die Hauptstadt Grosny ist inzwischen zu einer modernen Metropole geworden. Allerdings lässt Kadyrow sich einen Kult um seine Person gefallen und setzt sich gern medienwirksam in Szene. Als er kürzlich einen Bruderzwist mit der benachbarten Republik Inguschetien vom Zaun brach, drohte die scheinbare Stabilität in der Region erneut zu zerbrechen. Anlass für den Streit mit dem ebenfalls kremltreuen Nachbarn Junus-Bek Jewkurow war eine Explosion im inguschetischen Dorf Galaschki nahe der Grenze zu Tschetschenien. Während Jewkurow behauptete, zwei Banditen hätten die Explosion selbst ausgelöst, spricht Kadyrow von einer erfolgreichen Anti-Terror-Operation tschetschenischer Einheiten und wirft der inguschetischen Führung Versagen bei der Bekämpfung des Extremismus vor. Kadyrow drohte mit einer Revision des Grenzverlaufs, wobei er sich auf Dokumente von 1934 beruft, denen zufolge zwei Bezirke im Osten und Norden Inguschetiens – Sunschenki und Malobek – zu Tschetschenien gehören. Nach dem Zerfall der Sowjetunion erklärte Tschetschenien seine Unabhängigkeit, während Inguschetien sich für den Verbleib bei Russland entschied. Eine offizielle Grenze wurde nirgends schriftlich festgehalten. Ramsan Kadyrow beruft sich zusätzlich darauf, mit Moskau vor der russischen Präsidentenwahl vereinbart zu haben, bis nach der Wahl zu warten, um dann eine endgültige Grenzregelung herbeizuführen. Inguschetien würde bei einer Grenzziehung im Sinne Kadyrows zwei Drittel seines Territoriums einbüßen. Falls es eine Absprache mit Moskau gegeben hat, kann Kadyrow sie nur mit Wladimir Putin getroffen haben, dessen Rückkehr ins Präsidentenamt zu der Zeit schon sicher war. Im Frühjahr lobte Kadyrow Putin zudem als einzigen russischen Politiker, auf den man sich verlassen könne.

Kadyrow testet den Kreml

Beobachter berichten, dass Kadyrow von Jahr zu Jahr selbstbewusster und gegenüber der Zentralregierung in Moskau unabhäniger wird, und glauben, dass der Kreml die Kontrolle über den Kaukasus aufgrund einer nachlässigen Politik allmählich verliert. Für eine friedliche Kaukasuspolitik hatte sich zuletzt Dmitrij Medwedjew eingesetzt und mit der Gründung des neuen Nordkaukasischen Regierungsbezirks und mit der Einsetzung des Generalgouverneurs Alexander Chloponin auf Entspannung gesetzt. Chloponin rügte das Verhalten der beiden Streithähne und forderte sie auf, die Diskussion um Grenzen und gegenseitige Beleidigungen unverzüglich zu beenden. Gleichzeitig kündigte er die Bildung zweier Kommissionen ein, zu welchem Zweck und zu welchem Zeitpunkt, ließ er aber offen.

Vieles deutet darauf hin, dass Kadyrow, dessen Regierung seit 2002 bis 2011 jährlich Milliarden Rubel für den Wiederaufbau Tschetscheniens erhalten hat, den Kreml testen will. Im vergangenen Jahr endete das Förderprogramm und Tschetschenien erhielt in diesem Jahr nur noch 102 Millionen Euro Unterstützung aus Moskau. Kadyrow forderte Regierungschef Medwedjew auf, weitere Mittel für die Tilgung tschetschenischer Schulden bei der russischen Landwirtschaftsbank zur Verfügung zu stellen. Als Druckmittel kommt Kadyrow ein Nachbarschaftstreit sehr gelegen. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Vielvölker-Region Kaukasus: Tschetschenien versucht, sich zwei Drittel des kleinen Inguschetien einzuverleiben

Bild: Archiv

Konflikte um den Kaukasus seit der Antike

Der Kaukasus ist eine Region, in der viele verschiedenartige Völker leben, die sich durch Sprache und unterschiedliche Religionszugehörigkeiten unterscheiden. Genau in dieser Vielfalt der Völkerschaften liegen die Wurzeln für Konfliktpotenzial. Für griechische Geografen der Antike bildete der Kaukasus eine Trennlinie zwischen Europa und Asien, aber auch einen Brückenkopf zwischen beiden Welten. Römer, Perser, Mongolen, Osmanen und Russen machten ihren Einfluss in der Region geltend. Ab dem 18. Jahrhundert wirkte sich der Expansionsdrang Katharinas der Großen und ihrer Nachfolger auf den Kaukasus aus, es dauerte jedoch über 100 Jahre, ihn zu unterwerfen. Antirussische Ressentiments haben sich auch durch die Politik der Sowjets erhalten, die bei der willkürlichen Aufteilung der Sowjetrepubliken keine Rücksicht auf die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung nahmen. Stalin ließ zudem 1944 Hunderttausende Tschetschenen und Inguschen unter dem Vorwand, sie hätten mit deutschen Militärs kollaboriert, deportieren. Spannungen zwischen Georgiern mit Abchasen und Südosseten, die auf die kommunistische Zeit zurückgehen, spielten eine Schlüsselrolle beim Konflikt Georgiens mit Russland im Sommer 2008. In der Gegenwart ist die Region zwischen die Interessenfronten der Großmächte USA und Russland geraten. Während Russland seinen Einfluss im Nordkaukasus verteidigt, nimmt die USA mit dem westlichen Militärbündnis Nato Einfluss auf Georgien. Mit Georgiens Zustimmung zu Russlands Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) haben sich die Beziehungen zwischen Russland und Georgien allmählich wieder normalisiert. Ein neuer Konflikt könnte diese zarten Bande schnell wieder zerreißen. *MRK*

Zwischen den Fronten

Westkurs contra Russland

Parlamentswahl in Georgien entscheidend für die Zukunft

Am 1. Oktober finden in Georgien Parlamentswahlen statt. Diese könnte sich als richtungsweisend ergeben, denn gegen die Regierungspartei „Vereinte Nationale Bewegung" tritt mit dem Oppositionsbündnis „Georgischer Traum" des Milliardärs Bidsina Iwanischwili erstmals ein ernstzunehmender Gegner an. Saakaschwili, dessen Amtszeit im Januar 2013 endet, kann nach zwei Amtszeiten nicht wiedergewählt werden, einen Nachfolger hat er noch nicht genannt. Insofern dürfte der Ausgang der Parlamentswahl auch im Westen mit Interesse verfolgt werden.

Der 56-jährige Unternehmer Iwanischwili gilt als „Spion Moskaus", dessen Wahlkampf mit Milliarden aus Moskau unterstützt wird, dennoch gelingt es ihm, ein großes Stimmenpotenzial gegen Saakaschwilis autoritäre Amtsführung auf sich zu einen. Iwanischwili, der sein Vermögen von etwa fünf Milliarden Euro im Russland der 90er als Freund Jelzins erwarb, verspricht neben Arbeitsplätzen die brachliegende Landwirtschaft zu entwickeln, Kleinunternehmer zu fördern und eine Krankenversicherung für alle einzuführen. Nach der Rosenrevolution von 2003 hatte der Milliardär zunächst Saakaschwili unterstützt, er sponserte Armeeuniformen, Ministergehälter, den Wiederaufbau von Kirchen und Kulturgebäuden. Zum Bruch mit Saakaschwili kam es 2007, als dieser eine Großdemonstration mit Gewalt auflösen ließ.

Michail Saakaschwili kämpft gegen Einfluss aus Moskau

Tatsächlich häufte Saakaschwili in den vergangenen neun Jahren viel Macht an, regierte quasi im Alleingang. Seine Partei stellt im Parlament die verfassungsgebende Mehrheit, Gesetze werden so geändert, dass sie den politischen Gegnern schaden. Wegen angeblicher Verstöße gegen das Wahl- und Parteispendengesetz wurde Iwanischwili zu astronomischen Geldstrafen von 150 Millionen Euro verurteilt. Iwanischwilis Partei „Georgischer Traum" wird bei den Parlamentswahlen eine realistische Chance von etwa 33 Prozent Stimmenanteil eingeräumt.

Saakaschwili ist eher ein Reformer als ein Demokrat. Seit der Rosenrevolution 2003 regiert er Georgien mit harter Hand. Zu seinen Erfolgen zählt zweifelsohne der kontinuierliche Rückgang der Korruption, ein atemberaubender Aufschwung durch hohe Direktinvestitionen, eine florierende Bauwirtschaft und ein jährliches Wirtschaftswachstum zwischen sechs bis zehn Prozent. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat sich seit 2004 verdreifacht.

Trotz vieler Mängel bei der Demokratisierung des Landes ist Saakaschwili bei der Bevölkerung beliebt. Seine Partei wird voraussichtlich auf 55 Prozent kommen. Kritiker werfen ihm vor, den Augustkrieg gegen Russland 2008 losgetreten zu haben, als Saakaschwili, den Westen hinter sich glaubend, den Angriff gegen Russland wagte. Saakaschwilis Politik war von Beginn an pro-westlich orientiert. Deshalb ist für ihn eine faire und demokratische Parlamentswahl wichtig.

Georgien strebt einen Nato-Beitritt bis 2014 an. Auch deshalb geht es jetzt für Saakaschwili darum, als Präsident den Westkurs seines Landes zu verteidigen. *MRK*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **7534**

»Längst ein rot-grünes Projekt«

CDU-Politiker behauptet, Evangelische Kirche in Deutschland sei politisch unterwandert worden

Die Kandidatur von Katrin Göring-Eckardt um eines der beiden Spitzenämter der Grünen für die Bundestagswahl 2013 hat den Blick auf die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) gelenkt, wo die engagierte Politikerin unter anderem im Rat sitzt. Nun wird ihr unterstellt, die EKD als grünen Wahlverein zu missbrauchen.

Auf Drängen des Vizepräses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, Günther Beckstein, sollte am 21. September die Zukunft von Katrin Göring-Eckardt in ihrer Funktion als Präses der Synode diskutiert werden. Sollte sie eines der Spitzenämter bei den Grünen erlangen, dann sei das nicht mehr mit der Leitung der Synode und dem Spitzenamt der Vertretung aller evangelischen Christen vereinbar, so der ehemalige bayerische Ministerpräsident Beckstein (CSU), der 2009 Göring-Eckardt bei der Wahl um das EKD-Spitzenamt unterlag. Beckstein verweist auf den CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe, der sofort nach Übernahme des Parteiamtes 2009 den Sitz im Rat der EKD geräumt habe. Auch der Thüringer FDP-Generalsekretär Patrick Kurth merkte an, dass man nicht gleichzeitig Präses der EKD und Spitzenkandidat bei den Grünen sein könne. Die Kirche müsse aufpassen, nicht als grüner Wahlverein missbraucht zu werden, so Kurth.

Während Beckstein und Kurth über die Zukunft reden, wenn Göring-Eckardt Spitzenkandidatin werden würde, was eher unwahrscheinlich ist, geht der stellvertretende Unions-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Arnold Vaatz, viel weiter: „Die evangelische Kirche ist nicht mehr neutral. Sie ist in ihren Führungsetagen längst ein rot-grünes Projekt.“

Doch was ist dran an diesem harten Urteil, das Vaatz gelassen ausspricht? Auf den ersten Blick scheint sich Vaatz Behauptung nicht zu bestätigen. In der siebenköpfigen Synode ist kein anderer EKD-Vertreter bei den Grünen oder anderen linken Parteien engagiert. Von den 15 Mitgliedern des Rates ist auch nur Edeltraud Glänzer, Mitglied des Vorstandes der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, als politisch links stehend auszumachen. Unter www.evangelisch.de erfährt man allerdings, dass der Landesbischof von Sachsen und stellvertretende Ratsvorsitzende der EKD, Jochen Bohl, in den frühen 90er Jahren stellvertretender Landesvorsitzender der saarländischen Grünen gewesen sein soll.





In welcher Funktion steht Katrin Göring-Eckhardt an diesem Rednerpult? Die Grünen-Politikerin vertritt hier gerade die Evangelische Kirche in Deutschland Bild: J. Schlueter/dapd

Weitere EKD-Spitzen mit grünem Hintergrund

Und Ellen Ueberschär, Generalsekretärin des Kirchentages, ist bei der grünen Heinrich-Böll-Stiftung aktiv. Und der „Focus“ vermeldete, dass der Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Evangelischen Kirchentag 2011 in Dresden, Hubertus Grass, zuvor in Sachsen Landesgeschäftsführer der Grünen war.

Doch ist es überhaupt notwendig, das Führungspersonal der EKD auf einen politisch linken Hintergrund zu durchleuchten, um zu erfassen, dass das, was die EKD macht, oft sehr stark an die Politik der Grünen erinnert? „Bischof Weber: Antisemitismus mit Zivilcourage entgegentreten“, „Interkulturelle Woche 2012 wird in Potsdam eröffnet ‚Herzlich willkommen – wer immer Du bist‘“ und „Weltläden, Supermärkte und kirchliche Initiativen werben in den kommenden zwei Wochen für den fairen Handel“ lauten drei der vier aktuell angezeigten Meldungen auf der Internetseite der EKD. In der vierten wird angekündigt, dass eine Arbeitsgruppe aus Politikern und Bischöfen die Reformation unter dem Aspekt der Toleranz neu beleuchten wolle. Natürlich ist Nächstenliebe eine urchristliche Tugend, doch in Sprache und Art der Aufbereitung erinnern jene Meldungen sehr an grüne Politik. Bibelbezüge findet man nur in einigen Pressemitteilungen, die sich immerhin mit der Frage der Verantwortung für das Leben aus christlicher Sicht auseinandersetzen. Auch gab die EKD eine Studie zur Patentierbarkeit von Pflanzen und Tieren ihrer Kammer für nachhaltige Entwicklung heraus. Das sehr grün anmutende Thema wird aber immerhin so betrachtet, dass es zur EKD passt. Das Fazit lautet dann auch: „Zu fragen ist, wie Biopatente mit dem Schöpfungsauftrag zu vereinbaren sind, die Gaben der Schöpfung so zu bewahren und zu nutzen, dass sie allen zu Gute kommen.“ Trotzdem sorgen Grußbotschaften des Vorsitzenden der EKD, Präses Nikolaus Schneider, an die Muslime zum Ramadan oder der Aufruf der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, sich am Protest für einen generellen Abschiebestopp für Asylbewerber und die sofortige Schließung aller Lager in Deutschland einzusetzen, für einen komischen Beigeschmack. Auch Kampagnen wie „Klimawandel – Lebenswandel“ oder Broschüren mit Titeln wie „Gender Mainstream für die Zukunft der Kirche“ passen eher zu linken Parteien als in die klassische Vorstellung von Kirchenprogrammen.

Gender Mainsstreaming und Klimawandel auch hier ein Thema

Ähnlichkeiten hingegen mit den im Bundestag vertretenen Parteien, die noch ein auf ihren christlichen Ursprung hinweisendes „C“ im Namen tragen, gibt es deutlich seltener. Gerade angesichts des Umstandes, dass viele Konservative beklagen, CDU und auch CSU seien im politischen Spektrum massiv nach links gerutscht, sagt dies viel über den politischen Standpunkt der einst konservativen EKD aus, die die Union offenbar noch links überholt hat.

Rebecca Bellano

MELDUNGEN

»Problemkind« will zurück

München – Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) will verhindern, dass der wegen schwerer Straftaten verurteilte Deutsch-Türke Muhlis A. zurück nach Deutschland kommt. Der unter dem Namen „Mehmet“ bekannte heute 28-Jährige entzog sich 2005 einer Haftstrafe durch Flucht in die Türkei. Daraufhin wurde die Ausweisung verfügt. Da er geläutert sei, wolle er zurück in die bayerische Heimat, ließ er wissen. Willkommen ist er dort nicht. Herrmann kündigte an, dass Muhlis A. im Falle einer Rückkehr seine Strafe absitzen müsse. Für Aufsehen erregte sein Fall, weil er im Alter von 13 Jahren schon 60 schwere Straftaten begangen hatte. Der Jugendliche wurde 2002 erstmals in die Türkei ausgewiesen, obwohl seine Eltern seit 30 Jahren in Deutschland lebten. Die Abschiebung wurde später als rechtswidrig erklärt. *tws*

Einschränkungen beim Bio-Sprit

Brüssel – Der deutsche Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP) kann sich bestätigt fühlen. Er hatte als einer der ersten öffentlichkeitswirksam kritisiert, dass in Deutschland Nahrungsmittel in den Tank gefüllt und so das weltweite Hungerproblem verstärkt werde. Nun reagierte die EU-Kommission für ihre Verhältnisse erstaunlich schnell mit einer Korrektur ihrer Richtlinie für Bio-Sprit. In Zukunft solle nur noch bis zu fünf Prozent solcher Treibstoffe dem Benzin beigemischt werden, die aus Raps, Getreide oder Mais gewonnen werden. EU-Energiekommissar Günther Oettinger schränkte jedoch ein: „Es ist nicht geplant, E10 abzuschaffen“, sagte er dem „Westfalen-Blatt“. Fünf Prozent der Beimischung sollen nun aus Abfällen gewonnen und zudem die Subventionierung des unbeliebten Bio-Sprits beibehalten werden. *H.E.B*

Ein Forum für Konservative

Studienzentrum Weikersheim zur Euro-Rettung und zum Staat

Lange war das Studienzentrum Weikersheim (SZW) eine der führenden Institutionen des Konservatismus in Deutschland. Dann wurde es stiller um das Zentrum – die deutsche Einheit war erreicht, der Druck von links wuchs. Unter seinem neuen Präsidenten Harald Seubert hat das Zentrum mit der ersten von ihm geleiteten Jahrestagung nun einen starken Neustart hingelegt.

Der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider, bekannt als unermüdlicher Kläger gegen eine ausufernde EU, erläuterte an erster Hand die neueste Entscheidung des Verfassungsgerichts über den „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ ESM. Karlsruhe habe nicht nur die Rechte des Bundestags gestärkt und die Haftungsgrenze von 190 Milliarden Euro betont. Mindestens so wichtig sei die Festlegung, dass der ESM keine Bank werden und sich nicht von der Europäischen Zentralbank finanzieren lassen dürfe. Seubert würdigte Schachtschneider als einen der wenigen Juristen, der eine eigene Staatsrechtslehre entwickelt hätte. Tatsächlich argumentiert Schachtschneider durch und durch kantianisch und beklagt infolgedessen nicht zuletzt, dass das Verfassungsgericht bis heute nicht sage, was aus seiner Sicht ein Staat sei. Damit bliebe offen, ob die EU heute schon ein Staat sei.

Harald Seubert nahm diesen Gedanken auf, indem er temperamentvoll die Formel „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa!“ zurückwies. „Das ist eine intellektuelle Dekadenz, die wir nicht zulassen dürfen.“ Politik komme nicht ohne Kompromisse aus, aber zuerst müsse nach dem Besten und Richtigen gefragt werden, um sich von dort aus auf das Zweitbeste zu einigen, statt von Anfang an nur auf das Machbare und damit vermeintlich „Alternativlose“ abzuzielen. In Weikersheim sei das immer geschehen, worin der Grund für die hohe Zuverlässigkeit der Prognosen des Studienzentrums seit nunmehr 35 Jahren liege.

Kritik an zu vielen Ja-Sagern im Land

Die tiefe philosophische und geistesgeschichtliche Begründung wurde deutlich in den Beiträgen der Professoren Michael Stahl (Berlin) „Humanität und andere Moderne“ und Paul Gottfried (Elizabethtown/Pennsylvania) über Entwicklungen des Konservatismus in den USA. General a. D. Dieter Farwick erinnerte an die gravierenden Folgen der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht „in einer Nacht- und Nebelaktion“. Im Bundestag gebe es nur noch sehr wenige kompetente Außenpolitiker. Mehrere Bundesregierungen hätten es vorgezogen, es sich mit „Ja-Sagern“ im Amt des Generalinspekteurs leicht zu machen. „Klaus Naumann war der letzte, der den Mut hatte, der Regierung öffentlich zu widersprechen.“ Große Hoffnungen setze er auf die wenigen verbliebenen konservativen Zeitungen im Lande wie etwa die *Preußische Allgemeine*, die auf dieser Tagung mehrfach gewürdigt wurde. Diese Zeitungen sollten nun, da die Probleme genug analysiert seien, „Handlungsoptionen entwickeln“.

Seubert appellierte, das Schöne im Blick zu behalten, in Wort, Musik und Architektur. Nicht zuletzt dieser Sinn für Ästhetik unterscheide den Konservativen vom Rechten. In Weikersheim wurde auch dieser Anspruch mit einem eindrucksvollen Klavierkonzert von Lisa Maria Schachtschneider und einer Dichterlesung von Ulrich Schacht eingelöst. Das Studienzentrum Weikersheim hat sich als eine erste Adresse der Konservatismus in Deutschland zurückgemeldet. *K. Badenheuer*

MELDUNGEN

Tod durch Alkoholpanscher

Prag – Die tschechische Regierung hat ein Verkaufsverbot für hochprozentige Alkoholika verhängt, nachdem in den vergangenen Wochen 20 Menschen an mit Methylalkohol versetzten Spirituosen gestorben sind und 36 weitere schwere Vergiftungen erlitten haben. Im Jahre 2010 gab es eine deftige Erhöhung der Getränkesteuer, die das illegale Geschäft mit gepanschtem Alkohol angekurbelt hat. Nach den jüngsten Todefällen verhaftete die Polizei 20 Alkoholpanscher, doch die Gefahr ist dadurch noch nicht gebannt. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit warnt daher vor dem Verzehr von hochprozentigen Spirituosen aus Tschechien. W.O./J.H.

Hollands versteckte Frauen

Amsterdam – Nach Studien im Auftrag der Amsterdamer Stadtverwaltung leben Hunderte muslimischer Frauen in Holland von der Außenwelt abgeschirmt in den Wohnungen ihrer Ehemänner. Sie akzeptieren das auferlegte Los, weil sie kein Holländisch sprechen und über ihre Rechte in den Niederlanden nicht informiert sind – eine bislang kaum beachtete Parallelwelt von Unterdrückung und sklavenhafter Unterwerfung. Nach der Studie sind es allein in Amsterdam 200 bis 300 solcher „versteckter“ und gefangen gehaltener Frauen. Es könnten allerdings, so das beauftragte Verwey Jonker Institut, auch wesentlich mehr sein, „ohne Kontakt zur Gesellschaft und Außenwelt“. Denn die Recherchen in diesem abgeschirmten Milieu sind schwierig. Sowohl die Familien als auch die jeweilige in sich geschlossene Gemeinde üben ein Regiment strikter Überwachung aus. Es ist anzunehmen, dass Tausende von Muslimas in Europas Metropolen ein ähnliches Schicksal teilen. *J.F.*

Aus der Geschichte nichts gelernt

Italien will Hilfe von der EZB, dabei hat das Land bereits schlechte Erfahrungen mit der Notenpresse gemacht

Geht es nach Italiens Ministerpräsident Mario Monti, dann hat Italien seine „Hausaufgaben“ gemacht. Das einzige für ihn noch verbliebene Problem sind die hohen Zinsen, die Italien für seine Staatsschulden zahlen muss. Doch in Wirklichkeit sind nur wenige der angekündigten Reformen in Angriff genommen worden.

„Italien ist nicht Griechenland.“ Es sind gleich zwei Botschaften, die Italiens Premier Mario Monti mit seinem Hinweis auf Griechenland gibt. Die finanzielle Lage ist nicht mit der von Athen vergleichbar. Der andere Teil der Botschaft lautet: Italien wird sich nicht wie Griechenland behandeln lassen, falls es Finanzhilfen der übrigen EU-Partner beantragt. In Rom wird es keinen Besuch der Troika aus EZB, EU und Währungsfonds geben, so Monti selbstbewusst.

In Italien stoßen solche Ansagen auf offene Ohren. Italien hat seine Hausaufgaben erledigt, wenn die Krise weiter anhält, dann ist das die Schuld der Deutschen, mit ihrem Beharren auf stabilem Geld und der Verweigerung gemeinsamer Schulden, so die weitverbreitete Ansicht. Dass die Ankündigung unbegrenzter Aufkäufe von Staatsanleihen von EZB-Chef Mario Draghi sogar als „Schlag gegen die deutsche Arroganz“, wie vom Chefredakteur der Zeitung „Il Giornale“ kommentiert wurde, wahrgenommen werden, ist da kaum noch verwunderlich.

Gerade im Hinblick auf die Ankündigung seines Landsmanns Mario Draghi, dass die EZB zum unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen bereit ist, sind Montis jüngste Aussagen aufschlussreich. Draghi zufolge sollen die Ankäufe nur gegen „strenge Auflagen“ erfolgen. Die geforderten EU-Konditionen würden von Italien längst erfüllt, so Premier Monti, der lange auf die Anleihekäufe durch die EZB gedrängt hat. Mit anderen Worten: Die Notenpresse zum Kauf italienischer Staatstitel kann sofort angeworfen werden, Italien ist bereit.



Tutti Paletti: Mario Monti ist überzeugt, dass Italien seine Hausaufgaben gemacht hat Bild: laif

Dass gerade Italien schmerzvolle Erfahrungen mit einer derartigen Währungspolitik gemacht hat, scheint inzwischen weitgehend vergessen zu sein. Im Regierungsauftrag war die Banca d'Italia im Jahr 1975 verpflichtet worden, alle italienischen Schatzwechsel anzukaufen, die an den Märkten nicht abgesetzt werden konnten. Folge dieser Staatsfinanzierung per Notenpresse waren Inflationsraten, die in den 70er und 80er Jahren in Italien im Schnitt 15 Prozent jährlich betrugen. Mit Montis Beharren darauf, dass Italien hinsichtlich Reformanstrengungen genug getan hat, scheint sich zu wiederholen, was bereits in der Schlussphase der Regierungszeit Silvio Berlusconis zu beobachten war. Vom damaligen EZB-Chef Jean-Claude Trichet waren im August 2011 an Montis Amtsvorgänger detaillierte Forderungen im Gegenzug für EZB-Hilfe gestellt worden. Nachdem der Ankauf italienischer Staatsanleihen ersteinmal in Gang gekommen war, ließ Berlusconis Reformeifer nach. Von den damals von der EZB geforderten sieben Auflagen wurde letztendlich eine einzige – die Reform des Rentensystems – vollständig erfüllt.

Rom verbittet sich direkte Kontrollen der Troika vor Ort

Wie die Realität – abseits des Rufs Montis ein energischer Reformer zu sein – aussieht, deckt eine Rechnung des Wirtschaftsblatt „Il Sole 24 Ore“ auf. Um die bisher von der Regierung Monti beschlossenen Reformen in der Praxis umzusetzen, wären 400 Ausführungsbestimmungen notwendig – lediglich 40 sind bisher beschlossen worden. Sogar vollständig liegengeblieben ist bisher die Liberalisierung des Dienstleistungssektors. Nicht in Angriff genommen wurde die Neuregelung der Finanzen zwischen Zentralstaat, Regionen und Kommunen. Die Provinz Sizilien musste vor wenigen Wochen bereits mit einer Milliardenspritze aus Rom vor der Insolvenz gerettet werden. Zehn Großstädte, darunter Neapel und Palermo, gelten als hoffnungslos überschuldet, so „La Stampa“, die sich auf Regierungsquellen beruft. Ebenso wenig in Angriff genommen wurde eine Reform des Arbeitsrechts. Ein weitreichender Kündigungsschutz lässt es Arbeitgebern ratsam erscheinen, vor allem Jugendliche erst gar nicht einzustellen. Die Folge: eine Jugendarbeitslosigkeit von rund 35 Prozent. Völlig stranguliert durch überbordende Bürokratie und Vorschriften werden Italiens Kleinunternehmen mit weniger als zehn Angestellten. Der Anteil solcher Unternehmen ist im EU-Vergleich sehr hoch, sie sorgen für eine Vielzahl von Arbeitsplätzen, sehen sich aber am stärksten von Vorschriften belastet.

Dass eine Umsetzung der übrig gebliebenen Reformpakete erfolgt, ist mit dem Einsetzen des Wahlkampfes für die Parlamentswahlen unwahrscheinlicher denn je. Staatspräsident Giorgio Napolitano werden Bestrebungen nachgesagt, die Wahlen sogar noch vorzuverlegen. Falls die Wahlen schon im Februar oder März 2013 stattfinden, wäre es Napolitano möglich, noch vor Ablauf seiner Amtszeit selbst den Auftrag zu einer Regierungsbildung zu geben. Sein Wunschkandidat: Mario Monti. Bisher hatte dieser zwar Spekulationen über eine zweite Amtszeit zurückgewiesen. Eine unlängst von ihm gemachte Äußerung, er habe darüber „noch nicht nachgedacht“, wird inzwischen so gedeutet, dass der parteilose Monti doch antreten wird. Möglich machen könnte dies ausgerechnet einer der größten Kritiker Montis, Beppe Grillo. Seine Bewegung „Fünf Sterne“, die stark an die griechische Syriza-Partei erinnert, liegt in dem stark zersplitterten Wählerspektrum Italiens mittlerweile bei über 20 Prozent, gleichzeitig gilt die Partei Grillos aber als kaum koalitionswillig. *Norman Hanert*

Dauerbaustelle

Kosovo ist alles andere als souverän

Am 10. September wurde vollzogen, was am 2. Juni angekündigt worden war: Mit dem Abzug des International Civil Office (ICO) bekam das Kosovo, das im Februar 2008 einseitig seine Unabhängigkeit proklamierte hatte, offiziell die „völlige Souveränität“. Zahlreiche Bürokraten aus 25 Ländern, die unter ICO-Chef Pieter Feith ohne nachvollziehbaren Erfolg kosovarische Gesetzgebung kontrollierten, werden abreisen, sonst ändert sich nichts. Die EU-Polizeimission Eulex und die Nato werden hingegen noch Jahre im Kosovo bleiben, das von fünf EU-Länder bis heute nicht anerkannt wird.

Ohne Hilfe von außen geht es nicht

Serbien wird sich allerdings eher nicht mit dem erzwungenen Verzicht auf 15 Prozent seines Territoriums abfinden. Die arabische Welt ignoriert das Kosovo wegen seiner US-Hörigkeit. Im UN-Sicherheitsrat verhindern Russland und China, dass dieser „Quasi-Staat“ reüssiert. Der serbische Norden ist faktisch abgespalten, anderswo dominieren Korruption und Kriminalität, vom ICO nie gebremst. Fremde Investoren kommen nicht in diesen rechtsfreien Raum, wo ehemalige UCK-Bosse herrschen. Das Kosovo ist und bleibt somit auch weiter Europas Armenhaus: 73 Prozent Arbeitslosigkeit, die Hälfte der Bevölkerung an der Armutsgrenze oder darunter vegetierend, europäische Höchstraten an Mütter- und Säuglingssterblichkeit und Analphabetismus. Funktionierende Schulen, Kliniken und Verwaltung bestehen nur im serbisch besiedelten Norden, was Pristina, die Hauptstadt des Kosovos, als „Parallelstrukturen“ verteufelt.

Das Kosovo sei ökonomisch im freien Fall, urteilt der Wirtschaftsexperte Christophe Solioz, der seit Jahren das spurenlose Versickern ausländischer Hilfsgelder dokumentiert. Die Menschen sehnen sich inzwischen sogar wieder nach Tito-Jugoslawien, als sie vieles hatten, was ihnen heute bitter fehlt: Jobs, Gesundheits- und Sozialfürsorge, international anerkannte Zeugnisse, Reisepässe für die ganze Welt. Dorthin führt heute nur der Dialog mit Belgrad, riet dieser Tage US-Präsident Barack Obama.

Auch die EU will Serben und Kosovaren demnächst zum Diolog nötigen. Noch in diesem Jahr sind Gespräche in New York vorgesehen. *Wolf Oschlies*

Latinos plötzlich heiß begehrt

USA: Demokraten und Republikaner überschlagen sich im Kampf um die Wählerstimmen

Verblüfft nahm die „Los Angeles Times“, mit knapp einer Million verkauften Exemplaren pro Tag eine der auflagenstärksten Tageszeitungen in den USA, die auffällig vielen lateinamerikanischen Redner auf den Parteitagen der Republikaner und Demokraten zur Kenntnis. Und auch in den Wahlversammlungen bekundeten viele Politiker sehr oft ihre Verbundenheit zu den Latinos. Grund hierfür ist, dass der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe an der Gesamtbevölkerung der USA stetig zunimmt. In den letzten acht Jahren sind US-Bürger lateinamerikanischer Herkunft die am stärksten anwachsende Wählerschicht geworden.

Der Kampf um die Stimmen der Latinos hat zu einem Wettbewerb darum geführt, wer intensiver die Sprache der Latinos benutzt: „Que usa mas Espanol“. „Verständlich“, sagt Jaime Regalado, Geschichtsprofessor an der California State University. „Plötzlich spielt diese Wählerschaft, auf die besonders von republikanischer Seite früher eher herabgesehen wurde, eine so entscheidende Rolle. Da will jede Partei demonstrieren: ‚Ihr seid uns wichtig!‘“ Obwohl, wie er hinzufügt, die meisten Betroffenen so lange im Land leben, dass sie selber kaum noch Spanisch sprechen. Was jedoch zählt, sind die Lebensgeschichten derer, die den amerikanischen Traum verwirklicht haben.

„Mi padre, Mitt Romney, es un hombre de famiglia“, stotterte Romneys 31-jähriger Sohn Craig vor den Delegierten, den inneren Blick auf das spanisch-sprechende Fernsehpublikum gerichtet. Auch wurde der Parteitag der Republikaner bewusst in Tampa, Florida, abgehalten, denn Florida hat eine riesige Kolonie von eher konservativen Exil-Kubanern. Und so war es dann auch der Senator dieses Bundesstaates, der Exil-Kubaner Mario Rubio, der mit seiner Rede den Auftritt von Mitt Romney ankündigte, in der dieser seine Wahl zum Präsidentschaftskandidaten offiziell annahm. Allerdings haben die Republikaner im Werben um die Latinos das Handicap, dass sie sich für die konsequente Abschiebung illegaler Einwanderer einsetzen und diese häufig aus Lateinamerika kommen.



Gleich im Doppelpack: Die Castro-Zwillinge werden von den Demokraten ins Rennen geschickt

Foto: pa

Wie die Republikaner wählten auch die Demokraten bei ihrem Parteitag in North-Carolina lateinamerikanische Redner für ihren Parteitag und so wurde auch dort Spanisch gesprochen. Mit „Si, se puede!“, der spanischen Übersetzung von Obamas Wahlslogan von 2008 „Yes, we can!“, startete der Parteitagsorganisator, Los Angeles Bürgermeister Antonio Villaraigosa, seinen Auftritt.

Zur Sensation jedoch geriet die flammende Rede eines anderen, des noch weithin unbekannten, doch steil aufstrebenden beliebten Bürgermeisters von San Antonio, Texas, Julian Castro. Der 37-Jährige, vorgestellt von seinem Zwillingsbruder Ramon Castro, der für das Repräsentantenhaus kandidiert, sprach die Opfer seiner mexikanischen Großmutter an, die mit seiner Mutter einst nach San Antonio auswanderte. „Sie hatte nichts. Nur ihren Traum und ihren Glauben an eine Zukunft für ihre Familie in Amerika. Sie arbeitete in den härtesten Jobs, Tag und Nacht. Und hier stehen wir heute, ihre Enkelkinder, auf diesem Podium. Sie hat das nicht mehr erlebt. Aber sie verlor keinen Augenblick ihre Zuversicht: Wir schaffen es!“ Julian Castro hat seit seiner Wahl 2009 San Antonio zum Erblühen gebracht mit den gleichen Mitteln, die Obama für Amerika erstrebt: Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten, verstärkter Umweltschutz, Ausbau der Infrastruktur, was Jobs schafft, – und das ganze gewürzt mit einer Prise Lokalpatriotismus. Mit seiner Rede ist der Harvard-Absolvent über Nacht zum neuen Polit-Star geworden. Und sofort wurde die Erinnerung an den Parteitag von 2004 wach, als der weitgehend unbekannte Senator von Illinois, Barack Obama, mit seiner gewaltigen Rede in die Schlagzeilen schoss und das Fundament legte für den Weg ins Weiße Haus. Könnte es Julian Castro ähnlich ergehen? Er lacht: „Das bezweifle ich. Noch ein Präsident Castro?!“ *Liselotte Millauer*

Die gekaperte EZB

Die einst gepriesene Unabhängigkeit der Notenbank erweist sich jetzt als Fehlentscheidung

Nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank sollte die EZB völlig unabhängig agieren können. Eigentlich dafür gedacht, Geldwertstabilität möglich zu machen, wird die gewährte Unabhängigkeit der EZB jedoch jetzt genau zum Gegenteil missbraucht, ohne dass dies zu verhindern ist.

Es ist mal wieder Spaniens Ministerpräsident Mariano Rajoy, der in kürzester Frist klar macht, was von Erklärungen der EU oder der EZB zu halten ist, die vor allem dazu gedacht sind, die Deutschen ruhig zu halten. Gemünzt auf die EZB ließ Rajoy seine Landsleute wissen: „Ich kann nicht akzeptieren, dass sie uns sagt, welche Kürzungen nötig sind und welche nicht.“ Nur wenige Tage zuvor hatte EZB-Chef Mario Draghi „strenge Bedingungen“ angekündigt, die als Gegenleistung verlangt werden, wenn ein Land vom neuen EZB-Anleihekaufprogramm profitieren will. Ähnlich schnell hatte Rajoy bereits im März die spanische Interpretation des EU-Fiskalpakts geliefert. Nur Tage, nachdem er den Vertrag unterschrieben hatte, ließ Rajoy wissen, dass Spanien sich erst einmal nicht an die Abmachung gebunden fühlt.

Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass sich auch im Fall der EZB-Anleihekäufe die spanische Lesart durchsetzen wird. Einer Pressemitteilung der EZB zufolge soll bereits die Absichtserklärung, sich an Haushaltsvorgaben der EU halten zu wollen, ausreichen, um von der EZB seine Staatsanleihen abgekauft zu bekommen. Die vom EZB-Chef Draghi angekündigten „strengen Bedingungen“ dürften demnach vor allem für deutsche Ohren bestimmt gewesen sein.

Spätestens mit dem unbegrenzten Einstieg beim Staatsanleihenkauf ist unübersehbar, dass die EZB sich vom Vorbild Bundesbank endgültig verabschiedet hat und inzwischen eher auf den Pfaden der Banca d'Italia wandelt. Dass diese völlige Abkehr vom Maastricht-Vertrag überhaupt ungehindert möglich ist, kann fast als Treppenwitz der Geschichte aufgefasst werden. Die politische Unabhängigkeit der Bundesbank hatte beim Entwurf zur EZB Pate gestanden. Eigentlich sollte diese Unabhängigkeit bewirken, dass die Zentralbank frei vom Druck von Politikern für Geldwertstabilität sorgen kann, doch nun ermöglicht die eingeräumte Unabhängigkeit der EZB unter einem Chef Draghi ein ungehindertes Agieren zugunsten der Länder Südeuropas, nicht zuletzt zugunsten Italiens. Der inzwischen laut gewordenen Forderung, die Staatsfinanzierung per EZB-Notenpresse durch Klagen vor den Europäischen Gerichtshof zu stoppen, sollte man nicht allzu viele Erfolgsaussichten einräumen. Der Gerichtshof hat durch seine Rechtsprechung nicht umsonst den Beinamen „Motor der Europäischen Integration“ erhalten.

> Der Bürger kann keinen Einfluss nehmen, haftet aber

Die kaum kontrollierbare Macht der EZB wird künftig sogar noch weiter zunehmen. Nach dem Willen Brüssels soll schon zum 1. Januar 2013 die EZB die Aufsicht über diejenigen Banken erhalten, die Gelder aus europäischen Rettungsprogrammen erhalten haben, Mitte 2013 sollen dann alle Großbanken, ab 2014 sämtliche 6100 Banken der Euro-Zone, beaufsichtigt werden. Von deutscher Seite wird bezweifelt, ob die EZB tatsächlich in der Lage ist, eine solche Zahl von Banken effektiv zu kontrollieren. Ohnehin sollte die Eile, mit der das Vorhaben vorangetrieben wird, skeptisch machen. „Wir können und müssen schnell vorankommen“, fordert etwa Frankreichs Finanzminister Pierre Moscovici.

Dass es Moscovici oder dem ebenfalls drängenden spanischen Wirtschaftsminister Luis de Guindos darum geht, ihre nationalen Bankenaufsichten schnellstmöglich zu entmachten, darf bezweifelt werden. Für sie ist die Bankenaufsicht aus einem anderen Grund interessant. Sie soll Voraussetzung sein für die direkte Rekapitalisierung von maroden Banken durch den ESM-Fonds. Was de facto der schon länger vorgebrachten Forderung die Bankenrettung nicht mehr selbst bezahlen zu müssen, sondern andere zur Kasse zu bitten, entgegenkommt. Durch die „Hintertür“ Bankenaufsicht ist damit auch bei der kostspieligen Bankenrettung die Vergemeinschaftung von Kosten und Risiken erreicht. Sollte das Vorhaben gelingen, dann kann generös – zumindest vorübergehend – auf die dritte Säule der Bankenunion, den europaweiten Einlagensicherungsfonds, verzichtet werden. Erste Pläne der EU-Kommission hatten vorgesehen, dass auch die Einlagensicherung der deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken mit herangezogen werden soll, wenn irgendwo in Europa eine Bank Pleite geht. Das Vorhaben scheint zunächst einmal aufgeschoben, aber nur solange bis Bankenaufsicht und Rekapitalisierungsfonds installiert sind.

Langfristig dürfte der Zugriff auf die Gelder der deutschen Einlagensicherung zu verlockend sein. Quasi im Nebeneffekt würde man durch die Vergemeinschaftung der Einlagensicherung den deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken noch einen Wettbewerbsvorteil wegnehmen – ihr Sicherungssystem gilt europaweit als vorbildlich.

Die Brüsseler Pläne entbehren ohnehin nicht einer gewissen Ironie. Noch vor einigen Jahren wurde gegen den gesamten deutschen Sparkassensektor ein regelrechter Kreuzzug mit dem Ziel seiner Zerschlagung und Abschaffung geführt. Treibende Kraft der damaligen Pläne war ein EU-Kommissar namens Mario Monti. *Norman Hanert*



Zwischen die Räder gekommen: Der Euro war gut gedacht, aber schlecht gemacht Bild: Getty

KURZ NOTIERT

Sparkassen klagen über neue Regeln: Laut den neuen Eigenkapitalregeln Basel III sollen alle Banken ihre stillen Reserven schrittweise offenlegen. Was auf den ersten Blick nach mehr Transparenz aussieht, bot für alle Kreditinstitute, die nach den Regeln des deutschen Handelsgesetzbuches statt internationalen Regeln bilanziert haben, den Vorteil, in guten Jahren versteckte Polster bei der Bewertung von Sach- wie Finanzanlagen zu bilden, die sie in schlechten Zeiten auflösen konnten, um Defizite auszugleichen. Vor allem Sparkassen bedauern, dass ihnen dieses wichtige Instrument bei der Bilanzierung genommen werden soll. Es ermöglichte ihnen, in guten wie in schlechten Jahren Kontinuität darzustellen. *Bel*

Begehrter Müll: Die Pläne von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU), die Verpackungsordnung zu reformieren, sorgen bei privaten wie kommunalen Entsorgern für Alarmstimmung. Während die kommunalen Entsorger hoffen, durch die Reform mehr vom Wertstoffmüll abzubekommen, fürchten private Entsorger, dass Altmaier ihnen den werthaltigen Müll wegnehmen will. Die meisten Recyclinganlagen befinden sich im privaten Besitz. Sollten die Werke nicht genügend ausgelastet sein, drohen finanzielle Einbußen. Im Entsorgungsgeschäft werden pro Jahr 40 Milliarden Euro umgesetzt, 90 000 Mitarbeiter sind in kommunalen und 160 000 bei privaten Unternehmen tätig. *Bel*

Neuauflage des Immobilienwahns: Für 16,9 Milliarden Euro soll in der Region Madrid ein Casinokomplex mit dem Namen „Eurovegas“ entstehen. Geplant sind außer 36 000 Hotelbetten auch 18 000 Geldspielautomaten in sechs Casinos. Für das Projekt des US-Investors Sheldon Adelson hatte sich ebenfalls Barcelona beworben, das sich bei den Verhandlungen der Forderung zur Verlegung eines Flughafens gegenübersah. Im unterlegenen Barcelona ist mit „Barcelona World“ nun für 4,7 Milliarden Euro ein Ferienresort mit 12 000 Hotelbetten geplant. *N.H.*

Reeder hoffen wieder

Branche macht sich selber Mut und setzt auf bessere Zeiten

Optimismus war Grundtenor während des diesjährigen Schifffahrts-Symposiums, zu dem das Hamburger Unternehmen Hansa Treuhand seit nunmehr zehn Jahren einmal jährlich Fachleute der maritimen Wirtschaft an die Elbe einlädt. Trotz der allgemein ungünstigen wirtschaftlichen Situation der maritimen Branche mit gesunkenen Frachtraten und gestiegenen Treibstoffpreisen formulierte Gastgeber Hermann Ebel, Vorstandsvorsitzender der Hansa Treuhand GmbH: „Reederei hat Zukunft, aber wir müssen uns fragen, wie sieht diese Zukunft aus?“ Er riet China zum Vorbild zu nehmen, ein Land, das für Krise und Chance dasselbe Schriftzeichen hat. Optimismus drückten auch Ebels weitere Worte aus, „jeden Morgen, wenn wir aufstehen, sind wir einen Tag näher am Ende der Krise. Wir wissen nur noch nicht, welcher Tag dies sein wird“.

Da 80 Prozent der weltweiten Flotte von Containerschiffen mit Tragfähigkeiten zwischen 500 bis 3000 TEU in deutschem Eigentum sind, sei Deutschland also auch in der Lage, zur Marktbereinigung beizutragen. Weiterer Anreiz für ein Verschrotten älterer Tonnage entsteht auch als Folge gestiegener Treibstoffkosten. Denn als Reaktion darauf lassen Reeder ihre Schiffe langsamer fahren. Ältere Schiffe aber sind oft technisch gar nicht in der Lage, auf Dauer mit reduzierter Geschwindigkeit zu fahren.

Von einer rosigen Zukunft für den Hamburger Hafen sprach Jens Meier, Vorsitzender der Geschäftsführung der Hamburg Port Authority (HPA). Seine Erwartungen sind nicht übertrieben, das Bremer Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) hat dem Hamburger Hafen in seinem jüngsten langfristigen Gutachten weiteres Wachstum prognostiziert. Das ergibt sich laut der Studie aus einer besonders dynamischen Entwicklung der Fahrtgebiete Nordost- und Südostasien. Auch für das Fahrtgebiet Osteuropa wird ein steigendes Volumen erwartet.

> Der Güteraustausch wird steigen, dafür braucht man Schiffe

Das prognostizierte Wachstum für den Hafen Hamburg im Jahr 2025 entspricht in etwa einer Verdreifachung des Volumens, das im Jahr 2010 erreicht wurde. Für die HPA liegt die Herausforderung nun darin, dies auf den bestehenden und kaum noch erweiterbaren Flächen umzusetzen. Außerdem muss die bestehende Infrastruktur an das ebenfalls steigende Verkehrsaufkommen angepasst werden. Nach den Worten von Jens Meier ist dies nur zu schaffen, wenn neben dem bereits begonnenen Ausbau von Straßen und Brücken die Verkehrsströme besser gelenkt werden, um die Kapazitäten optimal zu nutzen. Dafür seien Unternehmen im Hafen in ihrem Datenfluss auch stärker zu vernetzen und Abfertigungsverfahren zu erleichtern. Jens Meier: „Im Hafenentwicklungsplan wird es einen Punkt ‚smart port‘ geben, der sich intensiv damit beschäftigt.“

In seinem Ausblick auf das Jahr 2030 vermittelte Torsten Temp, Mitglied des Vorstandes der HSH Nordbank AG, mittelständischen Reedern Optimismus: „Wir haben viele Länder mit hoher Wachstumsdynamik. Die weltweite Bevölkerung wird wachsen, damit wird der Güteraustausch notwendigerweise zunehmen.“ *Eigel Wiese*

Realität widerspricht OECD

Dort, wo angeblich Bildungsaufsteiger leben, ist Arbeitslosigkeit hoch

Bei der Vorstellung der neuesten Studie „Bildung auf einen Blick“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) in Berlin gab es eine Art Saalschlacht. Vertreter aus der Politik wollten es nicht länger auf sich sitzen lassen, was die Forscher der OECD über das deutsche Bildungssystem im internationalen Vergleich vermeintlich herausgefunden hatten.

Aufregung verursachte vor allen Dingen der neue Indikator der OECD-Forscher, der angebliche Bildungsaufstiege oder -abstiege messen sollte. Danach läge Polen mit 64 Prozent Bildungsaufsteigern weit vor Deutschland mit nur 20 Prozent Bildungsaufsteigern, aber 59 Prozent Bildungsabsteigern.

Wie war die Statistik entstanden? Nach der Logik der OECD-Leiterin des Bildungssektors, Barbara Ischinger, garantiert ein Hochschulabschluss quasi automatisch den zufriedenen und gut bezahlten Arbeitnehmer. Dementsprechend verglichen die Forscher die Hochschulabschlüsse der Eltern mit denen der Kinder und kamen auf diese Weise zu ihren erstaunlichen Ergebnissen. Welches Niveau das Abitur oder ein sogenannter Hochschulabschluss in den jeweiligen Ländern hat, blieb dabei nahezu außer Acht. Welche qualitativen Maßstäbe an diese Ausbildungsgänge gelegt wurden, interessierte die Forscher nicht. Dass man etwa ein deutsches Abitur keinesfalls mit einem französischen Bakkalaureat vergleichen kann, der Bachelor einer Krankenschwester in der Schweiz keinesfalls mit einer deutschen, akademischen Qualifikation zu vergleichen ist, wollten die OECD-Leute nicht wissen.

> Der deutsche Facharbeiter wird einfach ignoriert

So entstanden kuriose Ergebnisse, die deutsche Bildungspolitiker dann kritisierten. So bezeichnete etwa die Staatssekretärin im Bundesbildungsministerium, Cornelia Quennet-Thielen, es als „Unding“, dass die berufliche und duale Ausbildung bei der OECD nicht ausreichend gewürdigt werde. Auch Bundesbildungsministerin Annette Schavan kritisierte im Bundestag, dass Abiturienten von akademisch ausgebildeten Eltern, die den Weg der beruflichen Bildung eingeschlagen hätten, in die Kategorie „Abstiegsmobilität“ fallen würden. Schließlich würde der Absolventen einer beruflichen oder dualen Ausbildung auch als „Facharbeiter“ gut bezahlte Arbeitsstellen und hoch qualifizierte Berufe erreichen.

Verärgert zeigte sich daher auch Hans Heinrich Driftmann, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, in einem Interview mit der „Welt“. Südeuropäische Länder mit ihrer derzeit sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit, darunter auch viele akademisch Ausgebildete, würden sich für das erfolgreiche, unternehmensnahe deutsche System interessieren. Millionen von Menschen hätten erfolgreich eine berufliche Ausbildung abgeschlossen und bildeten heute als begehrte Facharbeiter das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. In Italien dagegen, das von der OECD gelobt werde, weil es dort 45 Prozent Bildungsaufsteiger gäbe, herrsche eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, darunter viele akademisch Ausgebildete. Von der Wirtschaft aus betrachtet sieht offenbar die „Abstiegsmobilität“ ganz anders als bei der OECD aus. *Hinrich E. Bues*

Risikovorsorge?

Von Rebecca Bellano

Banken und Versicherungen müssen nach den Erfahrungen der Bankenkrise laut neuen Regeln deutlich mehr Risikovorsorge treffen. Das ist gut und richtig, was da von Staatsseite durchgedrückt wurde, woran die Unternehmen aber auch inzwischen ein Eigeninteresse erkennen. Auffällig nur, dass der Staat das, was er bei Banken und Versicherungen als so wichtig erachtet, bei sich absolut vermissen lässt.

So etwas wie eine Risikovorsorge sucht man im Bundeshaushalt für 2013 nämlich vergeblich. Man bedauert immer Menschen, die von der Hand in den Mund leben, also gerade mal so viel verdienen, dass sie ihre aktuellen Grundbedürfnisse befriedigen können. Der Staat hingegen lebt noch prekärer als diese, denn er verfrühstückt schon das, was er zukünftig verdienen wird. Da ist für so was wie Vorsorge für schlechte Zeiten natürlich erst recht kein Spielraum mehr.

Wir haben eine Regierung, die sich konservativ-liberal nennt. Wenn aber selbst diese so gar nicht die Finanzen nachhaltig im Blick hat, was soll dann aus Deutschland bei einer rot-grünen Regierung erst werden? Man mag sich auch gar nicht über seinen jetzigen Wohlstand freuen, wenn man weiß, dass er auf Kosten der eigenen Kinder erkauft ist.

Irrlehre

Von Wolfgang Thüne

Das Vorhaben der EU-Kommission, bei der nächsten Weltklimakonferenz keine Verschärfung der CO_2-Reduktionsziele vornehmen zu wollen, weckt den Eindruck, dass endlich die Vernunft Oberhand gewonnen und sich die Erkenntnis durchgesetzt hätte, dass sich ein statistisch errechnetes abstraktes Konstrukt wie das „Klima“ prinzipiell nicht schützen oder lenken lässt. Doch soweit ist die EU noch nicht. Wenn das „Klima“ eines Ortes anhand 30-jähriger Wetteraufzeichnungen berechnet wird, dann ist es das Wetter, das die jeweiligen „Klimawerte“ bestimmt. Die Vielfalt an Wetter bestimmt die „Klimavielfalt“ der Erde. „Klimaschutz“ würde voraussetzen, dass der Mensch zu jeder Zeit das Wetter lenken und seinen Bedürfnissen anpassen kann. Doch das Gegenteil ist der Fall, der Mensch ist Spielball des Wetters.

Wenn die EU wirklich „Vorreiter der Vorreiter“ sein möchte, dann wäre es konsequent, nicht nur ihre Reduktionsziele zur Disposition zu stellen, sondern gleich die ganze CO_2-Hypothese. Nirgends auf der Welt, zu keiner Tages- und Jahreszeit, hat jemals die Lufttemperatur eine Abhängigkeit vom CO_2-Gehalt der Luft gezeigt. Mag sich die EU noch in der Rolle des Propheten gefallen und glauben, der Welt Verhaltensregeln vorschreiben zu können, diese Zeiten sind vorbei. Mögen sich aus bürokratischer und machtpolitischer Beharrung die Vereinten Nationen samt Weltklimarat auch schwer tun, das Machtmittel „Klimaangst“ aus der Hand zu legen, aber die Wahrheit wächst ständig mit der Einsicht, dass die Erde kein „Treibhaus“ ist und der „Treibhauseffekt“ eine Irrlehre. Das Wetter bestimmt das Klima, nicht der Mensch.

Kein Nährboden für Frieden

Von Hinrich E. Bues

Bei dieser Reise des Papstes in den Libanon haben Protestanten und Katholiken sowie papstkritische Beobachter gleichermaßen den Atem angehalten. Inmitten der anti-westlichen Krawalle in der islamischen Welt wegen eines Mohammed-Filmes begibt sich das Oberhaupt der katholischen Kirche, auch als Repräsentant der Weltchristenheit, in das Pulverfass namens Naher Osten, um über Frieden und Versöhnung zu sprechen. Warum riskierte der 85-jährige Papst hier sein Leben?

Die Antwort gab die Bevölkerung des Libanons. Durchgängig wurde Benedikt XVI. in der libanesischen Hauptstadt Beirut mit Jubel empfangen. Bei der Ansprache am Sonnabend vor 25 000 Jugendlichen, bei der der Papst besonders herzlich seine muslimischen Zuhörer begrüßte, sprach er voller Mitgefühl über die Lage, die Hoffnungen und Sehnsüchte der jungen Menschen und rief sie zu einem friedlichen Miteinander, zum gegenseitigen Respekt für die Religion des jeweils anderen auf. Und die jungen Menschen applaudierten mit Tränen in den Augen.

Am Sonntagmorgen eine ähnliche Botschaft vor 300 000 Gläubigen, die auch aus den Nachbarländern Israel, Syrien und Jordanien gekommen waren. Benedikt verschwieg ebenso wenig wie am Vorabend die zentrale Botschaft der Christenheit von der Erlösung durch das Kreuz und die Auferstehung Christi als Quelle von Versöhnung zwischen Gott und Mensch, zwischen Mensch und Mensch. Jedes Mal, wenn Benedikt seine auf Französisch gehaltene Predigt mit den auf Arabisch gesprochenen Worten „Friede sei mit Euch“ unterbrach, brandete lauter Jubel auf. Es hatte etwas Prophetisches an sich, dass der Pontifex in Beirut, wo schon die zwölf Apostel missioniert hatten, nun diesen größten Gottesdienst in der Geschichte des Libanon abhielt.

Wortes des Papstes verhallten ohne Wirkung

Ein prophetischer Appell auch deswegen, weil so wenig Hoffnung auf die tatsächliche Umsetzung von Frieden und Versöhnung bestand und besteht. Unmittelbar nachdem der Papst wohlbehalten seine Heimreise angetreten hatte, rief die „Hisbollah“ im Libanon wieder zu Protesten gegen den Schmähfilm „Innocence of Muslims“ auf. Der Generalsekretär der radikal-islamischen Bewegung, Sajed Hassan Nasrallah, kündigte in einer im Fernsehen übertragenen Ansprache an, dass es am Montag im gesamten Land zu neuen Demonstrationen kommen solle. Die Worte des Papstes schienen bei den Islamisten ungehört verhallt zu sein.

„Wie unerzogene Kinder aus dem 7. Jahrhundert“, würden sich diese Demonstranten verhalten, kommentierte Hendryk M. Broder in der „Welt“ zu Recht das Treiben dieser gewalttätigen Demonstranten, die auch noch völlig unglaublicherweise Verständnis von westlichen Politikern und Medien fänden. Sicher ist die systematische Verletzung religiöser Gefühle definitiv abzulehnen, was dann aber auch für uns Christen gelten müsste, denen in dieser Beziehung öfters Unzumutbares zugemutet wird. Aber das Verbrennen von Fahnen, Erstürmen von Botschaften, das Töten von Botschaftspersonal kann unmöglich zu dem führen, wofür das Wort „Islam“ (salam = Heil, Friede), auch nach der Überzeugung sehr vieler Moslems, eigentlich steht.

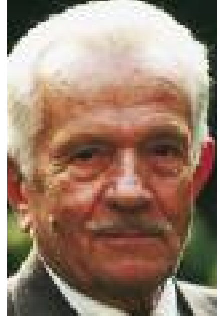


Botschaft des Papstes ignoriert: Der Papst war zwar bereits abgereist, doch die zu seinen Ehren aufgehängten Plakate hingen noch, als Islamisten zu Demonstrationen gegen den völlig unbedeutenden Film „Innocence of Muslims“ aufriefen

Bild: pa

Moment mal!

Nicht die Linken, sondern Deutschland lieben lernen



Von Klaus Rainer Röhl

Irgendwann einmal, man muss nur lange genug warten, kommt einer, der das Rad wieder neu erfindet. Wer immer den Satz „Geld regiert die Welt!“ noch einmal erfunden hat – es gab ihn schon im 17. Jahrhundert – er hatte die Welt für sich neu geschaffen.

Geld regiert die Welt! An diesen einprägsamen Slogan mussten wir denken, als vor einem Jahr Charles Moore, 30 Jahre Spitzenschreiber der erzkonservativen Engländer und offizieller Biograf Margret Thatchers, plötzlich den Rappel kriegte und im „Daily Telegraph“ schrieb: „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat.“ Englisch klingt das differenzierter: „I' m starting to think, that the Left might actually be right!“ Moore: „Globalisierung sollte ursprünglich nichts anderes bedeuten, als weltweiter freier Handel. Jetzt heißt es, dass Banken die Gewinne internationalen Erfolgs an sich reißen und die Verluste auf jeden Steuerzahler in jeder Nation verteilen. Die Banken kommen immer nur nach Hause, wenn sie kein Geld mehr haben. Dann geben unsere Regierungen ihnen neues.“

Klar, das wissen wir. Könnte bei uns gestanden haben. Andere staunten Bauklötze. Frank Schirrmacher, von den fünf Herausgebern der „Frankfurter Allgemeinen (FAZ)“ ohne Zweifel der Unruhigste, der alle paar Monate die Leser mit einem neuen Großalarm aufzurütteln sucht – mal ist es das Alter, mal die demografische Entwicklung, mal die Genforschung, mal die deutsche Sprache, mal die Probleme des Informationszeitalters –, hatte sich des Themas angenommen. Schon 1994, auf dem Höhepunkt der „Neuen Rechten“, rief er eine Diskussion „What is right?“ aus, fragte später auch „What is left?“. Mal wurde ein Bestseller daraus, mal verpuffte die Rakete im Sande. 2011 sah er die Stunde für eine neue publizistische Quassel-Runde gekommen und formulierte in der ihm eigenen, unnachahmlichen Art: „Es gibt Sätze, die sind falsch. Und es gibt Sätze, die sind richtig. Schlimm ist, wenn Sätze, die falsch waren, plötzlich richtig werden. Dann beginnt der Zweifel an der Rationalität des Ganzen. Dann beginnen die Zweifel, ob man richtig gelegen hat, ein ganzes Leben lang.“

Oskar Lafontaine durfte in der »FAZ« für linke Politik werben

Fein beobachtet. Ich hatte die Sache schon hinter mir, als ich im Frühjahr 1964 mit den Kommunisten brach. Dass danach noch einmal einer kommen würde, der darüber nachdenken möchte, ob die Linke nicht – vielleicht – doch recht hat, war nicht voraussehbar. Nicht einmal als 1968 unseren Kindern zwangsweise Pappschilder umgehängt wurden, auf denen stand „Papitalismus muß putt!“, glaubten deren Eltern ehrlich an den Sieg der Linken.

Um solche Gedanken publik zu machen, musste nicht erst die Krise kommen, sondern die Aufweichung, sagen wir mal, der Herzen. Der Untergang des Abendlandes aber beginnt im Kopf.

Da die angekündigte Debatte vor einem Jahr nicht so richtig in Gang kam, ließ die „FAZ“ in der letzten Woche ausgerechnet Oskar Lafontaine ganzseitig zu Wort kommen, der noch mal nachkartet: „Warum die Linke oft recht hat, es aber nur selten bekommt.“

Wahrscheinlich musste es schnell gehen. Also hat der eilige Experte gegoogelt, was das Zeug = die wikipedia – hergab: „Ein System, das nur der Minderheit der Reichen dient, kann auch nicht Demokratie genannt werden, wie Perikles schon vor mehr als 2000 Jahren feststellte.“ 2000 Jahre, mal über den Daumen gepeilt. Von Perikles gleich zu Rousseau und John Locke. Dann kommen schon John Steinbeck, danach Goethe und schließlich Horkheimer und Adorno. Am Schluss die Mahnung an die Linke und wohl auch „Die Linke“, dass es Werte gibt, die man nicht kaufen kann. Finden wir auch. Man müsse, meint der ehemalige SPD-Wirtschafts- und Finanzminister, die Hoffnung auf die vielen Millionen Nichtwähler setzen. Lafontaine und die Linke, Rächer der Enterbten, Hoffnung der Protestwähler? Finden wir nicht.

Eine ziemlich große Anzahl der Deutschen, ungefähr ein Drittel, mit steigender Tendenz auch im Westen, ist unzufrieden mit der Politik. Mit der Politik der Regierungsparteien, aber auch mit der SPD. Die Volksparteien bröckeln. Was tun? Lafontaine wählen? Oder gar die „Anderen“? Auch rechts sind die Rattenfänger am Werk. Eine demokratische Rechte fehlt – bisher.

Mindestens 35 Prozent aller Deutschen geht es schlecht, mit steigender Tendenz. Sie sind arbeitslos oder Rentner oder haben nur einen wackeligen Job und keine richtigen Aussichten und kein Geld mehr in Reserve. Sie sehen für sich und die Zukunft schwarz. Sie sind ohne Illusionen und deshalb hellhörig. Oft ratlos und am Abend manchmal schon betrunken. Aber sie sehen klar. Die da unten sind aufmerksamer, misstrauischer, klüger. Sie leben bewusster. Weil sie dauernd aufpassen müssen, bei jedem Einkauf und jedem Schluck Kaffee, den sie trinken und jedem Lichtschalter, den sie anknipsen. Sie leben von 967 Euro gesetzlicher Rente (statistischer Durchschnitt), davon gehen Miete, Strom und andere Nebenkosten ab. Sie leben von Schulden oder von dem bisschen Vermögen, das sie früher angespart hatten, oder von ihren Eltern oder ihrer Frau. Viele aber leben nur von Hartz IV.

Der Mensch muss wissen, wofür er arbeitet und lebt

Sie werden unruhig. Sie haben jeden Tag mehr Wut im Bauch und glauben immer weniger dem Fernsehen, dem Radio und den Zeitungen. Und diese Wut ist gefährlich. Gefährlich nicht nur für das System der Sozialen Marktwirtschaft. Auch für seine Voraussetzung: Die funktionierende Demokratie, in der jeder für das Gemeinwohl arbeitet. Die Deutschen da unten glauben nicht mehr, dass Angela Merkel und Volker Kauder noch national denken und handeln. Oder dass SPD-Chef Sigmar Gabriel die soziale Gerechtigkeit will. Sie hören viel von Europa, vom Gemeinwohl, von „Werten“. Aber wofür sollen sie und ihre Kinder arbeiten, lange Wege und harte Einsparungen in Kauf nehmen, wenn es keine Werte mehr geben darf, und leider auch – außer einmal in vier Jahren bei einer Fußballmeisterschaft – keine Nation? Keine Identität mit dem eigenen Volk? Sollen sie ihre Identität auf den Wohlstand gründen statt auf Deutschland? Der Wohlstand ist – für sie – weg. Wackelt aber das Vertrauen, dann ist das ganze System, zu dem die „FAZ“ ebenso gehört wie die „Die Linke“, in Gefahr.

Kurz vor den Wahlen – und das wird bald sein – werden also Angela Merkels Berater ihr Herz entdecken für die deutschen Eingeborenen, für ihre Leitkultur, für die Mütter, die wieder mehr Kinder aufziehen, für die deutsche Sprache und Geschichte und für einfache Tugenden wie Ordnung und Pünktlichkeit und Sparsamkeit und Fleiß, über die Lafontaine noch 1982 gespottet hat, dass es „Sekundär-Tugenden“ seien, mit denen man auch ein KZ betreiben könne. Werden die deutschen Protestwähler ihnen noch einmal vertrauen? Lafontaine werden sie jedenfalls nicht wählen.

Schreiben Sie dem Autor unter klausrainer@gmx.de

Nackte Tatsachen in den Dünen von Nidden

Ausstellung in Stade zeigt »Max Pechstein auf Reisen«. Seine bevorzugten Ziele: die Kurische Nehrung und Pommern

Der „Brücke"-Maler Max Pechstein (1881–1955) war ständig auf Reisen. Auch in Ostpreußen und Pommern. Hier holte er sich an den naturbelassenen Stränden Anregungen für sein Werk. Eine Ausstellung in Goldaps Partnerstadt Stade zeigt das beeindruckende Ergebnis.

Der Schutzmann blieb unnachgiebig: „Ich zeige Sie wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses an." In der freien Natur wie in den Dünen von Nidden war es der Maler Max Pechstein gewohnt, genauso aufzutreten, wie seine Modelle, die er dort zeichnete: nämlich splitterfasernackt. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg war FKK an der Kurischen Nehrung eben noch nicht en vogue.

Pechstein konnte von Glück reden, dass es nur bei der Anzeige blieb und die Obrigkeit nicht zusätzlich seine Skizzenblätter konfiszierte. Denn die sind nun in einer kleinen, aber feinen Wanderausstellung ebenso zu sehen wie die Ölbilder, Holzschnitte, Aquarelle, Tusche- und Kreidearbeiten, die er nach diesen Vorlagen angefertigt hatte.

„Utopie und Wirklichkeit – Max Pechstein auf Reisen" heißt die Schau von 138 zum Teil bislang unveröffentlichten Arbeiten des expressionistischen Malers, die noch bis zum 20 Januar 2013 im Kunsthaus Stade zu sehen ist. Danach wird sie noch vom 9. Februar bis 12. Mai 2013 in den Kunstsammlungen von Pechsteins Geburtstadt Zwickau und vom 1. Juni bis 1. September 2013 im Kulturspeicher Würzburg gezeigt.

Dass die niedersächsische Stadt vor den Toren Hamburgs den Anfang macht, kommt nicht von ungefähr, ist Stade doch Partnerstadt von Goldap. So zog es auch Pechstein immer wieder zur ostpreußischen Küste. Zwischen 1909 und 1939 machte er sich insgesamt sechs Mal von Berlin aus auf den beschwerlichen Weg über Königsberg per Zug, Boot und Droschke nach Nidden, um sich dort von der noch ganz urwüchsigen Seenlandschaft künstlerisch anregen zu lassen.



Doppeltes Lottchen: Bei „Frauen am Waldrand" (1911) stand Pechsteins Frau Lotte Modell Bild: Kunsthaus Stade

Pechstein liebte die unverfälschte Natur Ostpreußens

„Pechstein suchte Authentizität und unverfälschte Natur, deshalb ist er an den äußersten Zipfel des deutschen Reiches gereist, also dorthin, wo es noch nicht touristisch erschlossen war", so Kuratorin Ina Ewers-Schultz.

Vor den Touristen und sogar noch vor Pechstein haben Malerkollegen wie Lovis Corinth und Karl Schmidt-Rottluff den Ort Nidden auf die künstlerische Landkarte gesetzt. Später kaufte sich Thomas Mann hier ein Ferienhaus, in dem er an seinem „Joseph"-Roman schrieb.

In Nidden malte Pechstein alles mögliche: Dünen-Landschaften, Bewohner, Fischer, Feldarbeiter, Steinklopfer und Badende – nackte Badende. Damals war das noch skandalös. Aber Pechstein entfloh bewusst den stickigen Ateliers, in denen man meistens auf statische Nacktposen setzte. Er malte Akte, die in Bewegung sind und die sich in einer natürlichen Ausdrucksform zeigen.

Rund die Hälfte seiner Werke sind im Krieg verschollen

Sein Lieblingsmodell war stets mit dabei: Lotte, seine Muse und spätere erste Ehefrau. „Eigentlich ist auf seinen frühen Bildern immer nur Lotte zu sehen", erklärt Ewers-Schultz, „wenn er am Strand eine Gruppe von sieben nackten Frauen skizzierte, so sehen wir im fertigen Ölbild im Prinzip sieben Mal Lotte."

Anders als seine Malerfreunde der Künstlervereinigung „Die Brücke" wie Erich Heckel oder Ernst Ludwig Kirchner, schuf Pechstein kaum Bilder von dem pulsierenden urbanen Leben des frühen 20. Jahrhunderts. Zwar machte er 1907 die obligatorischen Bildungsreisen nach Rom und Paris, doch seine Sehnsucht galt der See.

1914 reiste er zu den Südsee-Inseln von Palau, die damals noch eine Kolonie des deutschen Reiches waren. Ein befreundeter Kunsthändler sponserte Pechstein, der zu der Zeit noch nicht groß von seiner Kunst leben konnte, die Reise. Zum Dank malte er nach seiner Rückkehr binnen eines Jahres rund 100 Ölbilder, von denen die Hälfte allerdings verschollen sind. Der Grund liegt darin, dass Pechstein in der NS-Zeit mit zu den „entarteten Künstlern" zählte und man seine Bilder aus dem Verkehr zog. Ein anderer Teil dürfte bei den alliierten Bombenangriffen verbrannt worden sein. So gelten seine in historischen Galeristen-Katalogen fotografisch dokumentierten Arbeiten vom Fischerleben in Nidden als komplett verloren.

Nach 1945 versuchte Pechstein, seine verlorenen Werke nachzumalen. Doch die expressionistische Ära war endgültig vorbei, und dem Maler gelang es nicht mehr wie einst in Nidden, seine Utopie einer unverfälschten Einheit von Mensch und Natur wiederzugeben.

Als nach dem Ersten Weltkrieg eine Grenze quer durch die Kurische Nehrung gezogen und Nidden litauisch wurde, suchte und fand Pechstein mit dem pommerschen Seebad Leba eine neue, unberührte Inspirationsquelle. „Fortwährend habe ich mein Skizzenbuch in der Hand und wenn ich nur ein Zehntel so viel male, als ich zeichne, so platzt mir der Schädel", schrieb er.

Anders als auf seinen Auslands-Abstechern wie zum Beispiel in die Schweiz oder nach Südfrankreich fühlte er sich an der Ostseeküste in seinem Element. In Leba wie auch später in Ückeritz auf Usedom setzte er Marta, seine zweite Frau, nackt in Szene. Und hier konnte er selbst frei und ungezwungen im Adamskostüm malen – diesmal unbehelligt von den Sittenwächtern.

Harald Tews

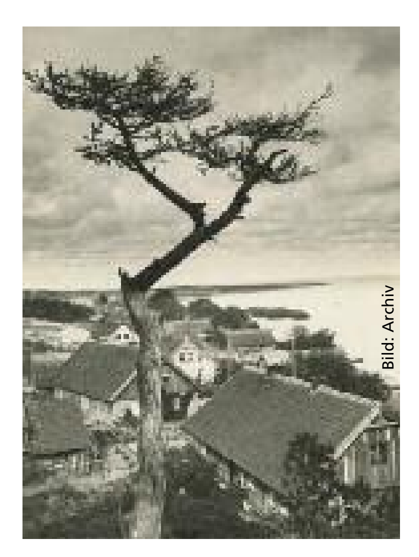


Bild: Archiv

Nidden zu Pechsteins Zeiten

Zur Ausstellung ist im Hirmer Verlag ein 176-seitiger Katalog erschienen. Preis: 24,90 Euro im Museum, sonst 34,90 Euro im Buchhandel.

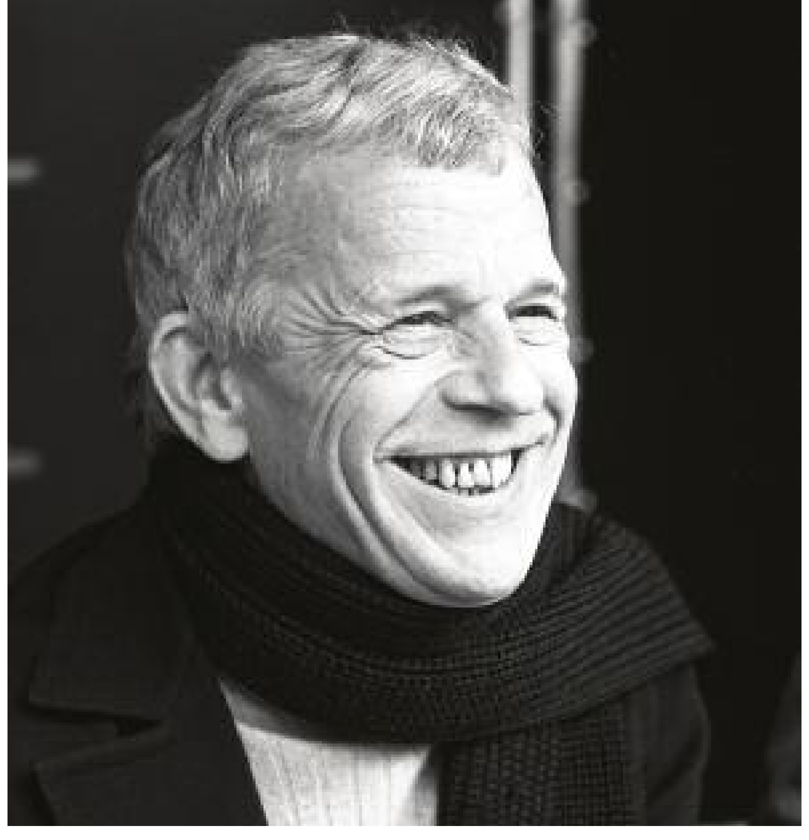
Westpakete aus Dachau für den Edel-Kommunisten

Ein Brief-Fund zeigt: Selbst ein eingefleischter DDR-Autor wie Peter Hacks ließ sich von seiner Mutter Westwaren zuschicken

Der spätere DDR-Dramatiker Peter Hacks (1928-2003) wurde in der schlesischen Hauptstadt Breslau geboren und geriet gegen Kriegsende 1945 in amerikanische Gefangenschaft. Im März 1946 konnte er in Wuppertal das Abitur ablegen, er zog zu seinen Eltern, die nach der Flucht aus Schlesien im bayerischen Dachau eine neue Unterkunft gefunden hatten, und studierte Theaterwissenschaft in München, wo er 1951 von Artur Kutscher mit einer Arbeit über „Das Theaterstück des Biedermeier" promoviert wurde.

Als freier Autor lebte er vier Jahre in München und bekam 1954 für sein zweites Drama „Eröffnung des indischen Zeitalters" (1954), das ein Jahr später in den Münchner Kammerspielen uraufgeführt wurde, den Dramatikerpreis der Stadt München zugesprochen. Sein Lehrmeister als Dramatiker war der seit 1948 in Ostberlin lebende „Stückeschreiber" Bertolt Brecht, auf dessen Spuren Peter Hacks 1955 mit seiner Frau Anna Elisabeth Wiede vom Westen aus in den 1949 gegründeten „Arbeiter- und Bauernstaat" DDR übersiedelte.

Da seine noch immer in Dachau lebende Mutter (1896-1972), Vater Karl Hacks war 1950 gestorben, für diesen Schritt Verständnis zeigte, nahm sie ihrem Sohn das Versprechen ab, ihr jede Woche einen Brief nach Dachau zu schreiben und über seine Befindlichkeit zu berichten. Sohn Peter hatte, oft missmutig und widerwillig, dieses Versprechen bis zum Tod seiner Mutter 1972 eingehalten. Die 450 Briefe sind erhalten geblieben und dürften heute als unersetzliche Zeugnisse aus den ersten DDR-Jahren des Dramatikers gelten. Aus diesem Konvolut sind jetzt zehn Briefe im dritten Heft 2012 der Berliner Literaturzeitschrift „Sinn und Form" abgedruckt.



Hatte gut lachen: Dank Muttis Fresspaketen ging es dem überzeugten Kommunisten Hacks in der DDR richtig gut Bild: pa

Auffallend bei diesem Briefwechsel ist, dass der überzeugte Kommunist Hacks das „kapitalistische Westdeutschland" offensichtlich mit Abscheu verlassen hatte, in den Briefen aber offenbarte, auf die Annehmlichkeiten einer „untergehenden Gesellschaftsordnung" keineswegs verzichten zu wollen und deshalb den Briefen an seine Mutter fast immer Einkaufslisten für dringend benötigte Westwaren beilegte. Oder er würdigte bereits eingetroffene Waren ausführlich oder mahnte ausgebliebene bei der Mutter an. So wünschte er sich zum Beispiel Käse, Rosinen, Pampelmusen, Schokolade, Mixed Pickles, Marshmallows, Nüsse, Gelatine, Oliven, Fruchtkonfekt, verschiedene Teesorten (bevorzugt solche von Dallmayr in München), Klopapier, „Fuß-Frisch"-Spray, Waschmitteleimer von Dash oder Kosmetika für seine Ehefrau. Offenbar war er damals nicht in die DDR umgezogen, sondern nach Sibirien!

Mit ihren geringen Geldmitteln als Rentnerin hätte seine Mutter diesem Aufschrei nach Westwaren überhaupt nicht nachkommen können. Peter Hacks aber verdiente mit seinen Theaterstücken auch in Westdeutschland Geld, harte Westmark nämlich, die er, dazu war er verpflichtet, an eine DDR-Bank hätte transferieren und beim Finanzamt angeben müssen. Das tat er auch, überredete aber, obwohl er in Ostberlin als überzeugter Kommunist auftrat, seinen Münchner Verleger vom Drei-Masken-Verlag, von jedem Honorar einen Teil abzuzweigen und seiner Mutter zu überweisen, die davon die heißbegehrten Westwaren bezahlte.

Noch zehn Jahre nach dem Umzug von München nach Ostberlin dankte er unter dem Datum des 30. Mai 1965 „für das Fresspaket" und bat zugleich um urologischen Tubentee sowie die damaligen Zigarettenmarken „Reyno" und „Shepard's Hotel". Als ihm seine Mutter einen Kaffeeautomaten schickte, war er außer sich vor Freude und schrieb am 5. Dezember 1965: „Die Kaffeemaschine ist aufregend. Das weißgoldene Muster passt ja genau, entweder zu dem Fürstenberg-Service oder dem KPM-Service." Hacks lebte offensichtlich in einer kommunistischen Zukunft, die ohne Westwaren nicht denkbar war!

Auch West-Kosmetika für die Frau im Paket

Da er bis zuletzt befürchten musste, bei Mutter und Bruder Jakob, der noch dazu aktives FDP-Mitglied war, auf Unverständnis für seinen Schritt über die innerdeutsche Grenze zu stoßen, schnitt er dieses Thema auch nur einmal an und äußerte sich am 9. August 1955 belustigt über die Ansicht seiner Mutter: „Es ist mir bekannt, dass Du unsere Existenz so verstehst, dass wir mit gedrückten Gesichtern auf einem Ruinenhaufen sitzen und vom Staatssicherheitsdienst mit Kaviar gefüttert werden... Ich werde nicht versuchen, Dir das auszureden. Es ist mir in fünf Jahren nicht gelungen, und es wird mir in weiteren fünf Jahren nicht gelingen. Du wirst uns mal für zwei Wochen besuchen, dann erledigt sich das von selber."

Er verzichtete auch darauf, seinen westdeutschen Verwandten Erklärungen darüber abzugeben, warum seine beiden Gegenwartsstücke „Die Sorgen und die Macht" (1959) und „Moritz Tassow" (1961) verboten worden waren. Wie andere DDR-Autoren auch, die mit Staat und Partei in Konflikt geraten waren, vermied er es fortan, sich auf die riskante Gestaltung von Gegenwartsstoffen einzulassen, sondern bearbeitete Vorlagen aus der Antike und der deutschen Klassik. Ausgerechnet mit der Komödie „Ein Gespräch im Hause Stein in Abwesenheit des Herrn von Goethe" (1974) feierte er seinen größten Erfolg.

Jörg Bernhard Bilke

Hort der deutschsprachigen Neuerscheinungen

Vor 100 Jahren wurde die Deutsche Nationalbibliothek gegründet – Gründungsgeschichte spiegelt deutschen Föderalismus wider

Ob „Reichsbibliothek", „Deutsche Zentralbibliothek", „Deutsche Bücherei" oder „Nationalbibliothek", nach der Reichsgründung 1871 wurde über die Schaffung einer zentralen Sammel- und Aufbewahrungsstätte unter den unterschiedlichsten Namen diskutiert. Am 3. Oktober 1912 kam es schließlich zur Vertragsunterzeichnung, welche die heute noch bestehende Deutsche Bücherei in Leipzig ins Leben rief.

Ideen und Pläne für eine Nationalbibliothek gab es schon vor 1871. Bei seiner Arbeit an einer Sprachenkarte von Deutschland vermisste der Bibliothekar Karl Bernhardi, wie andere Forscher und Wissenschaftler auch, eine Bibliothek für alle deutschen Veröffentlichungen. In einem Schreiben vom 18. Oktober 1843 wandte er sich an die Akademie der Wissenschaften in Berlin, diese möge sich beim preußischen König für eine solche Bibliothek einsetzen. Das Akademiemitglied Jacob Grimm sprach sich als Gutachter aber dagegen aus: „Das Gute läuft ohnehin keine Gefahr, vergessen oder verloren zu werden, wozu die übervollständige Anhäufung des Mittelmäßigen und Schlechten?"

Der Gründung einer zentralen Bibliothek traf wiederholt auf die föderale Struktur des Deutschen Reiches. So meinte der Historiker und Politiker Heinrich von Treitschke 1884, dass die Königliche Bibliothek zu Berlin aufgrund der Verfassung nicht als Reichsbibliothek infrage käme. Die Bibliotheken der Länder, darunter die Bayerische Staatsbibliothek und die Königliche Bibliothek, heute Staatsbibliothek zu Berlin, hätten mit ihrer Dezentralität sogar Vorteile gegenüber den Einrichtungen in Frankreich und England. Zudem hatte 1874 eine Reichstagsmehrheit bereits die alleinige Zuständigkeit der Bundesstaaten betont.

Bild: Deutsche Nationalbibliothek, Stephan Jockel

Jedem Volljährigen gegen Gebühr zur Benutzung zugänglich: Lesesaal der Deutschen Nationalbibliothek

Zwar enthielt das Statut der Königlichen Bibliothek von 1885 die Aufgabe, „in möglichster Vollständigkeit die deutsche und in angemessener Auswahl auch die ausländische Literatur zu sammeln, dieselbe geordnet aufzubewahren und der allgemeinen Benutzung zugänglich zu machen". Die Lücke zwischen den gedruckten und den gesammelten Werken wuchs aber beständig an. So verdreifachte sich zwischen 1871 und 1911 im Deutschen Reich die Zahl der Druckwerke. Aber die Königliche Bibliothek, die alle in Preußen verlegten Druckwerke als Pflichtstücke erhielt, besaß 1912 lediglich zwei Drittel der deutschsprachigen Buchproduktion. In seinen Erinnerungen schrieb Wilhelm Erman, bis 1889 Beamter an der Königlichen Bibliothek und Direktor der Berliner Universitätsbibliothek, dass dem Generaldirektor August Wilmanns nicht viel am Erwerb von Belletristik und Übersetzungen ausländischer Literatur lag, sondern er vor allem Universitätsliteratur erwerben ließ. Eine Bestandsaufnahme 1906 ergab, dass besonders in den Bereichen Medizin, Technik und Naturwissenschaften sowie der Belletristik Lücken bestanden.

Letztlich waren es nicht vornehmlich Politiker, sondern der Börsenverein der Deutschen Buchhändler, das Königreich Sachsen und die Stadt Leipzig, die die Gründung einer Deutschen Bücherei voranbrachten. Der Buchsektor war nämlich für Sachsen im Allgemeinen und Leipzig im Besonderen zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor geworden. Erich Ehlermann vom Börsenverein schlug daher ab 1910 die Gründung einer Reichsbibliothek in Leipzig vor: „Die Zeit, in der wir leben, ist gekennzeichnet durch eine Anzahl ungeheurer Umwälzungen … Für den Forscher kommender Jahrhunderte wird deshalb gerade unsere Zeit von dem größten Interesse sein, in der Anfänge jener Kultur liegen, die ihm Gegenwart sein wird. Wer sich diese Sachlage vergegenwärtigt, dem muss es geradezu unverantwortlich erscheinen, wenn unsere Zeit nicht sorgsam sammelt, was dereinst Zeugnis von diesen Umwälzungen geben kann. Und was vermöchte das mehr, als die Druckschrift, die – vereinzelt vielleicht belanglos – in der Gesamtheit der Erscheinungen ein deutliches Spiegelbild entwirft von Vorgängen, die uns selbst vielleicht nicht einmal zum Bewusstsein kommen."

Verhandlungen zwischen Vertretern des Börsenvereins, des Reichsamts des Innern, des preußischen Kultusministeriums und der Direktion der Königlichen Bibliothek zu Berlin sowie dem Reichskanzler führten letztlich zu einem Kompromiss. Am 3. Oktober 1912 kam es zur Vertragsunterzeichnung zwischen dem Königreich Sachsen, der Stadtgemeinde Leipzig und dem Börsenverein der Deutschen Buchhändler. Für die Errichtung eines Gebäudes und den Unterhalt für die nächsten zehn Jahre sollten das Land und die Stadt aufkommen, der Börsenverein war hingegen für die Beschaffung zuständig. Gesammelt und aufbewahrt wurde alles, was ab dem 1. Januar 1913 im Deutschen Reich, in Österreich und der Schweiz publiziert wurde. Ausgenommen waren die vor 1913 erschienenen Bücher und der Erwerb fremdsprachiger Literatur. Der Börsenverein garantierte, dass der Buchhandel seine Druckwerke kostenlos zur Verfügung stellt, so dass ein Pflichtexemplargesetz entfiel. Von 1914 bis 1916 entstand nach den Entwürfen von Oskar Pusch das Gebäude der Deutschen Bücherei.

Wie die Bücherei statt nach Berlin nach Leipzig kam

Allerdings war die Deutsche Bücherei nicht unumstritten. Adolf von Harnack, ab 1905 Wilmanns Nachfolger als Generaldirektor der Königlichen Bibliothek, sah sein Haus auf gutem Wege, eine Nationalbibliothek zu werden, wenn diese durch eine Etaterhöhung auch das restliche Drittel der deutschen Buchproduktion erwerben könne. Trotz aller guten Wünsche für die Leipziger Bücherei beanstandete er, dass eine deutsche Nationalbibliothek auch ausländische Bücher zu sammeln habe, auch um den Preis der Unvollständigkeit bei den deutschsprachigen Publikationen. So sagte er 1914: „Um der subalternen Vollständigkeit willen alles zu sammeln, nur weil es in deutscher Sprache gedruckt ist, kann daher nicht die Aufgabe einer deutschen Nationalbibliothek sein." Dieses ist umso bemerkenswerter, als die Nationalbibliotheken der westeuropäischen Großmächte, die Bibliothèque nationale in Paris und die Britisch Museum Library in London, die inländischen Veröffentlichungen ohne Einschränkungen erfassten. Harnack erzielte jedoch insofern einen späten Erfolg, als ab 1942 die Deutsche Bücherei schließlich auch ausländische Literatur sammeln sollte.

Nach der Teilung Deutschlands wurde 1946 in Frankfurt am Main die Deutsche Bibliothek gegründet. Im Zuge der Wiedervereinigung 1990 wurden die Bibliotheken zusammengeführt und mit dem „Gesetz über die Deutsche Nationalbibliothek" 2006 die Häuser in Leipzig, Frankfurt am Main und Berlin in Deutsche Nationalbibliothek umbenannt. Bei einem Jahresetat von über 45 Millionen Euro sammeln und bewahren mehr als 600 Mitarbeiter 27 Millionen Medien aus Papier, Ton- und Datenträgern, in Mikroformen und neuerdings auch aus dem Internet. In Leipzig befinden sich außerdem das Deutsche Buch- und Schriftmuseum, das Deutsche Musikarchiv, die Sammlung Exil-Literatur 1933–1945 und die Anne-Frank-Shoah-Bibliothek.

Ulrich Blode

Als Humanität noch ein Fremdwort war

Die Kriegführung im Zeitalter Friedrichs des Großen war auf allen Seiten grausam und unerbittlich

Das Wort „Kabinettskriege" suggeriert ein Bild von einer geregelten Kriegführung durch Militärs und einem daneben friedlich und fast ungestört verlaufenden zivilen Leben. Doch das täuscht über die die Grausamkeit und Wildheit der Kriegführung jener Zeit hinweg.

Die Verluste waren in jeder Schlacht, auch für den Sieger, ungeheuer hoch. Binnen weniger Stunden fielen auf engbegrenztem Raum, oft nur drei bis vier Quadratkilometer, zehntausende Soldaten oder sie wurden grässlich verstümmelt. Bei Zorndorf verloren die siegreichen Preußen 35 Prozent ihrer Gefechtsstärke, bei Torgau 29 Prozent, bei Leuthen 22 Prozent, bei Liegnitz und Mollwitz je 21 Prozent. Jeder dritte bis fünfte preußische Soldat musste also fest damit rechnen, nach einer Schlacht nicht mehr zu leben oder zeitlebens verstümmelt zu sein, und bei den Gegnern fielen das Zahlenverhältnis meist noch schlechter aus. Das Artilleriefeuer mit seinen massiven Eisenkugeln und die Kavallerieangriffe mit blankem Säbel führten zu einem unvorstellbaren, massenhaften Verlust von Gliedmaßen. Dazu kam die mangelhafte medizinische Versorgung, denn es gab kein Wundstarrkrampfserum, keine schmerzstillenden Morphine und keine Antibiotika gegen infizierte Wunden.

Fast jeder dritte preußische Soldat musste mit Tod oder Verwundung rechnen

Der Sanitätsdienst im Felde oblag in der preußischen Armee den Regimentsfeldscheren/Oberwundärzten der Regimenter und in den Kompanien den Kompaniefeldscheren/Unterwundärzten. Während einer Schlacht war dem Sanitätspersonal jede medizinische Hilfeleistung in der Gefechtslinie gemäß Reglement streng untersagt. Gehfähige Verwundete hatten vorbereitete Sammelpunkte selbständig aufzusuchen und die Nichtgehfähigen begann man nach Schlachtende aufzusammeln, wenn sie bis dahin nicht verblutet oder von Marodeuren totgeschlagen waren.

Über das Leiden der preußischen Verwundeten nach der blutigen Schlacht von Zorndorf 1758 schrieb der Pfarrer des unweit gelegenen Dorfes Neudamm: „Die Gesichter waren voll geronnen Blut, die Kleider damit begossen und der Leib verstümmelt und durchbohrt, die Hände und Arme waren zersplittert, die Füße zerschmettert. Vielen war ein Auge ausgeschossen, und vielen ein Arm oder Fuß von der Kanone geraubt. Andere suchten den Feldscher, um sich ein Arm oder Bein abnehmen zu lassen. Sonderlich war eine große Menge solcher Elenden, ja vielleicht die Meisten, die im Unterleib oder Gesäss durchschossen waren. Sie krochen die Straßen hin und wider und erfüllten die Luft mit ihrem Jammergeschrei. … Ein Anblick, den ich in zwei Häusern, wo ich hinkam, empfunden, war mir so rührend, dass ich ihn niemals vergessen werde. In dem einen lagen etliche Körper auf der Erde auf dem Stroh, ohne Arm und Füße und sonst verwundet noch, in ihrem Blute. Frau und Kinder, Brüder und Kameraden lagen auch bei ihnen und wuschen sie säuberlich ab, weil sie noch lebten." Eine Arm- oder Beinamputation schaffte damals ein geübter Feldscher in drei Minuten. Die Gliedmaßen wurden scharf abgebunden, um den späteren jähen Schmerz zu unterdrücken. Dann schnitt man oberhalb der Wunde oder des Bruchs mit einem schnellen Rundumschnitt Fleisch und Muskeln bis auf den Knochen durch und sägte diesen anschließend ab. Stoisch arbeiteten die Feldscher dabei unter den markerschütternden Schreien der Verwundeten und nur zehn Prozent der Operierten überlebten diese Prozedur. Noch schlimmer war bei Zorndorf das Schicksal der von ihrer Armeeführung im Stich gelassenen russischen Verwundeten, über welche derselbe Pfarrer schrieb: „Die Menge dieser Elenden machte des Nachts ein unglaubliche Geräusche, teils vor Ungeduld, teils vor Schmerzen, da sie Kugeln noch im Leibe hatten und am Wundfieber krank waren, teils wegen des Wetters, weil es des Nachts kalt und regnicht war. Ich besorgte gar einen Aufstand. Indessen ist nicht zu beschreiben, was die russischen Verwundeten für eine harte Natur haben und wie schwer es hergeht, ehe sie sterben können. Die Unsrigen gleichen ihnen darin garnicht."

Auf Befehl des Königs wurden Schlachtfelder aufgeräumt und die Toten bestattet

Auf Befehl des preußischen Königs musste das Schlachtfeld aufgeräumt werden, wobei man die Preußen einzeln beerdigte, die Russen aber jeweils zu zehn Mann und einem Pferd in großen Löchern einscharrte. Über die dabei anfallende Beute und die vielen zivilen Plünderer schrieb der Neudammer Pfarrer: „Diese Lockspeise begieriger Seelen zog sogar von Berlin und Wriezen Leute zur Plünderung hierher, und man schleppte noch lange nachher Geld, Kupfer, Messing, Zinn, Silber, Wagen, Betten, Bücher, Zelte, Papier, Leder, Sättel, Trommeln, Hüte, Mäntel, Pelze, Hemden, Stiefel, Schuh und unzählige Dinge hinweg. Von Blei hat man über 40 Pfund und eben so viel Messing gesammelt." Die aufgefundenen russischen Schwerverwundeten behandelte man unchristlich: „Die Russen welche noch lebten, wurden dabei auf den Kopf geschlagen oder durch einen Jäger, dergleichen zum Begräbnis kommandiert war, erschossen und mit eingescharrt. Dieses Verfahren schien wohl hart zu sein, aber es geschahe mit Bedacht; denn weil die Russen ein so hartes Leben haben, bei den Schwerverwundeten aber kein Mittel oder einige Hoffnung war, so musste man also mit ihnen verfahren." So sah die Beräumung eines Schlachtfeldes im Zeitalter der „Kabinettskriege" aus.

Grausam ging es ebenfalls zu, wenn (geringe) Teile der von den Russen geschundenen Zivilbevölkerung, wie 1758 in Pommern, einen Freischärlerkrieg gegen die Invasoren führten. Jahrzehnte nach Kriegsende wurden nach einer vorangegangenen Denunziation der Müller Joachim Streitz, der Schuster Parlitz und der Ackersmann Martin Daniel Winde am 22. September 1773 in Stettin hingerichtet, nachdem König Friedrich der Große vorher persönlich das Todesurteil bestätigt hatte. Die drei Bewohner des pommerschen Städtchens Massows hatten nämlich nicht nur heimlich einen russischen Kosaken erschlagen und beraubt. Sie erschlugen auch mit Knüppeln brutal zwei durchreisende schlesische Kaufleute, beraubten und verscharrten sie. Zu ihrer Entschuldigung gaben sie während der Untersuchung an, diese Kaufleute für „russische Marketender" gehalten zu haben. Das kaufte ihnen das Gericht jedoch nicht ab, denn im Todesurteil stand geschrieben: „Bey einem ausbrechenden Kriege denen Unterthanen gar nicht das Recht zustehe aus eigener Macht und ohne durch den Staat dazu bemächtiget zu seyn, Feindseligkeiten auszuüben, wie dieses alle Europäischen Mächte einstimmig annehmen, und sich in ihrem Verhalten darnach richten…". König Friedrich bemühte sich durch dieses Urteil, die Wildheit der sogenannten „Kabinettskriege", zumindest bei der eigenen Bevölkerung, etwas zu zähmen.

Jürgen W. Schmidt

Mehr als nur der Namensgeber einer Mütze

Das Landesarchiv Schleswig-Holstein widmet Wilhelms II. Bruder Prinz Heinrich eine Ausstellung

Seit einigen Wochen schenkt das Landesarchiv Schleswig-Holstein in Schleswig einem Preußen aus dem Kaiserhaus volle Aufmerksamkeit. Aber es geht nicht um die Frau von Kaiser Wilhelm II., die unter dem Namen Auguste Victoria zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg geboren wurde, was den Ort der Würdigung fernab vom klassischen preußischen Territorium erklären würde, sondern um den einzigen Bruder des Kaisers, der wie dieser das Mannesalter erreichte: Prinz Heinrich von Preußen.

Am 14. August vor 150. Jahren erblickte Heinrich in Potsdam das Licht der Welt. Doch er lebte nicht lange dort. Seine liberalen Eltern, der spätere wegen seiner nur kurzen Regierungszeit 99-Tage-Kaiser genannte Friedrich III. und dessen Frau Victoria, waren der Meinung, dass ihre Kinder keine elitäre Privatausbildung erhalten sollten, und so besuchte Heinrich eine Realschule in Kassel, während sein älterer Bruder Wilhelm dort auf das Friedrichsgymnasium ging. Beide machten 1877 ihren Schulabschluss und mussten danach zum Militärdienst. Der gerade einmal 15-jährige Heinrich ging als erster Angehöriger eines deutschen Herrscherhauses statt zur Armee zur Marine, genauso wie seine Eltern es von vornherein für ihn vorgesehen hatten. Von diesem Moment an war nicht mehr Potsdam, sondern das an der Ostsee liegende Kiel in Schleswig-Holstein sein Heimathafen.



Prinz Heinrich von Preußen als Admiral mit zwei Schiffsjungen an Bord der S.M.S. Deutschland, um 1907

Foto: Gutsarchiv Hemmelmark

Und so kam es, dass der Preußenprinz zu einem Teil der Geschichte von Schleswig-Holstein wurde und er nun von den Nordlichtern in der Ausstellung „Prinz Heinrich von Preußen. Großadmiral, Kaiserbruder, Technikpionier“ gewürdigt wird. Doch die bis zum 29. April kommenden Jahres andauernde Ausstellung ist nur ein Teil der Würdigung des Hohenzollernsprosses, denn das Landesarchiv sitzt auf einem wahren Berg an Akten des ehemaligen Hofmarschallamtes, der Verwaltung des Hofes. Erstaunlicherweise hat sich bisher kaum einer dieser Akten angenommen, obwohl Prinz Heinrich immerhin zeitweise Chef der Hochseeflotte und ab 1909 Großadmiral und Generalinspekteur der Kaiserlichen Marine war. Für die Ausstellung zum 150. Geburtstag wurden die Akten zwar gesichtet, doch eine detaillierte Betrachtung der Quellen wird gerade vollzogen. Im Rahmen der Ausstellung werden jedoch mehrere Vorträge angeboten, die im nächsten Jahr in einem Sammelband, der den gleichen Titel trägt wie die Ausstellung, angeboten werden. So befasst sich beispielsweise der Historiker des Deutschen Marinebundes am Marine-Ehrenmal in Laboe Jann Markus Witt mit der Rolle des Prinzen als Offizier der Marine.

Und so wurde ein Preuße nordisches Urgestein

Bereits in jungen Jahren umsegelte der Kaiserbruder die Welt und repräsentierte dort auch das deutsche Kaiserreich. Er war fast ein Jahr in Japan, hatte dort mehrere Audienzen beim Kaiser. Aber nicht nur das Reich der aufgehenden Sonne begeisterte ihn, auch das der Mitte zog ihn in seinen Bann. Daher ist die Beziehung des Hohenzollernspross zum Fernen Osten auch ein Thema der Vortragsreihe.

Offenbar verfügte Prinz Heinrich über ein hohes Maß an diplomatischem Geschick, denn obwohl er an der Sicherung des besetzten chinesischen Hafens Tsingtau beteiligt war, kam er in den Genuss einer Audienz beim chinesischen Kaiser. Aber obwohl Prinz Heinrich in bewegenden Zeiten Führungspositionen in der Kaiserlichen Marine innehatte, war es sein Bruder, der den Ausbau der Hochseeflotte zum Ärger vor allem der Briten betrieb, die sich aufgrund des Two-Power-Standards, sprich ihres Anspruchs, immer eine Flotte zu besitzen, die mindestens so stark ist wie die beiden nächstgrößeren zusammen, dadurch herausgefordert fühlten. Doch stand er deswegen im Schatten des Kaisers, wie Harald Eschenburg in seinem 1989 erschienenen Buch „Prinz Heinrich von Preußen. Der Großadmiral im Schatten des Kaisers“ behauptet hat? Hat er sich nicht vielleicht einfach in seine Rolle als Nachgeborener gefügt und dem Kaiser die politischen Entscheidungen überlassen?

Er ging als erster Angehöriger eines deutschen Herrscherhauses statt zur Armee zur Marine

Die Ausstellung in Schleswig bietet die Möglichkeit, sich der Person Prinz Heinrich anzunähern. Heinrichs Technik- und Autobegeisterung war in Schleswig-Holstein legendär. Wobei er die Geschwindigkeit geliebt haben soll. Die Polizei soll mehrfach gegen ihn ermittelt haben. Soweit es ihm möglich war, förderte er die moderne Technik. So ließ er in seinem Sommersitz Gut Hemmelmark bereits im Jahre 1900 eine Zentralheizung einbauen, erwarb als einer der Ersten einen Staubsauger und entwickelte sogar einen Autoscheibenwischer.

Seine Urenkelin lebt noch auf seinem Altersruhesitz

Vier Jahrzehnte lebte Heinrich mit seiner Familie im Kieler Schloss. Nach dem Ersten Weltkrieg, in dem andere die Chefs der deutschen Hochseeflotte waren, und dem damit verbundenen Ende der Monarchie in Deutschland zog sich der Kaiserbruder mit seiner Frau Prinzessin Irene von Hessen-Darmstadt auf seinen Sommersitz zurück. Dort verstarb der Hohenzoller, der wie sein Vater Friedrich III. starker Raucher war, am 20. April 1929 wie sein Vater an Kehlkopfkrebs.

Seine Witwe überlebte ihn um fast ein Vierteljahrhundert. Wie ihre Schwester, die 1918 ermordete russische Zarin Alexandra, war auch sie Überträgerin der Bluterkrankheit, so dass zwei der drei Söhne die Krankheit in sich trugen. Sohn Heinrich war bereits im Alter von vier Jahren 1904 daran verstorben. Waldemar starb 1945 als gegen Kriegsende nicht mehr rechtzeitig Blutkonserven verfügbar waren.

Heinrichs Urenkelin Edwina von Posern erinnert sich im Gespräch mit der *PAZ* noch an Waldemars Frau, die auf sie und ihre Schwester aufgepasst hat, als sie Kinder waren. Beide Schwestern leben noch heute auf Gut Hemmelmark. Zwar wurde das Herrenhaus 1990 verkauft, doch die 51-jährige Edwina und ihr Mann führen den 500 Hektar großen landwirtschaftlichen Betrieb fort. Die Familie gab für die Ausstellung auch einige Familienstücke, wie ein Taufkleid, in dem die Söhne von Prinz Heinrich getauft wurden, ein Service und sogar eine Suppenterrine mit Monogramm von Queen Viktoria, der Großmutter von Prinz Heinrich.

Und so arbeitet man in Schleswig fleißig daran, dass das Gedenken an den Bruder des Kaisers weit über die sogenannte Prinz-Heinrich-Mütze, die der in Schleswig-Holstein so beliebte joviale Preußenprinz so oft trug, hinausgeht. *Rebecca Bellano*

„Prinz Heinrich von Preußen. Großadmiral, Kaiserbruder, Technikpionier“, noch bis zum 19. April 2013, Landesarchiv Schleswig-Holstein Prinzenpalais 24837 Schleswig, Telefon (04621) 8618-00.

»Er kannte keine Standesdünkel«

Interview mit der Kuratorin Christina Schmidt

PAZ: *Die von der Firma „ago austellungen“ im Auftrag des Landesarchiv Schleswig-Holstein gemachte Ausstellung „Prinz Heinrich von Preußen: Großadmiral, Kaiserbruder, Technikpionier“ hat auch ein wenig von den bisher kaum gesichteten Aktenbergen des Hofmarschallamtes profitiert. Was hat man sich unter dem Hofmarschallamt vorzustellen?*

Christina Schmidt: Das Hofmarschallamt war eine Kleinstbehörde, die 1880 mit Volljährigkeit des Prinzen eingerichtet wurde. Vorsteher war der Hofmarschall. Dieser und die übrigen Angestellten des Amts waren mit der Abwicklung und Organisation aller Angelegenheiten Heinrichs befasst, wie der Planung von Reisen, der Ausrichtung von Banketten und Bällen aber auch der Bezahlung von Rechnungen und der Inventarisierung des Bestandes der Residenz Kieler Schloss.

PAZ: *Wieso sind diese Akten bisher nicht gesichtet worden und womit beschäftigen sie sich überhaupt?*

Schmidt: Das Aktenmaterial, das insgesamt 47 Regalmeter füllt, hat bereits in Einzelteilen Eingang in verschiedene Publikationen gefunden, aber wirklich umfassend hat sich noch kein/e Historiker/in mit dem Bestand auseinandergesetzt. Die Ausstellung liefert diesbezüglich erstmals einen wesentlichen Ansatz. Derzeit sind außerdem zwei Promotionsschriften in Arbeit, die sich sowohl mit dem Prinzen hinsichtlich seiner Karriere als Seeoffizier wie auch seiner Technikaffinität auseinandersetzen. Dafür bilden die Akten des Hofmarschallamtes natürlich den wesentlichen Grundstock. Sie umfassen unter anderem Verwaltungs-, Kassen-, Haushalts- und Steuersachen, Unterlagen zu Zeremonialangelegenheiten, Reisen, Ehrenämtern und Protektoraten, aber auch das berühmte Patent für den Autoscheibenwischer, das er 1908 eingereicht hat.

PAZ: *Ihre Ausstellung scheint die erste zu sein, die sich mit dem Bruder von Kaiser Wilhelm II. auseinandersetzt. Was fasziniert Sie als Kuratorin an dem von Ihnen Porträtierten?*

Schmidt: Prinz Heinrich galt und gilt bis heute im Allgemeinen als ein sehr sympathischer herzlicher Mensch. Für mich war wesentlich, dieses Bild auf seine Richtigkeit hin zu überprüfen. Ich wollte herausfinden, ob er wirklich eine so aufgeschlossene und zugängliche Persönlichkeit war, wie häufig behauptet wird, oder ob wir ihn heute glorifizieren. Tatsächlich hat sich bei meiner Recherche vieles bestätigt. Er scheint ein sehr umgänglicher Mensch gewesen zu sein, mit einem gewissen schwarzen Humor, ging mit wachen Augen durchs Leben und wusste es trotz aller Pflichten zu genießen. Er kannte keine Standesdünkel. So hat er zum Beispiel jahrelang gemeinsam mit dem Hamburger Kaufmann Carl Krogmann mehrere Segelyachten unterhalten und an zahlreichen Regatten teilgenommen. Der Kaiserbruder und ein Angehöriger des – wenn auch gehobenen – Bürgertums auf Du und Du in einem Boot? Das war damals schon ungewöhnlich.

Aber wie bei jedem Menschen sind auch bei dem Prinzen schwarze Flecken auf der reinen weißen Weste zu finden. Er hat zum Beispiel sehr viel geraucht und getrunken, sogar so viel, dass einige Angehörige der Marine die Nase über seinen Alkoholkonsum rümpften. Whisky und Champagner waren seine bevorzugten Getränke. Auch darf nicht beschönigt werden, dass er als Oberbefehlshaber der Ostseestreitkräfte am Ersten Weltkrieg beteiligt war und er somit den Tod vieler Menschen mit zu verantworten hat. Wie das gesamtdeutsche Volk war auch er von einem tiefen nationalen Kriegsgeist beseelt. Zu guter Letzt hat er außerdem von seinem Bruder Wilhelm, dem er fast schon hörig war, eine antisemitische Haltung übernommen und den Juden die Schuld am Krieg und dem damit zusammenhängenden Untergang des Kaiserreichs gegeben.

PAZ: *Was bietet die Ausstellung besonderes?*

Schmidt: Die Ausstellung ist als Gesamtschau konzipiert. Mir als Kuratorin war es wichtig, alle wesentlichen Bereiche des Lebens Heinrichs zu beleuchten. So wird sich in den drei Räumen sowohl der öffentlichen Person, dem Privatmenschen und dem Techniker gewidmet. Eine derartig umfassende Darstellung war nur dank unser zahlreichen Leihgeber möglich. So hat beispielsweise die Familie des Prinzen sowie der Enkel des einstigen Chauffeurs Heinrichs Objekte für unser Vorhaben zur Verfügung gestellt. Zusammen mit dem Aktenbestand des Landesarchivs weißt die Ausstellung dadurch eine ungewöhnlich hohe Dichte an Exponaten auf, welche die Öffentlichkeit bislang noch nie zu Gesicht bekommen hat.

PAZ: *Welche Rolle spielte Heinrich bei der Kaiserlichen Marine und bei der Flottenpolitik des Kaisers?*

Schmidt: Erstaunlicherweise hat Prinz Heinrich hinsichtlich der Flottenpolitik Kaiser Wilhelms II. keine sehr große Rolle gespielt, zumindest keine aktive. Er hat gemacht, was sein Bruder ihm gesagt hat. So hat Wilhelm ihm 1899 das Protektorat über den Deutschen Flottenverein übertragen, aber im Gegensatz zu manch anderen Vereinigungen, dem der Prinz ebenfalls als Schirmherr vorstand, hat er sich hier nie großartig eingebracht. Sein persönliches Engagement hielt sich sehr in Grenzen. Grundsätzlich hatte Heinrich bei derartigen Angelegenheiten wie dem Ausbau der kaiserlichen Marine kein Mitspracherecht und er versuchte auch nie, sich darüber hinweg zu setzen.

PAZ: *2013 gibt auch ein Buch über Prinz Heinrich. Was erwartet den interessierten Leser?*

Schmidt: Der Band wird eine Verschriftlichung unserer Vortragsreihe sein, die wir begleitend zur Ausstellung veranstalten. Die zehn Aufsätze befassen sich mit den unterschiedlichsten Aspekten, wie mit der Marinelaufbahn des Prinzen, seinem Verhältnis zu Wilhelm II. sowie seinem Sommer- und späteren Altersitz Gut Hemmelmark. Die letzten Publikationen zu Prinz Heinrich liegen schon einige Jahrzehnte zurück. Vieles muss revidiert oder in ein klareres Licht gerückt werden. Die Beiträge stammen von namhaften Wissenschaftlern, darunter John C. G. Röhl oder Volker Berghahn. Ergänzend zu den Aufsätzen enthält das Buch umfangreiches Bildmaterial von Gegenständen und Dokumenten, die in der Ausstellung zu sehen sind, sowie von Exponaten, die wir aus restauratorischen Gründen leider nicht präsentieren konnten.

Beim Thema Vertreibung duckt sich Politik weg

Zu: „Kontext statt Flucht“ und „Im Sinne der Vertreiber“ (Nr. 36)

Unsere „Leitmedien“ haben nur knapp darüber informiert, dass am 29. August 2012 in Berlin mit ministerieller Billigung seitens der eigens geschaffenen Stiftung das Grundsatzdokument „Konzeption der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung und Leitlinien für die geplante Dauerausstellung“ veröffentlicht worden ist. Das ist bedauerlich, handelt es sich doch um ein Schlüsseldokument künftiger deutscher und europäischer Selbstverständigung.

Darum sollen hier zwei Fragen angesprochen werden, die sich nach Lektüre der Konzeption samt „Leitlinien“ und der Pressebeiträge förmlich aufdrängen:

Erstens, warum wird in dem 45 Seiten zählenden Papier, in dem die beabsichtigte Staatserinnerung an die Vertreibung der Deutschen aus ihren östlichen Reichsgebieten erstmals inhaltlich ausformuliert ist, nicht ein einziges Mal ein Wort oder ein Begriff des Verbrechens gegen die Menschlichkeit für diese Vorgänge eingesetzt? Schwerlich kann bezweifelt werden, dass die mörderische Vertreibung nach „Gulag“ und „Holocaust“ den dritten Gipfel des europäischen Wahns der „Säuberung“ bezeichnet.

Zweitens: Warum soll die beabsichtigte Dauerausstellung zum Thema nicht 2015 eröffnet werden – dem voraussichtlich letzten „großen“ Erinnerungsjahr mit lebenden Zeitzeugen an das Kriegsende 1945 –, sondern erst ein Jahr später?

Sollte sich herausstellen, dass die deutsche Politik des „diplomatischen“ Wegduckens mit der neuen Einrichtung letztlich nur dokumentarisch-museal fortgeführt werden soll, ist für mich abschließend geklärt, dass Charles de Gaulle 1962 auf dem Bonner Marktplatz der Letzte war, der mit Fug und Recht von der „großen deutschen Nation“ in Europa sprechen konnte.

Andreas Gizewski
Großhansdorf

Das Geld hat die Hosen an

Zu: „Wir sind Merkel“ (Nr. 35)

Frau Höhler mag ja im Einzelnen recht haben mit ihrer Kritik an Frau Merkel, jedoch offenbart sie auch einen erstaunlichen Mangel an systemischem Denken, wenn sie sich allzu sehr auf das Wirken einer einzelnen Person als Wurzel des Übels konzentriert. Es ist jedoch so, dass Merkel die oberste politische Repräsentantin eines Systems ist, in welchem das große Geld die Hosen anhat. Böse Zungen bezeichnen dies übrigens als Demokratie.

Die Politik, die wir zum Beispiel seit Maastricht in Sachen EU erleben, wäre unter jedem anderen x-beliebigen Kanzler und einer anderen x-beliebigen Systempartei haargenau gleich abgelaufen. Wer anhand der Politik um die sogenannte Euro-Rettung noch nicht begriffen hat, dass die Interessen der Finanzoligarchie über der Politik stehen und diese nur noch ein Exekutivorgan von wirtschaftlichen Interessen ist, der wird es wohl niemals mehr begreifen.

Machen wir uns nichts vor: Die Kohls, Schröders, Merkels kommen und gehen, das System und seine Funktionsweise aber sind geblieben. Daran wird sich nichts ändern, solange das Primat der Wirtschaft über die Politik besteht.

Thomas Wagner
Florianópolis, Brasilien

Nicht souverän

Zu: „Wir sind Merkel“ (Nr. 35)

Der Kritik von Professorin Gertrud Höhler kann man nur zustimmen, auch wenn sie nicht bis zum Kern des Problems vordringt. Ihr droht sonst die Verurteilung wegen Volksverhetzung. Nach Minister Schäubles richtigen Worten ist Deutschland seit 1945 nie souverän gewesen. Allerdings kann ein nichtsouveränes Land wegen seiner Fremdbestimmtheit auch nie eine Demokratie sein, weil Volkes Wille nicht die Landespolitik bestimmen darf. Ein Rechtsstaat war die BRD auch nie, wie die vielen politischen Prozesse beweisen, bei denen die Gesetze und das Grundgesetz nur Makulatur waren. Der BRD-Staat ist die deutsche Verwaltung des Besatzungsgebiets einer fremden Macht.

Dr. Fritz Kleeberg
Dresden

Linke Faschisten I

Zu: „Friedenseiche als Gewaltopfer“ (Nr. 36)

Es war gut und richtig, dass zum Gedenken an die Pogrome von 1992 in Rostock eine Eiche gepflanzt wurde. Das Absägen ist schon ein handfester Skandal, viel schlimmer aber ist, dass sich die Offiziellen der Gesellschaft und das allgemeine Volk nun feige zurückziehen und eifrig erklären, dass die Eiche ja in der Tat ein reaktionärer-faschistischer Baum sei. Jene linksautonomen Randalierer sind nun einmal gemeingefährlich. Ein leidgeprüfter Politiker der Nachkriegszeit nannte diese Art von Menschen „rotlackierte Faschisten“. Diese Gruppierung rief ja sogar zum Absägen aller „reaktionären Eichen“ auf, die 1000-jährigen Ivenacker Eichen also eingeschlossen. Mit solchen Personen kann man keine Gespräche führen, es sei denn, durch Polizei und Staatsanwalt.

Werner Pfennig
Eydtkuhnen



Geheimoperation Samson: Unter diesem Code werden für Israel auf den Kieler Howaldtswerken moderne U-Boote gebaut, die nukleare Marschflugkörper abfeuern können Bild: Philipp Guelland/dapd

Linke Faschisten II

Zu: „Friedenseiche als Gewaltopfer“ (Nr. 36)

Nur wenigen Zeitungen war der Vorgang eine Nachricht wert, und selbst die *PAZ* veröffentlichte nur eine kurze Meldung. Wenn die Rostocker Friedenseiche von ausländerfeindlichen Elementen abgesägt worden wäre, hätte dieses mit Sicherheit eine Woche lang für Schlagzeilen in den Medien gesorgt. Man hätte wieder einmal eine Steigerung im „Kampf gegen Rechts“ beschworen und die Politiker aufgefordert, nun endgültig die NPD zu verbieten. So aber kamen die Täter „nur“ aus dem linksradikalen Milieu (verharmlosend als „linke Aktionsgruppe“ bezeichnet), das bekanntlich gegen „Deutschtümelei und Militarismus“ gestanden hätte, wobei natürlich auch ein Vergleich mit der NS-Zeit („Hitlereichen“) herhalten musste. Und so etwas macht sich im heutigen Deutschland ja immer gut.

Wolfgang Reith
Neuss

Alle schweigen

Zu: „Wir sind Merkel“ (Nr. 35)

Es scheint leider so zu sein, dass Abgeordnete lieber das zur Kenntnis nehmen, was ihnen genehm ist und das, was ihnen nicht passt, eher ignorieren. Es ist mir nicht nur einmal passiert, dass eine kritische E-Mail meinerseits über den abgehobenen Regulierungswahn dieser ohnehin mit höchst fragwürdiger demokratischer Legitimation ausgestatteten EU-Kommission meinem hiesigen MdEP keine Antwort wert war, und dies, obwohl wir uns persönlich kennen!

Axel Großmann
Reute

Euro-Propaganda

Zu: „Nicht jedes Jahr ein Fernseher“ (Nr. 36)

Immer skurriler werden die Auftritte der Euro-Retter. Wenn etwa der Präsident der EZB martialisch über die entschlossene Verteidigung der Preisstabilität und die Unabhängigkeit der Notenbank schwadroniert, könnte man fast meinen, er eifere dem Vorbild eines zu kurzzeitiger Berühmtheit aufgestiegenen arabischen Politikers namens Muhammad as-Sahhaf nach – zu seiner Zeit besser bekannt unter Spitznamen wie „Comical Ali“ oder „Lügen-Ali“. Wir sprechen von Saddam Husseins legendärem letzten Propagandaminister, der es fertigbrachte, vor laufenden Kameras den Endsieg der Iraker anzukündigen, als US-Soldaten bereits in die Außenbezirke Bagdads vordrangen.

Erst eine Zeit wie die unsere, in der ständig neue Wunderwaffen in die Euro-Schlacht geworfen werden, ist in der Lage, die Leistung dieses begabten Schauspielers zu würdigen.

Josef Huber
Bernhardswald

Merkel rüstet Israel auf Kosten der deutschen Sicherheit auf

Zu: „Offenheit gefragt“ (Nr. 35)

Ich entnehme dem Kommentar von Jan Heitmann, dass die Bundeskanzlerin dem israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu den Rat übermittelt habe, von einer militärischen Aktion gegen den Iran abzusehen. Sie habe, so die israelische Zeitung „Haaretz“, versucht, „die klare Botschaft zu vermitteln, dass sie gegen eine israelische Militäroperation ist“. Merkel habe auf die möglichen Folgen eines solchen Militäreinsatzes für die Stabilität der Nahost-Region, aber auch der Europäischen Union verwiesen.

Dieses drückt Frau Merkels Sorge aus, dass das von ihr geführte Land in einen israelischen Angriff gegen den Iran verwickelt werden kann. Denn die Zusage der Kanzlerin anlässlich ihrer Knesset-Rede am 18. März 2008 könnte für Deutschland böse Folgen haben. Merkel wörtlich: „Gerade an dieser Stelle sage ich ausdrücklich: Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar. Und wenn das so ist, dann dürfen das in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben.“

Kurz gefasst: Das Existenzrecht Israels ist Teil der deutschen Staatsräson – und gemäß dem Kommentar von Jan Heitmann „Worthülsen“ – wenn da nicht die deutschen U-Boote wären.

Das Magazin „Der Spiegel“ hat in seiner Ausgabe 23/12 unter dem Titel „Geheim-Operation Samson. Wie Deutschland die Atommacht Israel ausrüstet“ berichtet, dass Israel U-Boote der „Dolphin“-Klasse, die von der Howaldtswerke-Deutsche Werft in Kiel gebaut und weitgehend von der deutschen Bundesregierung aus Steuergeldern bezahlt wurden, mit nuklear bestückten Marschflugkörpern ausstattet. Der Abschuss erfolgt mithilfe eines bislang geheimen hydraulischen Ausstoßsystems. „Die Deutschen können stolz darauf sein, die Existenz des Staates Israel für viele Jahre gesichert zu haben“, sagt der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak gegenüber dem „Spiegel“.

Dem israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu zufolge habe Deutschland sein Bekenntnis zum Existenzrecht Israels einmal mehr dadurch unter Beweis gestellt, dass nun ein weiteres U-Boot an Israel ausgeliefert wurde. Dieses ist das dritte derer, die bereits geliefert worden sind. Drei weitere werden bis 2017 übergeben. Zudem erwägt Israel, in Deutschland noch drei zusätzliche U-Boote zu bestellen. Erst kürzlich hat die Bundesregierung den Vertrag über die Lieferung des sechsten Bootes unterzeichnet. Nach „Spiegel“-Informationen ist Kanzlerin Angela Merkel den Israelis weit entgegengekommen: Berlin übernimmt nicht nur mit 135 Millionen Euro ein Drittel der Kosten pro Boot, sondern stundet auch den israelischen Anteil bis 2015.

Diese U-Boote kreuzen getaucht im östlichen Mittelmeer und garantieren dem jüdischen Staat einen Zweitschlag – zum Beispiel gegen den Iran. Seit 1961 ist Deutschland über das israelische Nuklear(bomben)-Programm informiert. Laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri verfügt Israel über 80 nukleare Sprengköpfe. Andere Quellen wie das Institut für Friedensforschung in Hamburg sprechen von 100 bis 200 Atomsprengköpfen, darunter alles, von kleinen Gefechtsköpfen bis hin zu Megatonnenbomben.

Viele Deutsche sehen in Merkel die Mami Deutschlands! Daher die Frage: Wie verträgt sich diese Aufrüstung Israels durch die Bundeskanzlerin mit der Verantwortung für das von ihr geführte Land? Bei einem Angriff Israels gegen den Iran wird Deutschland mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit das Ziel von Selbstmordattentätern werden. Die Organe, die Deutschland schützen sollten, sind zurzeit in einem chaotischen Zustand.

Jürg Walter Meyer
Leimen bei Heidelberg

Teufelsgeld von der EZB

Zu: „Verrät uns auch Karlsruhe?“ (Nr. 36)

Nun ist das Wirklichkeit geworden, was in der Luft lag: Für die bankrotten Länder gibt es unbegrenzt Geld von der EZB. Die europäischen Verträge werden skrupellos gebrochen, sie sind nicht mehr das Papier wert, auf dem sie gedruckt sind. Jeder weiß, dass die kurzfristigen Kredite niemals zurückgezahlt werden können, und selbst für die hohen Zinsen werden Kredite aufgenommen.

EZB-Präsident Draghi ist Vertreter eines Landes, das sehr wahrscheinlich selbst davon profitieren und Kredite aufnehmen wird. Der europäischen Einigung wird kein guter Dienst erwiesen, denn aus Freunden werden Gläubiger und Schuldner, und der Erpressung der Retter werden Tür und Tor geöffnet.

Die Frage, woher die EZB plötzlich das Geld hat, ist leicht zu beantworten: Aus der Druckmaschine. Die Sache ist nicht neu. In Goethes „Faust II“ rät Mephisto dem in Geldnot geratenen Kaiser zu verkünden: „Zu wissen sei es jedem, der's begehrt: Der Zettel hier ist tausend Kronen wert.“ Papiergeld zu drucken ist und bleibt ein Rat des Teufels.

Der *PAZ* ist es zu danken, dass sie immer wieder darauf hinweist, wie rücksichtslos mit dem Geld sparsamer Bürger umgegangen wird. „Vor Schaden zu bewahren“, haben die Regierungen einmal geschworen. Der Eid und die Verträge werden ständig gebrochen.

Dr. Gustav Krüger
Herrenberg

Vom Glauben abfallende Pfarrer landen im katholischen Nagelbett

Zu: „Praktizierte Rückkehr-Ökumene“ (Nr. 35)

Erstaunlich ist, dass es Konvertiten nichts ausmacht, in eine Institution zu gehen, die für ihre Mitglieder auch jetzt noch für Fälle des Ungehorsams das kirchlich sanktionierte Inquisitionsgesetze in Reserve hält. In Deutschland sind diese Gesetze in die Glaubenskongregation überführt worden, über die Kardinal Ratzinger einst gehütet hat. Sie sind also noch geltendes Kirchenrecht.

Zurzeit ist allerdings kein Staat bereit, die Ausführung zu übernehmen, aber es ist noch nicht lange her, seit die letzten Feuer brannten. Noch 1848 wurde in Italien ein Ehepaar verurteilt, weil es sich der protestantischen Lehre zugewandt hatte.

Ein evangelischer Pfarrer, der sich sicherlich vor dem Wechsel unterrichtet hat, muss demnach bereit sein, den Hass, die Aburteilung und Verdammnis des Teiles der Menschheit, der nicht dieses Glaubens ist, mitzutragen.

Da ist vieles aber schwierig zu verstehen. Der Disput zwischen Luther und der katholischen Kirche bestand darin, dass Luther sich auf Christus bezog und erklärte, wenn jemand seine Lehre mit dem, was Christus lehrte, widerlegte, würde er seine Lehren aufgeben. Die katholische Kirche bezog sich aber eben nicht auf Christus, sondern argumentierte mit den Kirchenvätern, die in ihren Konzilien festgelegt hatten, dass der Papst über Christus stehe, denn Christus lässt sich nicht durch Christus widerlegen.

Schwer zu verstehen ist zum Beispiel Folgendes: Luther sah den Priester/Pfarrer und damit bewusst auch sich als Menschen an, der wie jeder andere mit seinen Schwächen und Fehlern zu ringen hat und der also keineswegs ein vollkommenes Musterexemplar ist. Über seine Priesterweihe sagte er später: „Mein Weihbischof, da er mich zum Pfaffen machte und mir den Kelch in die Hand gab, sprach ja nichts anderes denn also: Accipite potestatem sacrificandi pro vivis et mortuis (Nimm hin die Macht zu opfern für Lebende und Tote). Dass uns die Erde nicht beide verschlang, das war unrecht und allzu große Gottesgeduld.“

Erstrebenswerter also ist es, katholischer Priester zu sein, herausgehoben aus der Masse der Gläubigen. Da ist durchaus etwas anderes, ein protestantischer Pfarrer zu sein, der mit sich ringen muss, der angreifbar und keineswegs unterschieden ist von den Mitgliedern seiner Gemeinde. Das gilt auch für die Pfarrer, die es treibt hinüberzuwechseln. Gönnen wir ihnen diesen Weg. Menschen sind verschieden, und jeder hat seinen eigenen Weg zu gehen. Vielleicht ist Gott doch ein Händler, und man kann seine Gnade kaufen.

Ortrun Barran
Offenbach/M.

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Das Ostpreußenblatt

Nr. 38 – 22. September 2012

MELDUNGEN

Visaregelung außer Kraft

Königsberg – Die polnisch-russische Visaregelung für die Bewohner des Königsberger Gebietes ist zwei Monate nach ihrem Inkrafttreten bereits wieder außer Kraft gesetzt worden. Russland und Polen hatten sich geeinigt, dass diejenigen Russen, die seit mindestens drei Jahren einen festen Wohnsitz im Königsberger Stadtgebiet haben, in der polnischen Vertretung ein Visum beantragen können, das sie berechtigt, ins südliche Ostpreußen zu reisen. Das polnische Generalkonsulat begründet den Stopp damit, dass es dem Ansturm von 200 Anträgen pro Tag nicht mehr gewachsen gewesen sei. Besonders die Unvollständigkeit der Anträge habe eine zügige Bearbeitung verhindert. Am 1. November will das Konsulat die Antragsschalter wieder öffnen. *S.G.*

Nur die Spitze des Eisbergs

Königsberg – Die russischen Behörden haben innerhalb weniger Tage zwei hochrangige Fälle von Korruption bekanntgegeben. Zunächst wurde der Leiter des Zollamtes Heiligenbeil verhaftet, da er von Schmugglern Schmiergelder angenommen hatte. Danach wurde ein ranghoher Mitarbeiter des Königsberger Einwanderungsamtes verurteilt, weil er Geld von illegal beschäftigten Ausländern erpresst und sogar konfiszierte Pässe gegen Barzahlung herausgegeben hatte. Kurze Zeit später erschoss sich ein leitender Beamter der Königsberger Zollinspektion – wie schon im April ein anderer Mitarbeiter derselben Behörde. Es wird vermutet, dass auch sie Ermittlungen gegen sich befürchteten. Die Fälle werfen ein Schlaglicht auf ein grundsätzliches Problem im Königsberger Gebiet mit hoher Dunkelziffer: Korruption. *T.W.W.*

Studium fürs Atomkraftwerk

Tilsit – Direktor Jewgenij Wlasenko vom Konzern „Rosenergoatom“ hat eine Gruppe Tilsiter Abiturienten zum Studium an der Obninsker Hochschule für Atomtechnik verabschiedet. Zugleich wünschte er ihnen viel Erfolg bei ihrem Studium. Nach Aneignung der erforderlichen Spezialkenntnisse werden sie in leitenden Positionen des Atomkraftwerks „Baltiskaja“ zum Einsatz kommen. Unterdessen wurde mit dem Aushub einer weiteren Baugrube begonnen, die für den Block 2 des Atomkraftwerks „Baltiskaja“ bestimmt ist. Zur Herstellung der 14 Meter tiefen Baugrube müssen 634 000 Kubikmeter Erdreich ausgebaggert und abtransportiert werden. Die Arbeiten erfolgen im Dreischicht-Rhythmus rund um die Uhr und werden von modernen Großgeräten bewältigt. Dazu gehören neben 15 Baggern auch 80 Kippfahrzeuge. *H.Dz.*

Es wehte ein Hauch des alten Tilsit

Zum Stadtfest erhielt das Zentrum wieder sein historisches Antlitz

Die Stadt am Memelstrom mausert sich. Bald wird sie nicht nur wieder Tilsit heißen, sondern diesen Namen auch verdienen. Einen Vorgeschmack lieferte das dreitägige Stadtfest.

Einen Hauch des Tilsit vor Flucht und Vertreibung bekam der Besucher des diesjährigen Stadtfestes zu spüren. Überall wehten die Fahnen in den alten Tilsiter Stadtfarben Grün-Weiß-Rot mit dem historischen Wappen, welches Herzog Albrecht der Stadt im Jahre 1552 verliehen hat. Am Hohen Tor hatte man altdeutsche Straßenlaternen aufgestellt. Wegweiser wiesen in deutscher Sprache zur Clausiusstraße, Hohen Straße, Jägerstraße und Angerpromenade. Die Häuser rund um das Hohe Tor waren denkmalsgerecht saniert, die Straße mit Kopfsteinpflaster erneuert und vor dem Reithmeierschen Haus war sogar eine Straßenbahnhaltestelle entstanden. Ein Straßenbahnwagen aus den 20er Jahren – wenn auch nur stationär platziert – zog die Blicke der Passanten auf sich und erzeugte ein Flair der Vorkriegszeit. Er wird künftig als Museum genutzt werden.

Während des Stadfestes fand auf dem Schloßmühlenteich die „Erste Tilsiter Regatta“ statt, an der Rudermannschaften in verschiedenen Klassen starteten. Das Erstaunliche lag vor allem im Namen „Tilsitskaja Regata“. Nicht nur hier las man dem Namen „Tilsit“. Man begegnete ihm auf Schritt und Tritt und es ist wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis er wieder eingeführt wird. Man konnte ihn auf den Taxis lesen, auf Baseballkappen, in Firmenbezeichnungen und sogar die Rocker, die mit ihren schweren Maschinen auftraten, trugen auf ihren Lederkombinationen und auf ihren Fahnen die Aufschrift „Legion Tilsen“, und das nicht etwa in kyrillischen Buchstaben, sondern in deutscher Schrift.

Im Stadtgeschichtlichen Museum lud die Museumsdirektorin Angelika Spiljowa zur Eröffnung einer Ausstellung ein. Präsentiert wurden 20 Lithografien des gebürtigen Tilsiters Armin Mueller-Stahl zu Goethes „Urfaust“. Bei der kürzlich erfolgten Auszeichnung zum Ehrenbürger hatte der Künstler die Originale seiner Heimatstadt geschenkt. Es war nicht die erste Ausstellung deutscher Künstler. Bereits in den zurückliegenden Monaten war die junge Museumsdirektorin bemüht, den heutigen Bewohnern die schöpferischen Leistungen gebürtiger Tilsiter nahezubringen. Ausstellungen von Sebastian Holzner und Gerhard Spilgies trugen dazu bei, die kulturelle Vergangenheit der Stadt im Bewusstsein der Menschen lebendig zu machen.

Die neue Generation denkt europäischer

Vieles hat sich im Denken der heutigen Bewohner verändert. Eine neue Generation ist herangewachsen. Sie hat andere Sichtweisen und denkt europäischer. Der Oberbürgermeister ist 42 Jahre alt. Er, wie auch seine aufgeschlossenen Mitarbeiter, haben den geschichtsträchtigen Boden, auf dem sie leben, in seiner historischen Dimension erkannt und tun alles, um gemeinsam mit den in der Stadtgemeinschaft Tilsit vereinten ehemaligen Bewohnern das historische Erbe zu bewahren. Es wird den heutigen Bewohnern nahegebracht und soll auch für touristische Zwecke nutzbar gemacht werden. In Vorbereitung ist die Wiedererrichtung des Denkmals der Königin Luise an seinem alten Standort im Park Jakobsruh und nicht zuletzt auch die Wiederbelebung der Herstellung des Tilsiter Käses. Der Unternehmer Bruno Buntschu aus der Schweiz nutzte das Stadtfest, um das fertige Projekt einer Schaukäserei mit einem Investitionsumfang von sieben Millionen Euro vorzustellen. Die Käserei wird eine alte Tilsiter Tradition zu neuem Leben erwecken und den jetzigen Bewohnern Tilsits die Historie der Stadt bewusst machen.

Hans Dzieran

Der Autor ist der Kreisvertreter von Tilsit-Stadt.



Bild: Regina Dzieran

Erzeugte ein Flair der Vorkriegszeit: Straßenbahnwagen aus den 20er Jahren mit stimmiger Umgebung

Deutsch ist auf dem Rückmarsch

Aktuelle Kontroverse in Allensteins Grundschule Nr. 9 spiegelt grundsätzlichen Trend in der Republik Polen wider

In diesem Jahr begann das Schuljahr mit Streit um den Deutschunterricht an einer der Allensteiner Lehranstalten, der Grundschule Nr. 9. Sie ist die einzige in der Stadt, an der kein Englisch-, sondern nur Deutschunterricht angeboten wird. Dies ist die Folge einer langjährigen Schirmherrschaft des Goethe-Instituts in Warschau, das den Schülern ein spezielles Stipendienprogramm anbietet sowie die Teilnahme an verschiedenen Sprachwettbewerben und Prüfungen ermöglicht. Beispielsweise fahren Jahr für Jahr etliche Kinder im Rahmen eines Austauschprogramms in die Bundesrepublik. Die Schule wurde mit vielen Hilfsmaterialien wie etwa einer interaktiven Tafel, Wörterbüchern und anderen audio-visuellen Medien ausgestattet. Ihre Absolventen zeichnen sich oft durch die hier erworbenen Deutschkenntnisse aus und schneiden bei fremdsprachlichen Wettbewerben gut ab.

Die Kehrseite ist, dass nun manche Eltern beklagen, dass die Grundschule Nr. 9 keine andere Fremdsprache, etwa Englisch, im Angebot hat. Sie pochen auf möglichst schnelle Änderung in der Weise, dass Deutsch als Pflichtfach abgeschafft wird oder Englisch zusätzlich angeboten wird.

Die zusätzliche Unterrichtung der Kinder in Englisch neben Deutsch ist derzeit nicht möglich, da die Bestimmungen des staatlichen Referenzrahmens nur eine einzige Fremdsprache binnen der sechs Jahre dauernden Grundschulzeit vorsehen. Erst in dem darauf aufbauenden, in Polen obligatorischen dreijährigen Gymnasium ist das Angebot einer weiteren Fremdsprache vorgesehen. Allerdings belassen es die meisten Schüler bei einer Fremdsprache aus Unlust, eine zusätzliche zweite zu erlernen. Da die Polen Englisch Deutsch vorziehen, ist die Sprache der Dichter und Denker der große Verlierer.

Aus vielfältigen Gründen ist Englisch auf dem Vormarsch

Dafür, dass das Deutsche gegenüber dem Englischen ins Hintertreffen geraten ist, gibt es sicherlich eine ganze Reihe von Gründen. Zusätzliche Attraktivität hat die englische Sprache dadurch gewonnen, dass sich mit dem polnischen Beitritt zur Europäischen Union der Arbeitsmarkt der englischsprachigen Länder Europas den Polen öffnete, während der bundesdeutsche und österreichische ihnen fürs erste verschlossen blieb. Zu Hunderttausenden wanderten meist junge Arbeitskräfte aus Polen nach Großbritannien und Irland aus. Diese Ausreisewelle spornte wie nichts anderes zuvor Polens Jugend zu einem intensiven Englischunterricht an. Verschlechtert wurde die Lage des Deutschen noch durch den bei vielen deutschen Politikern und Managern zu beobachtenden Trend, weniger die eigene Muttersprache, sondern Englisch als eine Weltsprache in der Öffentlichkeit zu fördern.

Die Folge ist nicht nur die Kontroverse an der Allensteiner Grundschule Nr. 9. Viel gravierender ist, dass die polnischen Hochschulen immer häufiger Schwierigkeiten haben, Neuzugänge für die germanistischen Studiengänge zu gewinnen. Die Ermländisch-Masurische Universität in Allenstein stellt dabei keine Ausnahme dar. Der Mitte der 90er Jahre an der dortigen Fakultät für Geisteswissenschaften ins Leben gerufene Lehrstuhl für Deutsche Philologie leidet schon seit langem unter Studentenmangel. Nicht anders sieht die Lage im studienbegleitenden Fremdsprachenunterricht aus, der inzwischen ausschließlich auf das Englische umorientiert wurde. Dozenten für andere Fremdsprachen müssen sich an den Gedanken gewöhnen, dass es für sie in Zukunft überhaupt keinen studentischen Nachwuchs mehr geben könnte. Dadurch würde die so oft in der EU gepriesene Mehrsprachigkeit gefährdet und durch eine alleinige Vorherrschaft des Englischen bedroht.

Die Deutschen sind an der Misere nicht unschuldig

Im 19. Jahrhundert forderte der große deutsche Sprachforscher Wilhelm Viëtor ein Umdenken im Bereich des Fremdsprachenunterrichts. Seine Meinung dazu fasste er im Buch „Der Deutschunterricht muss umkehren“ zusammen, wobei er eine neue Methodik im Sinne hatte. Vielleicht muss heutzutage der Fremdsprachenunterricht in Polen um einst schon bewährte oder ganz neue Mittel und Ziele bereichert werden. Der aktuelle Fall der Allensteiner Grundschule Nr. 9 liefert aber einen Hinweis darauf, dass die gegenwärtige Fokussierung auf den Englischunterricht nur schwer abzuwenden ist. Stellungnahmen im Internet lassen etwas Hoffnung keimen. Eine weitere Unterstützung aus der Bundesrepublik Deutschland in Sachen Förderung des Deutschen im Nachbarland würde wahrscheinlich ebenfalls niemandem schaden. *Grzegorz Supady*

Der Autor dieses Beitrages lehrt Germanistik an der Ermländisch-Masurischen Universität in Allenstein.



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist selten, wenn ich fast eine ganze Kolumne nur einem Thema widme, vielmehr einer Zuschrift, denn es werden mehrere Kriterien in der Familiengeschichte angesprochen, die uns Frau **Ute Henke** aus Wallitz übersandte. Mit der Bitte zu prüfen, ob sie sich nicht für unsere Ostpreußische Familie eigne, denn in ihr wird ja von einer glücklichen Zusammenführung berichtet. Nicht nur diese ist eine Veröffentlichung wert, sondern weil auch in ihrem Bericht das mühevolle, lange und oft irrläufige Suchen geschildert wird, das so viele unserer Vertriebenenschicksale behindert und manchen Verzweifelten kapitulieren lässt. Auch Ute Henke und ihr Vater **Siegfried Dombrowski** mussten das erleben, aber sie versuchten immer wieder neue Wege zu finden, die zur Erhellung der Geschichte einer ostpreußischen Familie führte, die für sie bis dahin im Dunkel lag. Zwar gibt es immer noch einige nicht ausgeleuchtete Ecken und auch deshalb hat sich Frau Henke an uns gewandt, weil hier unsere Leserinnen und Leser helfen können. Und wenn ich in der letzten Kolumne geschrieben hatte: „Es ist spät, aber noch nicht zu spät...", so hat das auch in diesem Fall seine Berechtigung, denn die Suche nach dem Schicksal der Familie Dombrowski begann erst vor sieben Jahren. Wie es dazu kam, lasse ich Ute Henke selber erzählen.

„Meine eigentliche Geschichte beginnt mit meinem Großvater **Heinz** Dombrowski, *1. März 1916 in Labiau. Er kam 1945 in russische Gefangenschaft, wurde 1946 entlassen und landete über Frankfurt/Oder in Wittstock/Dosse. Hier heiratete er meine Großmutter Anni, und am 3. März 1951 wurde mein Vater Siegfried Heinz Herbert geboren. Mein Großvater verstarb 1979 im Alter von 63 Jahren und hat leider bis zu seinem Tode nicht erfahren können, was aus seiner Familie – seinen Eltern, den Geschwistern und seiner ersten Ehefrau **Else Anna** geborene Baugstat, *1921 in Königberg, und ihrer 1945 geborenen Tochter **Annemarie** geworden ist.

Ich war bei dem Tod meines Großvaters erst sechs Jahre alt und wuchs in der DDR auf, da wurde über russische Kriegsgefangenschaft nichts erzählt. Für mich endete der Zweite Weltkrieg am 8. Mai 1945. Mein Interesse wurde erst viel, viel später geweckt. Im Winter 2005 erkrankte mein Vater so schwer, dass er dachte, er müsste sterben. Danach fing er an über seine Herkunft zu sprechen und meinte immer wieder, dass jemand von der großen Familie Dombrowski überlebt haben müsse. Er wollte wissen, wie und wo sein Vater die Kinder- und Jugendjahre in Ostpreußen verbracht, wie er als junger Mann gelebt hatte. Mein Großvater hatte ihm kaum etwas darüber erzählt. Nur so viel, dass sie insgesamt 12 oder 13 Geschwister gewesen waren, darunter ein Zwillingspärchen. Wir wussten nicht einmal einen Vornamen, nichts. So kam es, dass mein Vater und ich im März 2006 zu den Mormonen nach Neubrandenburg fuhren. Mit der Hoffnung, Einsicht in die



Heinz Dombrowski ließ sich in Uniform vor diesem Denkmal abbilden – wo stand es? Bild: privat

Kirchenbücher zu erhalten und so – ruck zuck – die Familie Dombrowski zu finden, aber weit gefehlt. Es sollte noch fast sechs Jahre dauern, bis unsere Mühe sich ausgezahlt hatte. Im April 2010 schrieb ich an die WASt in Berlin, fast ein Jahr später erhielt ich eine Antwort mit der Angabe der Heimatanschrift: Vater **Samuel** Dombrowski, Peicken, Kreis Labiau – oh, was für ein Erfolg!"

So glaubten es jedenfalls Vater und Tochter, die inzwischen Kontakt zur Kreisgemeinschaft Labiau hatten, und mit der Vorsitzenden Frau **Brigitte Stramm** und Herrn **Erdmann**, der sich mit Familienforschung befasst, in Verbindung standen. Frau Henke teilte ihnen überglücklich den Bescheid mit und – erhielt einen argen Dämpfer. Denn es gibt im Kreis Labiau keinen Ort Peicken. Die Euphorie war weg! Doch Vater und Tochter machten aus dem nicht vorhandenen Peicken einfach Reiken und suchten weiter. Was verständlicherweise auf Schwierigkeiten stieß, wie sich auf einem landsmannschaftlichen Treffen im September 2011 in Otterndorf herausstellte. Von den Labiauern kannte niemand eine Familie Dombrowski, auch Frau Annie Lore Lemke nicht, die aus Reiken stammte. Aber sie übergab Frau Henke ein Büchlein, in dem ihr Vater in den Nachkriegsjahren alle Lastenausgleichsgesuche eingetragen hatte. Frau Henke stieß beim Forschen mehrmals auf den Namen Dombrowski – und dann ein Aufschrei: Sie fand den Namen einer **Frieda** Dombrowski aus Plicken! Das war der richtige Ort! Der Vater konnte dies bestätigen. Was nun kam, rollte in geradezu rasanter Geschwindigkeit ab. Frau Henke schrieb im Oktober 2011 das DRK in München an und – erhielt die Akte ihres Großvaters aus russischer Kriegsgefangenschaft! Ihre Reaktion darauf schildert sie so:

„Es war der blanke Wahnsinn! Da ich in der DDR aufgewachsen bin, konnte ich die Namen und Geburtsjahre der Eltern, Geschwister und der ersten Ehefrau übersetzen. Auch wusste ich nun, wie viele Kühe und Pferde sie gehabt hatten. Auch hier stand der Name PLICKEN, also lagen wir richtig. So konnte ich Herrn Erdmann erneut anschreiben und erhielt zwei bemerkenswerte Angaben: **Ursula** Dombrowski, *30.05.1933, Plicken, vermutlich 1947 nach Litauen verschleppt, gesucht von ihrer Schwester **Emmi Dumschat**. Ich habe sofort einen Abgleich mit Opas Akte gemacht, hier gab es zwar die Ursula, aber keine Emmi." Wie nun Frau Henke die richtige „Emmi" auffinden konnte, ist eine Geschichte in der Geschichte, machen wir es kurz: Wie bei dem falsch angegebenen Ortsnamen handelt es sich auch hier um eine fehlerhafte Namensangabe, aus Dombrowski war Dambrowski geworden. Unter diesem Namen fand Frau Henke eine Emmi, die einen **Emil** Dumschat geheiratet hatte. Von einer Verwandten des Ehemannes erfuhr Frau Henke, dass Emmi viele Geschwister gehabt hätte, von denen einige als Dombrowski, andere als Dambrowski geführt wurden, und dass das Ehepaar eine Tochter **Dora** gehabt hätte, die jetzt den Namen **Reiter** trägt. Als Frau Henke schließlich die Telefonnummer dieser möglichen Verwandten in der Hand hielt, stieg die Erwartung, wie sie schreibt:

„Nun wurde ich immer aufgeregter, wenn dies wirklich alles so stimmte, wie ich annahm, dann ist die Dora die Cousine meines Vaters. Ich rief sie an, stellte mich kurz als die Enkeltochter von Heinz Dombrowski vor – und auf einmal hatten wir uns gefunden. Zwei Stunden sprachen wir miteinander! Verabredeten uns dann für das erste Märzwochenende, an dem mein Vater 61 Jahre alt wurde. War das ein Geburtstagsgeschenk! Ich habe meinen Vater selten so glücklich gesehen. Es waren sehr schöne Tage, die wir in Rinteln-Engern verleben durften, wir wurden herzlich empfangen und aufgenommen. Wir bekamen sogar Bilder, so hatte mein Vater nun auf einmal ein Foto von seinen Großeltern Samuel Dombrowski, geboren in Karlsrode, und **Martha**, geborene **Sprie** aus Steinort, meine Urgroßeltern".

Das war aber noch nicht alles. Es fanden sich weitere Verwandte, die zumeist noch in Plicken geboren wurden. Nach vielen weiteren Recherchen und Befragungen weiß Frau Henke nun viel über das Schicksal der Familie Dombrowski. Samuel muss mindestens einen Bruder gehabt haben, **August** Dombrowski, vermutlich Fischer in Jägertal , der mit seiner Frau **Auguste** einen Sohn **Emil** hatte. Samuel und Martha müssen zuerst in Lauknen, Labiau und Jorksdorf gelebt haben, dort wurden ihre ersten vier Kinder geboren, erst etwa 1922 muss die Familie nach Plicken gezogen sein. Samuel und Martha wurden auf der Flucht in Schaaken in einer Gaststätte erschossen. Immerhin haben zehn von ihren 13 Kindern überlebt, zwei werden vermisst, zwei leben noch heute und stehen mit Frau Henke in Kontakt. Neun Geschwister hatten sich nach Krieg und Flucht gefunden, nur Frau Henkes Großvater **Heinz** hatte keinen Kontakt aufnehmen können, da er in der DDR lebte. „Dies war wohl die Aufgabe von meinem Vater und mir", meint Ute Henke. Und es war spät, aber eben nicht zu spät gewesen, denn Siegfried Dombrowski konnte den Sucherfolg noch erleben, ehe er im Juli dieses Jahres im Alter von 61 Jahren verstarb. Das ist für seine Tochter sehr traurig, denn gemeinsam wollten sie im nächsten September nach Ostpreußen reisen und den Stammort der Familie Dombrowski aufsuchen. Nun muss seine Tochter allein fahren und um sich auf diese Reise gut vorzubereiten zu können, bittet sie unsere Leserinnen und Leser aus dem Kreis Labiau, ihr etwas über die Försterei Plicken mitzuteilen und hofft auch auf alte Fotos oder anderes Infomaterial. Vielleicht können sich ja auch ehemalige Nachbarn oder Freunde an die Großfamilie Dombrowski erinnern oder wissen etwas über das Schicksal des 1914 geborenen **Artur** Dombrowski, der seit 1944 vermisst wird oder von der wahrscheinlich in Litauen verstorbenen **Ursula** Dombrowski *1933. Auch von der ersten Frau ihres Großvaters, Elsa Anna Dombrowski, geborene Baugstat (oder ähnlich), und der 1945 geborenen Tochter Annemarie konnte bisher nichts in Erfahrung gebracht werden. Das Foto zeigt Frau Henkes Großvater Heinz Dombrowski in Uniform vor einer Statue. Wer weiß, wo sie stand oder vielleicht heute noch steht? (Zuschriften bitte an Ute Henke, Dorfstr. 38a in 16837 Wallitz, Telefon: 033923/71211, E-Mail: umkl-henke@freenet.de)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Damit aber nicht nur eine Geschichte den ganzen Raum füllt, hier noch einige kurze Mitteilungen, die aber nicht weniger wichtig sind. Wie der Fund, von dem uns Frau **Barbara Soukup** aus Frankfurt berichtet. Er wurde in einem Haus im Königsberger Stadtteil Maraunenhof in der Nähe der Cranzer Allee gemacht. Es handelt sich um eine Mappe mit Aufzeichnungen über ein Krankenhausgerät der ehemaligen Augenklinik, ein Röntgen-Diagnostik-Gerät namens Ventil-Heliodor, die von einem Dr. med. **Mahraun** verfasst wurden. Das Papier, auf dem die Aufzeichnungen gemacht wurden, ist schon etwas vergilbt, die Schrift ist aber gut lesbar. Weil Frau Soukup meint, dass die Aufzeichnungen vielleicht wissenschaftlichen Wert haben können, hat sie die Mappe bei ihrem Königsberg-Besuch an sich genommen. Sie könnte vor allem für Angehörige des Verfassers von Interesse sein, vielleicht melden sich ja Nachkommen von Herrn Dr. Mahraun. Wahrscheinlich handelte es sich bei dem Fundort um die Privatwohnung des Verfassers oder eines anderen Mediziners. Die Augenärztliche Klinik der Albertus-Universität befand sich in der Wagnerstraße. Frau Soukup würde sich freuen, wenn die Mappe in die richtigen Hände käme. (Barbara Soukup, Bornwiesenweg 53 in 60322 Frankfurt am Main, Telefon: 069/5972870)

Die Schmackostergeschichte aus der Folge 14, entnommen dem Erinnerungsbuch der Geschwister Höchst „Raum ist in der kleinsten Hütte" hat so viel Anklang gefunden, dass sich einige Leserinnen und Leser an den Mitverfasser und Herausgeber **Otto Höchst** wandten, um das Buch zu bestellen. Er und seine Schwester **Liesbeth Röder** hatten dieses 360-Seiten starke „Sammelsurium", in dem die Kindheit in einer Landarbeiterfamilie aus Alt-Katenau und ihr Schicksal nach der Flucht liebevoll geschildert und ebenso illustriert wird, als Script herausgegeben. Leider gab es Lieferschwierigkeiten, und so konnte der 82-Jährige die Wünsche nicht erfüllen. Nun ist es möglich, wie uns Otto Höchst erfreut mitteilte. Seit einigen Tagen ist das Buch „Raum ist in der kleinsten Hütte", erschienen im Verlag Wissenschaftliche Scripten, Kaiserstraße 32 in Auerbach/Vogtland, unter der ISBN 978-3-942267-46-5 in jeder Buchhandlung erhältlich.

Eure



Ruth Geede

Appell an das »Nicht-Vergessen«

Verena Berg stellt erste Objekte in Nürnberg aus

Generation Flucht" hat die Hamburger Fotografin Verena Berg ihr Projekt genannt, das wir in Folge 20 vorstellten mit der Bitte an unsere Leserinnen und Leser, sich an dieser audiovisuellen Dokumentation über die Vertreibung und ihre Folgen zu beteiligen.

Die junge Bildredakteurin war durch beruflich bedingte Begegnungen mit Vertriebenen, für die der Verlust der Heimat zum persönlichen Schicksal wurde, auf dieses Kapitel deutscher Geschichte gestoßen, mit dem sie sich bisher kaum beschäftigt hatte. Nun aber umso intensiver, denn ihr war bei diesen Begegnungen immer mehr bewusst geworden, dass jedes Vertriebenenschicksal für sie als Kind der dritten Generation nach Kriegsende noch fassbare Geschichte ist, die es mit modernen Medien zu dokumentieren gilt, damit sie nicht in Vergessenheit gerät. Noch leben Zeitzeugen und mittels fotografierter Portraits und geschriebener wie gesprochener Dokumentation wollte Verena Berg ihnen ein visuelles Gesicht geben. Ein Appell an das „Nicht-Vergessen" sollte es werden und vor allem bei jüngeren Generationen Interesse und Wachsamkeit für die eigene Geschichte erwecken. Am Ende des Projektes sollte eine Ausstellung oder ein Buch mit unterschiedlichen Zeitzeugen aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien stehen.

Die Arbeit ist aufgrund der positiven Resonanz gut angelaufen und noch lange nicht zu Ende – doch eine Ausstellung findet bereits jetzt statt: Am 2. Oktober wird sie mit den ersten 16 Objekten in Nürnberg eröffnet. Dass die Dokumentation der Hamburger Fotografin so schnell in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt ist, hat einen für Verena Berg überaus erfreulichen Grund: Sie erhielt für ihr audiovisuelles Projekt „Nicht Vergessen" den Lagois-Förder-



Erzählt visuelle Geschichten: Verena Berg Bild: privat

preis. Mit ihm werden Foto-Projekte unterstützt, die erst noch realisiert, erweitert oder beendet werden sollen, vorzugsweise zu sozial- oder gesellschaftspolitischen Themen, Kriterien, die das Projekt der Hamburger Fotografin voll erfüllte. Dieser Förderpreis gehört zum „Martin-Lagois-Fotowettbewerb", ausgelobt vom Evangelischen Presseverband für Bayern (EPV), eine Auszeichnung für herausragende fotografische Arbeiten im Rahmen der Berichterstattung über Kirche, Diakonie und Religion, die alle zwei Jahre vergeben wird. Hauptsponsor ist das Evangelische Siedlungswerk in Bayern. Wir wollen Verena Berg zu dieser Auszeichnung herzlich gratulieren.

Für die junge Fotografin bedeutete dieser Preis nicht nur eine willkommene Unterstützung, die ihr die Arbeit wesentlich erleichtert, sondern auch eine Anerkennung für ihre selbst gewählte Dokumentation gegen das Vergessen oder Verleugnen. Auch in unserem Leserkreis fand ihr Projekt volle Unterstützung.

Obgleich die Zeitzeugen, die Verena Berg fotografieren und interviewen wollte, möglichst im Raum Hamburg wohnen sollten, bekam sie Zuschriften aus der ganzen Bundesrepublik und sogar aus dem Ausland. Über 40 Leserinnen und Leser waren bereit, an dieser aufwendigen Dokumentation mitzuwirken, wollten von Heimat und Heimatlosigkeit berichten, sich portraitieren lassen. Sogar ein Enkel rief bei Verena Berg an und sagte, seine Oma könnte doch so schön erzählen – was sie dann auch bewies.

Die älteste, von Frau Berg abgelichtete und befragte Ostpreußin hatte immerhin das stolze Alter von 101 Jahren, aber ein gutes Erinnerungsvermögen. Unsere Landsleute erzählten nicht nur von den schwersten Jahren ihres Lebens, von Flucht, Gefangenschaft, Verschleppung, die noch heute ihr spätes Leben im Wachen und Träumen bestimmen, – sie zeigten auch, wie sie die Heimat bewahrt hatten: In Gedichten, auch selbstverfassten, in Erinnerungen an ihre Kindheit irgendwo zwischen Memel in Elbing, vom Leben in der Weite des Landes, das sie geprägt hatte. Der Wunsch von Verena Berg, Lebensbilder zu schaffen und aufzuzeigen, wie stark ein Mensch mit seiner Heimat verbunden ist, auch wenn er sie verloren hat, wie er auch nach Jahrzehnten ihre Sprache spricht, ein Teil von ihr geblieben ist – dieses alles hat sich bereits in den ersten Befragungen erfüllt.

Nun hofft die Künstlerin, dass dies auch auf der Ausstellung in Nürnberg sicht-hör-spürbar wird. Die großformatigen Portraits werden durch Schrifttafeln und audiovisuelle Dokumentation ergänzt, so entstehen Lebensbilder von großer Eindringlichkeit und Authentizität. Die Ausstellung soll nach der Nürnberger Einführung in verschiedenen Orten Bayerns gezeigt werden. Wir werden noch Näheres darüber berichten. Dies soll zuerst einmal ein Dankeschön für die Leserinnen und Leser sein, die sich so spontan bereit erklärten, mit ihren Aussagen das Projekt einer jungen Fotografin zu unterstützen. *R.G.*



ZUM 101. GEBURTSTAG

Berndt, Erika, geb. **Brehm**, aus Lyck, Hindenburgstraße 63, am 27. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Badzio, Elisabeth, geb. **Piontek**, aus Reichensee, Kreis Lötzen, am 24. September
Gorontzi, Berta, aus Keipern, Kreis Lyck, am 24. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Barthel, Hildegard, geb. **Kruse**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 30. September
Jaschinski, Ida, geb. **Trzeska**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 30. September
Treude, Ursula, geb. **Ratzke**, aus Kahlholz, Kreis Heiligenbeil, am 28. September
Zibell, Ursula, geb. **Marklein**, verwitwete **Barczewski**, aus Königsberg, Selkestraße 23, am 30. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Heer, Lore, geb. **Tiedemann**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 28. September
Kopp, Margarete, geb. **Berg**, aus Kleeburg, Kreis Elchniederung, am 27. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Fox, Frieda, geb. **Borkowski**, aus Treuburg, am 27. September
May, Ida, geb. **Krawelitzki**, aus Lyck, Kg.-Luisenplatz 3, am 24. September
Sieg, Herbert, aus Schlöppen, Kreis Treuburg, am 25. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Blömke, Otto, aus Nodems, Kreis Samland, am 29. September
Darge, Hildegard, geb. **Dannenfeldt**, aus Lyck, Lycker Garten 53, am 25. September
Diestel, Walter, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 28. September
Dillann, Georg, aus Lötzen, am 29. September
Emmermann, Gertrud, geb. **Gaedtke**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 28. September
Freudiger, Martha, geb. **Flöhs**, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 27. September
Koch, Gertrud, geb. **Fechter**, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 27. September
Krolzig, Emma, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 30. September
Ludwanowski, Ella, geb. **Wagner**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. September
Paschke, Gerhard, aus Haldenau, Kreis Ebenrode, am 25. September
Perschel, Otto, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 27. September
Rademacher, Elfriede, geb. **Schrewe**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 24. September
Riechert, Erna, geb. **Saunar**, aus Bolbitten / Kirscheiten, am 29. September
Röske, Liesbeth, geb. **Möhrke**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 29. September
Salan, Helmut, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 26. September
Tischbein, Ursel, geb. **Schild**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 59, am 26. September
Ulmer, Herbert früher Uymowski, aus Bischofsburg, Kreis Neidenburg, am 27. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Appenowitz, Gustav, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 26. September
Adomat, Heinz, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 25. September
Behrendt, Fredi, aus Gutenfeld, Kreis Königsberg, am 17. September
Grigo, Otto, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 24. September
Heinrich, Gertrud, geb. **Zehrt**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 28. September
Lehrhammer, Helene, geb. **Naumann**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 27. September
Mrusek, Hedwig, geb. **Rieleit**, aus Tapiau, Schloßstraße, Kreis Wehlau, am 29. September
Müller, Margarete, geb. **Adomeit**, aus Wehlau, Kleine Vorstadt, Kreis Wehlau, am 26. September
Schaak, Werner, aus Hoheneiche, Kreis Elchniederung, am 28. September
Seibicke, Fritz, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 26. September
Wendler, Gerhard, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 25. September
Westermann, Elly, geb. **Wilzopolski**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 25. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brockmann, Ursula, geb. **Szill**, aus Weißensee, Groß Weißensee, Kreis Wehlau, am 24. September
Friedrich, Waltraud, geb. **Trerziak**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 27. September
Fuhry, Ruth, geb. **Heybeck**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 27. September
Gras, Maria, geb. **Laupichler**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 28. September
Karrasch, Gerda, geb. **Specka**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 22. September
Kemmereit, Lotti, geb. **Laupichler**, aus Ebenrode, am 25. September
Kling, Helene, geb. **Brinkmann**, aus Lyck, Danziger Straße 12, am 27. September
Kutz, Iris, aus Schellendorf, Kreis Schloßberg, am 24. September
Moscinski, Käte, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 24. September
Steffens, Sophie, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 26. September
Retkowski, Fritz, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 28. September
Willert, Fritz, aus Voerde, Kreis Wehlau, am 24. September
Wöckner, Hedwig, geb. **Krüger**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 26. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Auringer, Karl, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 29. September
Fahl, Hubert, aus Prostken, Kreis Lyck, am 25. September
Giebler, Gertraut, geb. **Wietz**, aus Wehlau, Essener Straße, am 30. September
Glas, Gertrud, geb. **Aschendorf**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 28. September
Görke, Erhard, aus Schalben, Kreis Samland, am 26. September
Joswig, Margarete, geb. **Selke**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 28. September
Kremp, Eva, geb. **Kerbstat**, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, am 24. September
Lojewski, Paul, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 26. September
Piefke, Christa, geb. **Radtke**, aus Ebenrode, am 24. September
Schilling, Gernot, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 25. September
Stahlberg, Günther, aus Prostken, Hauptstraße 46, Kreis Lyck, am 28. September
Ulkras, Gertrud, geb. **Dubaschny**, aus Lyck, Danziger Straße, am 28. September
Wellbrock, Ellen, geb. **Czwalina**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 30. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bartelmann, Ruth, geb. **Dittloff**, aus Kahlholz, Kreis Heiligenbeil, am 24. September
Blohm, Christel, geb. **Tharann**, aus Peyse, Kreis Samland, am 26. September
Diebowski, Kurt, aus Lyck, Bismarckstraße 52, am 27. September
Funke, Gertrud, geb. **Bilda**, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 25. September
Hein, Johanna, geb. **Salamon**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 27. September
Heinacher, Paul, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 24. September
Holst, Margot, geb. **Sievert**, aus Kreis Rastenburg, am 29. September
Krüger, Günther, aus Kirpehnen, Kreis Samland, am 24. September
Kuhr, Waltraut, geb. **Böhnke**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 24. September
Lerke, Helmut, aus Lötzen, am 28. September
Losch, Alfred, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 29. September
Mosdzien, Frieda, geb. **Mondry**, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 28. September
Muczenski, Richard, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 24. September
Nauert, Erna, geb. **Lapsien**, aus Tykrehnen, Kreis Samland, am 24. September
Niedanowski, Willi, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 29. September
Opitz, Elsbeth, geb. **Neumann**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 29. September
Piaszenski, Bruno, aus Auglitten Kreis Lyck, am 24. September
Schürmann, Margarete, geb. **Reinos**, aus Eichtal, Kreis Treuburg, am 28. September
Richter, Siegmund, aus Paterswalde, Paterswalde Nord, Kreis Wehlau, am 25. September
Radau, Heinz, aus Tapiau, Altstraße, Kreis Wehlau, am 27. September
Schwetlick, Günter, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 25. September
Siebrasse, Edith, geb. **Gailus**, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, am 29. September
Stoßberg, Hildegard, geb. **Parczak**, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 28. September
Walter, Hanni, geb. **Bogdahn**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 24. September
Wittrien, Paul, aus Kathrinhöfen, Kreis Samland, am 25. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Alsleben, Irma, geb. **Buttkus**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 24. September
Badorrek, Ingried, geb. **Kroll**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 29. September
Budzynski, Erika, geb. **Macharski**, aus Goldap, am 27. September
Burzeya, Dorothea, geb. **Kossmann**, aus Ortelsburg, am 29. September
Figge, Traude, geb. **Frank**, aus Paterswalde, Paterswalde Mitte, Kreis Wehlau, am 28. September
Flatow, Werner, aus Bürgersdorf, Bürgersdorf Ost, Kreis Wehlau, am 30. September
Friedrich, Harry, aus Massaunen, Kreis Bartenstein, am 25. September
Friese, Rudolf G., aus Hanshagen, Kreis Preußisch Eylau, am 25. September
Heske, Bruno, aus Fedderau/Lokehnen, am 29. September
Horn, Heinrich, aus Lyck, am 29. September
Kozlowski, Renate, geb. **Tramowski**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 24. September
Kröhnert, Walter, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 27. September
Koschnieder, Günther, aus Walden, Kreis Lyck, am 24. September
Kulbatzki, Walfried, aus Rudau, Kreis Ortelsburg, am 27. September
Lehwald, Herbert, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 27. September
Lubowitz, Alfons, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 29. September
Lux, Joachim, aus Gittau, Kreis Neidenburg, am 27. September
Nerstheimer, Georg, aus Sieden, Kreis Lyck, am 28. September
Neumann, Gerhard, aus Bolbitten/Weßlienen, am 26. September
Ostrzinski, Horst, aus Gumbinnen, am 23. September
Pankewitz, Elisabeth, geb. **Wenzel**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 27. September
Pertek, Willy, aus Ortelsburg, am 24. September
Petersdorf, Helga, geb. **Krüpka**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 26. September
Saremba, Josef, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 29. September
Schulz, Ruth, geb. **Papajewski**, aus Hardichhausen, Narthen, Kreis Neidenburg, am 30. September
Skonetzki, Ewald, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 26. September
Taube, Günter, aus Sorgenau, Kreis Samland, am 24. September
Teige, Alfred, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 25. September
Tonzel, Ursula, geb. **Teich**, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 29. September
Wesolowski, Michael, aus Gollen, Kreis Lyck, am 29. September
Wruck, Emil, aus Niedenau Abbau, Kreis Neidenburg, am 26. September
Zilkens, Ruth, geb. **Firley**, aus Lauken, Kreis Lötzen, am 27. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Brandt, Wolfgang, aus Groß Krösten, Kreis Lötzen, am 26. September
Becker-Birck, Hans-Henning, aus Neidenburg, am 26. September
Boczkowski, Horst, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 28. September

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

TERMINE DER LO

Jahr 2012

21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont.
19. bis 21. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont.

Jahr 2013

9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
16./17. März 2013: Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine in Sensburg (Ostpreußen).
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 22. September, 19 Uhr, Arte: Mit offenen Karten. Syrien (2/2).
Sonnabend, 22. September, 22.30 Uhr, Phoenix: Der entsorgte Vater. Doku 2008.
Sonnabend, 22. September, 0 Uhr, Phoenix: Der Kämpfer – Helmut Kohl im Rückblick.
Sonntag, 23. September, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 23. September, 13 Uhr, Arte: Philosophie: Sokrates.
Sonntag,September,14 Uhr, 3sat: Churchills geheime Karten.
Sonntag,September,14.45 Uhr, 3sat: Tauchfahrten. Das Ende der Admiral Graf Spee.
Sonntag,September, 17.30 Uhr, ARD: Gott und die Welt. Streitfall Beschneidung.
Sonntag,23. September, 18 Uhr, ZDF: Ach du grüne Neune! Landlust boomt.
Montag, 24. September, 9.55 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Kalenderblatt: Vor 150 Jahren: Otto von Bismarck wird von Wilhelm I. zum preußischen MInisterpräsidenten ernannt.
Montag, 24. September, 20.15 Uhr, WDR: Mein gutes Recht. Ärztliche Kunstfehler, Pfusch am Bau, Nachbarschaftsstreit.
Montag,24. September, 22.15 Uhr, RBB: Der Krankheit davonlaufen. Wie Bewegung gesund macht.
Montag,24. September, 22.45 Uhr, ARD: Chaostage. Merkels Kampf um den Euro.
Montag,24. September, 23.30 Uhr, ARD: Mythos Kriegsmarine.
Dienstag, 25. September, 15 Uhr, Arte: Marcel Reich-Ranicki: Mein Leben.
Dienstag, 25. September, 20.15 Uhr, ZDF: Weltenbrand. „Fegefeuer“.
Dienstag, 25. September, 20.15 Uhr, Arte: Der Kampf um den Vatikan. „Hinter den Kulissen des Konzils“.
Dienstag, 25. September, 21.10 Uhr, ZDF: Flick (1+2/2),
Dienstag, 25. September, 22.45 Uhr, RBB: Der Kremlflieger.
Mittwoch, 26. September, 20.15 Uhr, Phoenix: Schätze des Islam am Mittelmeer.
Mittwoch, 26. September, 23 Uhr: Wernher von Braun – Der Raketenmann.
Mittwoch, 26. September,23 Uhr, SWR: Die Frauen von Hohenheim. Ein DDR-Gefängnis und seine Schatten in die Gegenwart.
Donnerstag,27. September, 20.15 Uhr, 3sat: Versuchskaninchen. Dank wissenschaftlich-technischer Fortschritte könnte auf Tierversuche verzichtet werden.
Donnerstag, 27. Sepütember, 21,55 Uhr, Arte: Das Geheimnis der Zugvögel.
Donnerstag,27. September, 22.35 Uhr, MDR: Verschuldete Eltern. Wenn Geldnot die Familie bedroht.
Freitag, 28. September, 20.15 Uhr, WDR: Wir Kruppianer.
Freitag,28. September, 20.15 Uhr, NDR: die nordstory – Grenzgeschichten. Dieter Hub auf den Spuren der Vergangenheit entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze.
Freitag, 28. September, 21 Uhr, RBB: Loriot.
Freitag,28. September, 0 Uhr, RBB: Unsere 60er Jahre.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Bund Junges Ostpreussen

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Schwerin – Sonnabend, 29. September: Die Landsleute im Norden treffen sich zum 17. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern.



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Dienstag, 25. September, 15 Uhr, Amtsstüble, Mosbach: Hardine-Christa Will liest aus ihrem Buch „Mond kommt nicht runter". Darin erzählt sie von ihren unbeschwerten Kindheitstagen, aber auch von den nachfolgenden Wirren der Kriegsjahre in Danzig. Hunger und Furcht, aber auch Mut und der wiederkehrende Optimismus bestimmten ihren Weg. Mitfahrgelegenheit um 14.15 Uhr in Buchen, Musterplatz.

Lahr – Donnerstag, 4. Oktober, 18 Uhr, Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Ludwigsburg – Montag, 24. September, 15 Uhr, Kronenstube, Kronenstraße 2: Stammtisch der Gruppe.

Reutlingen – Sonnabend, 6. Oktober, 14 Uhr, Zentrum für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6: **Erntedankfest.** Zum Programm tragen Hildegard Zeiss, Herr Jermann sowie Ilse Hunger mit Vorträgen und einem Kurzfilm bei unter dem Motto „Erntezeit und Erntedank in unserer Heimat Ostpreußen". Es gibt eine große Tombola und einen Erntegabentisch. Dafür bittet die Gruppe noch um Spenden, die bei Ilse Hunger, Steinachstraße 54, RT-Betzingen, abgegeben werden können. Nach langer Sommerpause freut sich der Vorstand auf das Wiedersehen und bittet um zahlreiches Erscheinen.

Ulm/Neu-Ulm – Sonntag, 30. September, 14.30 Uhr, Auferstehungskirche Böfingen: Heimatgottesdienst. – Sonntag, 7. Oktober, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Erntefest der Kreisgruppe. Der Chor Alexander Diehl trägt einige Lieder vor. Es gibt Worte zur Erntezeit, Gedichte und Lieder zum Mitsingen. Gäste sind herzlich willkommen.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 22. September: Ausflug nach Bayreuth. Anmeldungen bei Frau Bauer, Telefon (0981) 85425 oder Frau Kübrich, Telefon (0981) 4878340. – Mittwoch, 3. Oktober, Evangelisches Gemeindehaus, Triesdorfer Straße 1: Tag der Heimat. Der Bund der Vertriebenen lädt die Mitglieder aller Landsmannschaften zu dieser wichtigen Veranstaltung ein.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Ansprechpartner Dr. Gerhard Graf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

München Nord/Süd – Freitag, 12. Oktober, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe.

Starnberg – Donnerstag, 11. Oktober, 15 Uhr, Bayerischer Hof: Erntedankfeier.

Weißenburg-Gunzenhausen – Sonnabend, 22. September: Tagesausflug nach Bayreuth, in die Residenzstadt der Hohenzollern, wo Markgräfin Wilhelmine, Schwester Friedrichs des Großen, wirkte. Gemeinsamer Ausflug mit der Kreisgruppe Ansbach. Sonderprogramm. Auskunft und Anmeldung unter Telefon (09831) 611665 bei Lm. Kösling.



Brandenburg

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Telefon (04521) 4094-830, Fax (04521) 4094-831, Mobil (0173) 6254277, E-Mail: elard.gottberg@gottberg-logistik.de.

Brandenburg – Freitag, 12. Oktober, 14 Uhr, Rolandsaal des Altstädtischen Rathauses, Altstädtischer Markt 10, 14770 Brandenburg: 16. **Tag der Heimat des BdV-Kreisverbandes Potsdam-Mittelmark und der LO, Kreisgruppe Brandenburg.** Eine Delegation der Gesellschaft der Deutschen Minderheit aus Heilsberg wird auch teilnehmen. Interessenten sind herzlich eingeladen. Kontakt über Jürgen Rasztuttis, Telefon (03381) 212922.



Bremen

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen –- Montag, 24. September, 18 Uhr, Stadtbibliothek Bremen, Wallsaal der Zentralbibliothek: Uwe Rada liest aus seinem Buch „Die Memel – Kulturgeschichte eines europäischen Stromes". Der Eintritt ist frei.

Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 29. September, 10 bis 17 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Platz (Mönckebergstraße): **27. Heimatmarkt** der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften mit vielen Angeboten heimatlicher Spezialitäten und „Landstreichers Feldküche". Unterhaltung durch den Musikzug der Freiwilligen Feuerwehr Willinghusen und der „Musikband-Band Hamburg". – Donnerstag, 25. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, Saal, 20459 Hamburg (nahe S-1 Stadthausbrücke): **Außerordentliche Delegiertenversammlung** der Landesgruppe. Nach Beendigung der Versammlung findet das Bezirks- und Gruppenleitertreffen 2012 statt.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

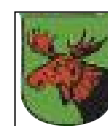
Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 24. September, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit Bus 443 bis Haltestelle Waldquelle): Heimatnachmittag. Die Gruppe feiert Erntedankfest.

FRAUENGRUPPE



Hamburg-Bergedorf – Freitag, 28. September, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47: Die Frauengruppe lädt herzlich ein zum Treffen mit Lesung aus dem „Redlichen Ostpreußen 2012" mit Mohn- und Glumstorte.

KREISGRUPPE



Elchniederung – Mittwoch, 26. September, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, gut zu erreichen mit Bus, U- und S-Bahn bis Haltestelle Ohlsdorf, dann in wenigen Gehminuten: Treffen der Gruppe zum herbstlichen Beisammensein – diesmal ohne Erntetisch – dafür mit einer Filmvorführung, heimatlichen Liedern und Gedichten. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.



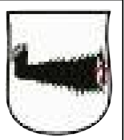
Heiligenbeil – Sonntag, 30. September, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7: Die Gruppe feiert ihr Herbstfest. Hierzu sind alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlichst eingeladen, bei Kaffee und Kuchen einige gesellige und fröhliche Stunden miteinander zu verbringen sowie in Erinnerungen zu schwelgen bei einem Film aus dem Schätzkästchen Ostpreußen aus den 1920/30er Jahren in Originalaufnahmen. Der Seniorentreff ist zu erreichen mit der Buslinie 116 bis Bauerberg, ab U-Bahnhof Wandsbek-Markt, Billstedt und Hammer Kirche. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien bis zum 28. September. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 5 Euro. – Für die Freunde der Heimatkreisgruppe Heiligenbeil in Hamburg gibt es jetzt im Internet für den Kreis und seine Kirchspiele eine neue „Homepage" unter dem Link www.Kirchspiel-Bladiau.de. Hier kann man außer den Kirchspielen Balga und Zinten auch das ländliche Kirchspiel Bladiau aufrufen. Viel Spaß beim „Surfen".



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr im Hotel „Zum Zeppelin", Frohmestraße 123. Rückfragen bei Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de



Osterode – Sonnabend, 13. Oktober, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572 (unmittelbar am Bahnhof Ohlsdorf): Die Gruppe lädt herzlich zur Erntedankfeier ein. Nach der gemeinsamen Kaffeetafel werden Lieder zum Herbstanfang gesungen. Zur Ausschmückung des Erntetisches freut sich die Gruppe über Spenden.



Sensburg – Sonntag, 23. September, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Die Gruppe trifft sich zum gemütlichen Beisammen-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15

Groß, Waltraud, geb. **Link**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 29. September

Horst, Hilpert, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 28. September

Kattanek, Günter, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 27. September

Löffler, Anneliese, geb. **Heylandt**, aus Eisermühl, Kreis Lötzen, am 29. September

Malessa, Horst, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 27. September

Mattschull, Kurt, aus Uggehnen, Kreis Samland, am 27. September

Müller, Margot-Ursula, geb. **Nehrke**, aus Lank, am 30. September

Oelze, Helga, geb. **Michalski**, aus Compehnen, Kreis Samland, am 30. September

Prang, Dieter, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 25. September

Rose, Lieselotte, geb. **Korn**, aus Bladiau, am 24. September

Jetzt haben wir auch die Treuburger wieder dabei, die leider in der Zeit vom 1.6. bis 23. September 2012 keine Veröffentlichungen erhielten.

Roßkopf, Helga, geb. **Wagner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 27. September

Schön, Inge, geb. **Fortak**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 24. September

Siebert, Annelore, geb. **Flach**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 25. September

Steinbacher, Gerd, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 29. September

Weihnardt, Christa, geb. **Sinnhöfer**, aus Brücken, Kreis Ebenrode, am 29. September

Wilkop, Irmgard, geb. **Bahl**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 26. September

Zimmermann, Ursel, geb. **Schanko**, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 29. September



Schmelow, Emil, aus Warchallen, Kreis Neidenburg und Ehefrau Ilse, geb. **Rümann**, , am 27. September

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

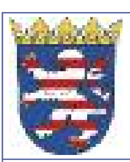
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

sein. Gäste sind herzlich willkommen.

SALZBURGER VEREIN



Landesgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein/ Niedersachsen – Sonnabend, 6. Oktober, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Hamburg, Adenauerallee 41: Zum Treffen wird herzlich eingeladen zu folgenden Vorträgen: 1. „Von Kiew nach Lemberg – auf der Suche nach Wurzeln der Familie“, Referent: Dr. Frank Stewner, Hamburg, 2. Film: „Wien – Porträt einer Stadt“. Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Landesgruppe – Ehrenvorsitzende Anneliese Franz gestorben – Anneliese Franz am 14. September beigesetzt. Die Landesgruppe Hessen sowie alle angeschlossenen Kreisgruppen der Landsmannschaften der Ost- und Westpreußen, trauern um Anneliese Franz. Als langjähriges Mitglied, nicht nur der Landsmannschaften, sondern auch im BdV, prägte Franz die unter ihrem Vorsitz geführten Vereine. Anneliese Franz war geschätzt und anerkannt. Mit ihrer Energie, und dem unerschütterlichen Gedanken an Versöhnung, drückte sie den Begegnungen ihren Stempel auf. Am 17. Februar 1920 wurde Anneliese Franz (geb. Wlottkowski) in Sekkenburg geboren. Stets blieb sie ihrer ostpreußischen Heimat aktiv verpflichtet. Ab 1973 bis 2005 zog sie als Vorsitzende der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in der Kreisgruppe Dillenburg die Fäden, in der sie zuvor lange Jahre als Frauenreferentin tätig war. Von 1988 bis 1998 war sie zudem als stellvertretende BdV-Vorsitzende des Kreisverbandes Dillenburg tätig. Von 1985 bis 2005 trat sie als Vorsitzende der Landsmannschaften der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Hessen, in Erscheinung. Von den Vertretern der hessischen Politik wurde sie geschätzt. Dort, wo sie einmal den Vorsitz hatte und die Geschicke der Vereine führte, wurde sie zur Ehrenvorsitzenden gewählt. Ihre Meinung war allzeit gefragt und ihr Engagement galt vielen Nachfolgern als Vorbild. Anneliese Franz galt immer auch als kompetente Zeitzeugin und Brückenbauerin zwischen den Völkern. Anneliese besuchte das Oberlyzeum, die Königin-Luise-Schule, in Tilsit. Nach der Untersekunda schlug sie die Ausbildung zur landwirtschaftlichen Lehrerin ein. Praktika führten sie während ihrer Ausbildung quer durch Deutschland. Noch 1944 absolvierte sie ein viermonatiges Praktikum im „Krankenhaus der Barmherzigkeit“ in Königsberg, das von der Oberin Renata Gräfin zu Stolberg-Wernigerode geleitet wurde. Die politische Entwicklung forderte von ihr schwere Opfer. Dazu gehörte der Verlust ihres geliebten Bruders auf der Halbinsel Krim. Ihre Mutter geriet in Königsberg drei Jahre in sowjetische Internierung und gelangte unter schwierigsten Bedingungen in den Westen. Mit mehreren Kommilitoninnen machte sich Anneliese in einem Güterzug auf nach Westen in die Neumark, den Wohnsitz ihrer Großeltern. In der Schorfheide traf sie Hermann Franz, Oberfähnrich einer Pioniereinheit. Anneliese und ihre Kommilitoninnen blieben unter dem Schutz des Zugführers und seiner Truppe. Anneliese hielt losen Briefkontakt zu Hermann Franz. In Schleswig, bei ihrem Vater angekommen, gelang ihr trotz des Chaos der Nachkriegszeit schnell wieder der berufliche Einstieg. In Hademarschen unterrichtete sie an der Landfrauenschule. Der Kontakt zu Hermann Franz blieb bestehen und am 12. Mai 1951 war Hochzeit. Drei Söhne bereicherten die Familie. Beruflich bedingt kam die Familie 1959 nach Dillenburg. Ab 1969 arbeitete Anneliese wieder als Lehrerin an der Volkshochschule und der Handelsschule. In der Ortsgruppe des Deutschen Frauenrings in Dillenburg war sie mehrfach Vorsitzende und war 1975/76 auch im hessischen Landesvorstand. 1986 wurde ihr das Bundesverdienstkreuz verliehen. Nach der Überwindung der Teilung Europas begann sie Brücken zu bauen. Sie zog aus der leidvollen und schwierigen Geschichte von Deutschen und Polen den klaren Auftrag, dass die Zukunft besser werden solle. Optimismus, Gottvertrauen, aber auch der immer wieder aufflackernde Humor ihrer geliebten ostpreußischen Heimat, halfen ihr über vieles hinweg. 2005 folgte Anneliese Franz dem Ruf ihrer Söhne, in die Nähe von Ludwigshafen zu ziehen. In Mutterstadt fand sie eine Wohnung und war so nahe an den Kindern und Enkeln. Das Abschiedsgeschenk ihrer Kreisgruppe symbolisierte den grenzüberschreitenden Fernblick in ihre ehemalige Heimat Ostpreußen – der Wilhelmsturm in Keramik, mit der Elchschaufel, dem ostpreußischen Wappen. Anneliese Franz sagte einmal: „Die Pflege des Heimatgedankens ist ein Herzensanliegen.“ Als Gründungsmitglied des Deutsch-Europäischen Bildungswerks machte sich Anneliese Franz ebenfalls einen Namen. Bei Seminarfahrten, die sie nach Ostpreußen, Schlesien und ins Sudetenland begleitete, trug sie mit Beiträgen dazu bei, dass Verständigung und Versöhnung keine leeren Worthülsen blieben. Von allen Politikern und Verbänden, auch von den deutschen Minderheiten, erntete Anneliese Franz große Zustimmung. In Erinnerung bleibt den Seminarteilnehmern der Besuch in Osterode. Im Haus der deutschen Minderheit referierte sie über das Thema: „Deutsch-polnische Gemeinschaftsprojekte in der Region Ostpreußen nach der Wende. Deutsch-Europäisches Bildungswerk als Institution für Verständigung mit Menschen in den Heimatgebieten“. Drei Tage später, bei einer kleinen Feierstunde in Hohenstein, zu der die städtischen Gremien und der deutsche Freundschaftskreis einluden, wurde Anneliese Franz besondere Ehre zu ihrem 90. Geburtstag zuteil. Der Präsident der Woiwodschaft von Ermland-Masuren würdigte mit einer Ehrentafel ihre großartige Arbeit zur polnisch-deutschen Versöhnung. Auch der stellvertretende Bürgermeister Stanislaw Poluszczsyk lobte die engagierte Arbeit, die Anneliese Franz im Rahmen der Völkerverständigung erbrachte. „Nie verlor sie die Heimat aus dem Blickfeld und war entschlossen darum bemüht, die Menschen an einen Tisch zu holen und ihnen den Weg zu Zusammenarbeit in Freundschaft zu zeigen“, betonte Poluszczsyk in seiner Ansprache. In Ludwigshafen am Rhein schloss Anneliese Franz am 9. September 2012 für immer die Augen, die stets weit geöffnet waren, wenn es um die Verständigung zwischen den Völkern ging. Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen schließt sich in der Trauer um Anneliese Franz den drei Söhnen und den drei Enkeln an. Mögen die Nachfolger von Anneliese Franz für die Versöhnung nicht die Sicht verlieren, und in ihrem Sinne das Werk fortsetzen. Eberhard Traum


Bild: privat

Stets gern gesehen: Anneliese Franz (li.)

Dillenburg – Mittwoch, 26. September, 15 Uhr, Café Eckstein, Königsberger Straße: **Monatsversammlung.** Gruppenmitglieder bringen Beiträge zum Thema „Erntedank bi uns to huus“. – Bei der letzten Monatsversammlung sprach Hans-Joachim Naujoks über Kultur und Schule in Gumbinnen, seiner Heimatstadt, von den Ursprüngen bis zur Vertreibung. Zur Vorbereitung seines Referats benutzte er das Buch von Rudolf Grenz über Gumbinnen, „Gumbinnen in Bildern“ von H. Sticklies und D. Goldbeck und „Ostpreußen – Landschaft, Leistung, Schicksal“ von H. G. Trautorat, dazu Texte aus dem Internet. Das gesamte norddeutsche Flachland, also auch die Gegend um Gumbinnen, ist eine nacheiszeitliche Moränenlandschaft, mit Seen, Mooren, Wiesen und wenigen Hügeln. Nach dem Rückzug des Eises wuchsen zunächst Birken und Kiefern, später Eichen und Buchen. Alles war Wildnis. Hans-Joachim Naujoks beschäftigte sich zunächst mit dem Thema Kultur. Das lateinische Wort cultura bedeutet Bearbeitung, Pflege, Ackerbau. Kultur ist also im weitesten Sinne alles, was der Mensch, im Unterschied zur Natur, selbst gestaltet und verändert. Die Wildnis um Gumbinnen war zwar siedlungs-, aber nicht menschenleer. Im 6. Jahrhundert lebten hier die Prußen. Der Deutsche Ritterorden kolonisierte zwischen 1260 und 1285 bis Insterburg. An verkehrswichtigen Punkten errichtete der Orden wenige feste Stützpunkte, die sogenannten Wildhäuser. Das waren befestigte Blockhäuser, die zur Beobachtung der Wildnis dienten und als Vorratslager für Jäger und Beutner, die hier ihre Felle, Fische, Wachs und Honig hinbrachten und gegen Proviant eintauschten. Bis ins 13. und 14. Jahrhundert blieb die große Wildnis noch ohne feste Besiedlung. Das lag daran, dass durch die schlechte und feuchte Bodenbeschaffenheit sich eine landwirtschaftliche Nutzung nicht lohnte. Erst um 1500 setzte eine planmäßige Besiedlung ein, die unter Herzog Albrecht fortgesetzt wurde. Es entstanden viele kleine Ortschaften, bewohnt von Prußen, Litauern und Deutschen. Das Dorf Pisserkeim, an der Pissa gelegen, war der Kern von Gumbinnen. Der Name „Gumbinnen“ wird erstmals 1580 genannt; er kommt von dem litauischen Wort Gumba = Krümmung. Die Pissa schlängelt sich nämlich hier durch die Gegend. Das Dorf bestand aus vier Krügen, drei Bauernhöfen und mehreren Katen. Die Wildnis veränderte sich all-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeigen

Die Treue steht zuerst, zuletzt
Im Himmel und auf Erden.
E. M. Arndt

Anneliese Franz
geb. Wlottkowski

∗ 17. Februar 1920 in Seckenburg/Ostpreußen
† 9. September 2012 in Ludwigshafen am Rhein

Trägerin des Bundesverdienstkreuzes

hat ihren irdischen Weg nach einem erfüllten,
in den letzten Jahren aber sehr beschwerlich gewordenen,
Leben vollendet.

In Liebe und Dankbarkeit

Prof. Dr. Gerhard Franz und Elli Schäder
Dr. Lothar Franz mit Ulrike und Robert
Dr. Michael Franz und Martina Stabel-Franz mit Dagmar

Traueradresse: Oggersheimer Straße 38, 67112 Mutterstadt
Die Trauerfeier war am Freitag, den 14. September 2012, in Mutterstadt, wo sie die letzten sieben Jahre ihres langen Lebens verbracht hat.



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Anneliese Franz

Trägerin des Bundesverdienstkreuzes

∗ 17. Februar 1920 in Seckenburg, Krs. Elchniederung — † 9. September 2012 in Ludwigshafen am Rhein

Frau Anneliese Franz war von 1985 – 2005 Vorsitzende der Landesgruppe Hessen.

Die Verstorbene setzte sich intensiv für den Aufbau landsmannschaftlicher Strukturen in Thüringen ein. Dadurch hat sie sich bleibende Verdienste erworben.

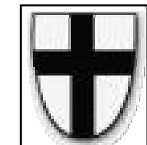
In Würdigung ihrer hervorragenden Leistungen hat die Landsmannschaft Ostpreußen Frau Franz im Jahre 1990 das Goldene Ehrenzeichen verliehen.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Gottfried Hufenbach	**Stephan Grigat**	**Friedrich-Wilhelm Böld**
Stellv. Sprecher	Sprecher	Schatzmeister





Wir trauern um unsere Ehrenvorsitzende
der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen
Landesgruppe Hessen

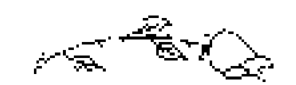
Anneliese Franz

∗ 17. 2. 1920 Seckenburg/Ostpreußen — † 9. 9. 2012 Ludwigshafen am Rhein

Anneliese Franz war ihrer ostpreußischen Heimat aktiv verpflichtet.

Für ihre langjährige und verdienstvolle Mitarbeit, im Sinne der Versöhnung, sind wir ihr sehr dankbar und werden sie stets in guter Erinnerung behalten.

Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Hessen
Im Namen der Landesgruppe
Wolfgang Warnat, Landesvorsitzender



Fern seiner geliebten Heimat Ostpreußen entschlief

Reinhold Kummetz

∗ 28. 4. 1926 Abbau Laukischken (später Hirschdorf) — † 22. 8. 2012 Martinshöhe/Schernau vorher Landstuhl/Rheinland-Pfalz

Es betrauern ihn
sein Bruder Bruno Kummetz mit Familie

Forststraße 16, 66849 Landstuhl

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

mählich: Wälder wurden gerodet, Moore trockengelegt, fruchtbares Acker- und Wiesenland breitete sich aus. Die Kultivierung hatte begonnen. Es gab aber auch Rückschläge. Die Flüsse Pissa, Rominte, Narpe und Angerapp brachten zur Zeit der Schneeschmelze große Überschwemmungen mit sich, die vieles zunichtemachten. So wurden Deiche gebaut und Gräben zur Entwässerung gezogen. Gumbinnen konnte sich ausdehnen. Im Jahre 1580 wurde bereits die „Altstädtische Kirche“ gebaut. Im Jahre 1656 wüteten die Tataren in der Gegend, zerstörten viele Orte, töteten die Menschen und führten viele als Gefangene mit sich fort. Noch gründlicher hauste in den Jahren 1707 bis 1711 die Große Pest. Dazu kamen Missernten; die Gebiete wurden menschenleer, viele Ortschaften waren ausgestorben und verfielen. Friedrich I. siedelte zwar 100 Schweizer Familien an, aber viele starben an der Pest oder flohen. Ab 1713 regierte Friedrich Wilhelm I., der versuchte, das verödete Land wieder zu besiedeln. Er holte Pfälzer, Magdeburger und Nassauer ins Land, dazu reformierte Schweizer. Von nun an ging es aufwärts. Die Gegend um Gumbinnen wurde wieder ein blühendes und ertragreiches Land. Im Jahre 1724 wurde das Dorf Gumbinnen auf Anordnung des Königs zur Stadt. Nach Plänen des Baudirektors Schultheiss von Unfried wurde in straffer Ordnung gebaut. Den Mittelpunkt einer preußischen Stadt bildet der Marktplatz. Von hier aus gehen die Straßen geradlinig und sternförmig ab, die Nebenstraßen davon rechtwinklig. Gumbinnen wurde zum „Potsdam Ostpreußens“. Es entstanden bald das Rathaus, die Lutherische und die Reformierte Kirche, dazu die Neustadt. 1732 wanderten 237 Salzburger ein, sie bauten ihre eigene Kirche und ein Hospital. Gumbinnen wurde „Salzburgerstadt“. Im Jahre 1736 wurde aus der Kreisstadt die Hauptstadt eines Regierungsbezirks. Zur Einweihung kam König Friedrich Wilhelm I. mit dem Kronprinzen, dem späteren Alten Fritz. In wenigen Jahren war aus dem Dorf mit 60 eine Stadt mit 2082 Einwohnern geworden. 1739 wurde Gumbinnen sogar Garnisonstadt. Es wurden Kasernen und viele Häuser für Beamte gebaut. Das kulturelle Leben erweiterte sich, das Wirtschaftsleben wuchs durch die Ansiedlung von Industrien. Im Siebenjährigen Krieg 1756 bis 1763 war ganz Ostpreußen von den Russen besetzt, alles stagnierte, Stadt und Land waren herunter gewirtschaftet. Nach dem Krieg gehörte zum größten städtebaulichen Projekt die Begradigung der Pissa, deren Frühjahrshochwasser immer wieder die Stadt und Gegend überfluteten. Die breiten Dämme, mit Linden bepflanzt, bildeten Alleen und gaben der Stadt ein neues Bild. Während der Napoleonischen Kriege 1806 bis 1815 blieb jeglicher Fortschritt aus. Zu den Verwüstungen durch die Franzosen kam eine Viehseuche, die fast den ganzen ostpreußischen Viehbestand vernichtete. Beim Rückzug der Grande Arme wurde Gumbinnen zum Sammelpunkt, es wurde außerdem Lazarettstadt. Nach 1815 begann eine Zeit des Wiederaufbaus; Gewerke, Handel und Industrialisierung sowie das kulturelle Leben blühten auf. Im Laufe des 19. Jahrhunderts gab es eine Reihe wichtiger Ereignisse: Es erschien das „Intelligenzblatt für Litauen“ und die Zeitschrift „Georgine“, Opern- und Schauspielensembles, Musiker und andere Künstler aus Königsberg und aus dem Ausland machten Station in Gumbinnen. Es entstanden Männergesangvereine, eine Singakademie, ein 0rchesterverein und zahlreiche Kirchenchöre sowie die freiwillige Feuerwehr. Im Jahre 1824 wurde die Hundertjahrfeier der Stadt festlich begangen, 1840 die Thronbesteigung von König Friedrich Wilhelm IV. gefeiert. 1831 brach im ganzen Gebiet die Cholera aus. 1860 wurde die Eisenbahnstrecke Königsberg-Eydtkuhnen eröffnet; Gumbinnen entwickelte sich zum Bahnknotenpunkt. Im Kaiserreich wuchs die Stadt immer weiter, stand aber immer im Schatten der Nachbarstadt Insterburg. Gumbinnen war beseelt vom preußischen Wesen: Sparsamkeit, Ordnung und Pflichterfüllung, aber auch von einer großen Nüchternheit. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten trat ein Kultursterben ein. Alles wurde gleichgeschaltet. 1939 hatte die Stadt etwa 25000 Einwohner, sie wurde im Krieg stark zerstört. Der zweite Teil des Referats befasste sich mit dem Schulwesen. Das lateinische Wort scola bedeutet freie Zeit und Muße, später Studium. Schulen als Bildungsanstalten sollen Wissen und Können durch die Lehrer an die Schüller weitergeben. Die Volksschulen entstanden zur Reformationszeit, eingerichtet durch die Kirchen. Die erste Schule im Bereich Gumbinnen ist in Nemmersdorf 1569 belegt. Eine Schulpflicht (zunächst nur für die Winterzeit) gab es seit 1712 in Preußen, jedoch nur für Knaben. Sie gingen solange zur Schule bis sie lesen und den Katechismus auswendig konnten. Die allgemeine Schulpflicht, auch für Mädchen, führte erst Friedrich der Große mit dem Generallandschulreglement ein. Laut Statistik gab es von 1737 bis 1743 im Kreis Gumbinnen 43 Schulen. Im Jahr 1896 hatte der Kreis Gumbinnen 111 Lehrer, sieben kirchliche Landschulstellen, in der Stadt waren 14 Lehrer angestellt. Die Schulaufsicht lag bis 1914 in den Händen des Kirchspielpfarrers. Der Lehrer war außerdem Kantor und Küster in seiner Gemeinde. Nach 1920 gab es in Gumbinnen zwei Volksschulen, eine Mittelschule, eine Oberschule für Knaben (Friedrichschule), eine Oberschule für Mädchen (Cäcilienschule), dazu eine zweijährige Handelsschule, eine Landwirtschaftsschule, eine Ingenieursschule und eine Berufsschule der Reichswehr. Allerdings gab die Stadt so wenig wie möglich für das Schulwesen aus; die Unkosten sollten durch das zu zahlende Schulgeld aufgebracht werden. Durch die stetig steigenden Schülerzahlen herrschte aber meist Lehrermangel und Raumnot. Im Neubau der Friedrichschule 1912/13 gab es in der Aula ein Wandgemälde, 15 x 8 Meter groß, das die Ankunft der Salzburger zeigte. Dies Gemälde war nach dem Zweiten Weltkrieg übertüncht worden, wurde aber in den letzten Jahren dank vieler Spenden ehemaliger Gumbinner Bürger aufwendig restauriert und erstrahlt nun wieder in altem Glanz. Heute ist Gumbinnen – jetzt russisch Gusew –- eine Bezirksstadt, in der sehr viel getan wurde. Viele Straßen und Plätze wurden instandgesetzt, viele alte Häuser renoviert und neue gebaut. Die Stadt gilt als die sauberste im ganzen Oblast Kaliningrad.

Kassel – Dienstag, 9. Oktober, 14.30 Uhr, Restaurant Alt-Süsterfeld, Eifelweg 28, 34134 Kassel: Treffen der Gruppe. Ab 15 Uhr Beiträge von Ruth Barthel und Gertraud Nitschky „Lebensläufe und Texte ostpreußischer Persönlichkeiten“.

Wetzlar – Montag, 8. Oktober, ab 18 Uhr, Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Mitgliedertreffen. Die Kulturbeauftragte Karla Weyland spricht unter dem Motto „Weißt du, dass die Bäume reden“ über die kulturelle Bedeutung von Wäldern und Alleen. Beim Monatstreffen im September erinnerte der Vorsitzende Kuno Kutz anhand von Lichtbildern aus der Vorkriegszeit über die Bedeutung von Danzig als Handelsmetropole in Westpreußen. Er weckte darüber hinaus die Erinnerung an die größte gotische Backsteinkathedrale der Welt, die Marienkirche, hob die Stadt heraus als Geburtsort des Philosophen Arthur Schopenhauer (1788–1860) und nicht zuletzt als Produktionsstätte des weltberühmten „Danziger Goldwassers“. Es wurde deutlich, dass die polnische Stadtregierung im Laufe der Zeit zahlreiche der im Krieg zerstörten Gebäude hat stilgerecht wiederaufbauen lassen, so dass die Stadt an der Ostseeküste heute ein begehrtes Touristenziel ist. Früher habe Danzig wegen seiner Wasserstraßen und Landzungen, seiner historischen Stadtquartiere und nicht zuletzt wegen seiner reizvollen Umgebung als „das nordische Venedig“ gegolten. Schauspieler wie Hans Soehnker und Dieter Borsche haben vor dem Krieg von Danzig aus ihre Karrieren begonnen.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Schwerin – 17. Landestreffen der Ostpreußen in Schwerin – Sonnabend, 29. September, 10 bis 17 Uhr, Sport- und Kongresshalle Schwerin, Wittenburger Straße 118: Die Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern treffen sich. Es werden mehr als 2.000 Besucher erwartet. Angehörige und Interessenten von nah und fern sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert. Für die Gäste ist ein reiches Informations- und Kulturprogramm vorbereitet. Angesagt haben sich die Chöre der deutschen Minderheit aus Masuren, Königsberg und dem Memelland, der Shanty-Chor „De Klaashahns“ Rostock-Warnemünde und das Wehrbereichsmusikkorps I Neubrandenburg. Erwartet werden die Justizministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Uta-Maria Kuder, und der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur, ostpreußischen Bärenfang und genügend Parkplätze ist gesorgt. Busse und Fahrgemeinschaften werden durch die örtlichen Ostpreußen-Gruppen organisiert – bitte dort erkundigen. Pensionsplätze vermittelt die Touristinformation Schwerin, Telefon (0385) 5925212. Die Sport- und Kongresshalle ist mit der Stadtbuslinie 11 sehr gut vom Hauptbahnhof erreichbar. Weitere Auskünfte gegen Rückporto bei: Manfred Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Sonntag, 23. September, 15 Uhr, Gliesmaroder Turm: Tag der Heimat als zentrale Veranstaltung des BdV. – Mittwoch, 26. September, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Seniorenclub Stadtpark), Jasperallee 42: Treffen der Gruppe. Vortrag „Filmaufnahmen aus dem Jahre 1937“. Gäste sind herzlich willkommen.

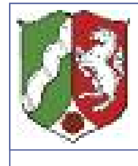
Hannover – Freitag, 12. Oktober, 14.30 Uhr, Ihme-Terrassen: Herbstfest der Gruppe, gemeinsam mit der Pommerngruppe. Bei diesem Treffen wird Lm. Wohlgemuth mit seiner Konzert-Orgel unterhalten. Lieder und Gedichte sowie einige Erntedank-Gaben werden auch dieses Treffen bereichern.

Holzminden – Der **Besuch einer Klosterbrennerei in Wöltingerode** und anschließender Stadtführung in Goslar war ein voller Erfolg für die Holzmindener Gruppe. Gute Resonanz fand der Besuch in der Ölmühle Solling in Boffzen. Nun wissen alle Teilnehmer, dass das kaltgepresste Traubenkernöl nach Marzipan schmeckt. Insgesamt war diese fachkundige Führung ein Genuss für die Sinne und die heimische Küche. Mucksmäuschenstill waren alle, die zum Vortrag von Pastor i.R. Günther Grigoleit kamen, der selbst ein bekennender Johanniter ist und über den Johanniterorden referierte. Kaum einer wusste, dass der „Malteser“ der eigentliche Stammvater des Ordens war, da römisch-katholisch, und es erst seit der Reformation den Johanniterorden gibt. Am Freitag, 19. Oktober wird Michael Welter einen Bild-Vortrag im Felsenkeller Holzminden über „Siebenbürgen“ halten. Gäste sind natürlich, wie immer, herzlich willkommen.

Oldenburg – Bericht über die Versammlung am 12. September – Die Frauengruppe der Ostpreußen und Westpreußen in Oldenburg traf sich nach der Sommerpause am 12. September. Gisela Borchers zeigte in einem Bildervortrag „Erinnerungsstätten in Westpreußen“ die Sammlung von Gedenkstätten, die in der Heimat nach 1990 errichtet wurden, um an die frühere deutsche Bevölkerung vor Ort zu erinnern. Mittlerweile hat die Landsmannschaft Westpreußen 120 Objekte gesammelt, die auf der Internetseite der Landsmannschaft von jedermann abgerufen werden können. Den überwiegenden Teil stellen Erinnerungssteine auf ehemaligen Friedhöfen, gefolgt von Tafeln oder Skulpturen für bekannte Persönlichkeiten bis hin zu Plaketten zur Erinnerung an Ereignisse wie den Untergang der Wilhelm Gustloff und andere Schiffe. Das Ostpreußen- und Westpreußenlied rundeten diesen interessanten Nachmittag ab, der den zahlreich erschienenen Mitgliedern eine ganz neue Möglichkeit von Heimatarbeit zeigte. – Mittwoch, 10. Oktober: Erntedankfeier mit dem Thema Gartenfrüchte und einem Basar mit diesjährigen Ernteprodukten. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Dienstag, 25. September, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln. – Donnerstag, 27. September, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis. – Sonnabend, 29. September, 15.30 Uhr, Osnabrückhalle: Erntedanknachmittag. Anmeldung bis zum 18. September bei Gertrud Franke, Telefon 67479, oder Gerhard Reis, Telefon 83646.

Stade – Freitag, 5. Oktober, 14.30 Uhr, Inselrestaurant: Kulturveranstaltung des BdV-Kreisverbandes „Im Herzen die Heimat“ mit Lesungen, Gedichten und viel Musik. Eintritt und Kaffeegedeck 10 Euro. Anmeldung erbeten bis zum 1. Oktober bei Lydia Wander, Telefon (04161) 87918.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Mittwoch, 3. Oktober, 15 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe.

Bielefeld – Montag, 1. Oktober, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe. – Donnerstag, 4. Oktober, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Sonnabend, 6. Oktober, 15 Uhr, Achtung: Die Veranstaltung findet in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld, statt: Erntedankfest.

Düsseldorf – Donnerstag, 11. Oktober: **Gemütliche Fahrt nach Xanten.** Neben einer Stadtführung wird die Gruppe eine Führung durch den restaurierten Dom haben, etwas bummeln und in eines der traditionellen Häuser am Markt einkehren.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Leverkusen – Sonnabend, 6. Oktober; **Traditionelles Erntedankfest nach altem ostpreußischem Brauch**, mit Erntearbeitern, Bauern und allem, wie es daheim war. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen und Anmeldung bei Frau Pelka, Telefon (0214) 95763.

Mülheim an der Ruhr – Dienstag, 9. Oktober, 15 Uhr, Handelshof: Referat über den in Königsberg geborenen Reichtstagspräsidenten Eduard von Simson. Anschließend gibt es ein traditionelles Königsberger-Klops-Essen.

Neuss – Sonntag, 30. September, 15 Uhr (Einlass ab 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Erntedankfest der Ostpreußen mit Gedichten, Liedern und Tanz unter der Erntekrone.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 22. September, 15 Uhr, Dülkener Hof, Lange Straße 54: Erntedankveranstaltung. Auch in diesem Jahr wird für Ihr leibliches Wohlbefinden in bewährter Weise gesorgt. Der Unkostenbeitrag beträgt für Kaffee, Kuchen und ein Garantielos 6 Euro pro Person. Spenden für unsere Erntedankverlosung werden bis zum 21. Spetember erbeten (An der Hees 15). Bringen Sie Freunde und Bekannte mit. Bei uns ist jeder Gast herzlich willkommen!

Wesel – Sonntag, 23. September, 14 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: 62. **Tag der Heimat** unter dem Leitwort: „Erbe erhalten- Zukunft gestalten“. Eine Veranstaltung der vereinigten Landsmannschaften. Festredner: Historiker Tobias Körfer. Alle Landsleute und Heimatfreunde werden gebeten, an diesem Ereignis teilzunehmen. Durch das Programm führen die einzelnen Landsmannschaften. Zur Kaffeetafel gibt es selbstgebackenen Kuchen. – Sonntag, 7. Oktober, 17 Uhr, Heimatstube: Erntedankfest. Bitte beachten, dass sich der Termin verschoben hat. Verschiedene Darbietungen und die beleibete Tombola mit vielen schönen Preisen stehen auf dem Programm. Für das leibliche Wohl wird, wie immer, gesorgt. Anmeldungen bis zum 30. September bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Ursula Paehr, Telefon (0281) 1637230, erbeten.

Wuppertal – Im Reisemonat August war die Gruppe unter der Leitung des 1. Vorsitzenden Harmut **Pfecht im Spessart und Odenwald** unterwegs. Unter anderem wurde in Lohr das Spessartmuseum besichtigt, das auf einigen Etagen an die Vergangenheit des Spessarts erinnert, die Bodenbeschaffenheit und den Waldreichtum dieser Region aufzeigt. Durch die bunten Fachwerkhäuser, die vielen Blumen, besitzen die Städte Wertheim und Miltenberg einen besonderen Charme. Wunderschöne Aussichten auf den Main genießt man von der Burg Wertheim. Natürlich durfte eine Fahrt mit dem Schiff auf dem Main nicht fehlen. Im Schloss Erbach im Odenwald wurden den wertvolle Sammlungen besichtigt, wie der Sohöllenbacher Altar, ein Flügelaltar aus dem Jahre 1515 in der angrenzenden Hubertus-Kapelle. Besonders eindrucksvoll war die Stadtrundfahrt in Würzburg, die Residenz mit dem gepflegten Garten und die vielen wiederaufgebauten Kirchen. Herr Pfecht hatte die Fahrt perfekt organisiert und den Teilnehmern viel Interessantes geboten. Anfang September hat die Gruppe eine Tagesfahrt ins oberschlesische Landesmuseum nach Ratingen-Hösel unternommen, dort die Sonderausstellung „300 x Friedrich“ besucht. An Hand von ausgestellten Karten, Bildern, Büchern, nachgebauten Modellen bekam der Zuschauer einen Einblick in Preußens Geschichte. Sehenswert ist auch die ständige Ausstellung über Schlesien. Nach diesem geschichtlichen Ausflug ging es weiter nach Duisburg-Wedau an die dortige Seenplatte, wo auf 283 Hektar sich sechs Seen erstrecken, wobei einige miteinander verbunden sind. Diese Seen sind nach Kiesaushub entstanden, gute Wanderwege führen an den mit Büschen und Bäumen bewachsenen Ufern entlang. Im Speiselokal Seeblick am Masurensee stillte die Gruppe ihren Durst und Hunger, danach beim Spaziergang war mancher in Gedanken in Ostpreußen, an „seinem“ See.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 6. Oktober, 14.30 Uhr, Heimatstube, Lutzerstraße 20; Erntedankfest.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen. – Sonnabend, 6. Oktober, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Erntedankfest. Gaben für den Erntetisch werden gerne entgegen genommen. – Freitag, 12. Oktober, 12.30 Uhr, Treffpunkt Mainzer Hauptbahnhof, vor dem Haupteingang: Stadtbesichtigung Bad Kreuznach mit der kleinen Stadtbahn Cruzenia Express „Blauer Klaus“.

Neustadt a.d. Weinstraße – Sonnabend, 6. Oktober, 15 Uhr, Heimatstube, Fröbelstraße 26: Diavortrag. Im Jahr 1975 besuchten Gerhard Pietrzyk, Horst Labrenz und Horst Hoffmann ihre ostpreußische Heimat. Von dieser gemeinsamen Fahrt zeigt Herr Pietrzyk Dias. Die Gruppe unternimmt eine Reise in die Vergangenheit.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Jeden Montag, 16 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen des Kulturkreises Simon Dach unter der Leitung von Ingrid Labuhn.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 29. September, 14 Uhr, Esche-Museum: Erntedankfest der Gruppe. Diese Veranstaltung wird vom Sächsischen Innenministerium gefördert.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 5 70 52. perbandt @kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Hauptkreistreffen 2012 – Auch in diesem Jahr kamen zahlreiche Heiligenbeiler Landsleute aus ganz Deutschland am 8. und 9. September in der Sorgenser Straße 31 in Burgdorf zusammen, um das 74. Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft zu begehen. Wie in den Jahren zuvor lud der Vorstand am Freitagabend vor dem Kreistreffen zum traditionellen Matjesabend ein, das wie immer in Steinwedel stattfand. Dieser Vorabend dient dem Gesamtvorstand dazu, sich bei den ehrenamtlichen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit zu bedanken und sich darüber hinaus mit Gästen und Freunden der Kreisgemeinschaft auszutauschen und langjährige Kontakte zu pflegen. Der Sonnabend begann am Vormittag traditionell mit dem Besuch am Heiligenbeiler Gedenkstein im Park des alten Burgdorfer Rathauses. Unser Ehrenvorsitzender Siegfried Dreher hielt eine Rede im Gedenken an die vielen Opfer von Flucht und Vertreibung und die verlorene Heimat. Am Sonnabendmittag traten die Mitglieder im Veranstaltungszentrum Burgdorf zu ihrer jährlichen Mitgliederversammlung zusammen. Die Kreisvertreterin eröffnete die Versammlung offiziell und die Tagesordnung wurde satzungsgemäß abgearbeitet. Christian Perbandt nahm die Totenehrung vor. Es wurde der Landsleute gedacht, die seit dem letzten Kreistreffen verstorben sind, aber auch derer, die im Krieg und auf der Flucht ihr Leben lassen mussten. Es folgte der Bericht der Kreisvertreterin für das Berichtsjahr 2011/2012, wobei über die Aktivitäten der Kreisgemeinschaft, des Vorstandes und der Kreisvertreterin. Die Höhepunkte des vergangenen Jahres, zu denen unter anderem das Heimattreffen 2011 gehört, sind im Heimatblatt Nr. 57 vom Juni 2012 ausführlich dargestellt. Der seit 2011 bestehende Kontakt zu dem Babynahrungsfabrikanten Hipp, der in Heiligenbeil eine Produktionsstätte errichtet hat, brachte es mit sich, dass die Kreisgemeinschaft in diesem Jahr erstmalig eine Unterstützung erhielt in der Form, dass die Firma Hipp einen Teil der Heimatblätter verschickt hat, was unsere Portokosten erfreulich gesenkt hat. Herr Hipp jr. möchte uns auch weiterhin durch seine guten Beziehungen zur Administration Heiligenbeil zur Seite stehen. Weitere Tagesordnungspunkte waren die Berichte des Kassenwarts Peter Böck und des Kassenprüfers Alfred Jüngling, der die ordnungsgemäße Kassenführung bestätigte. Hans-Hartwig von Platen (Brandenburg/Pörschken) rückte zum 1. Kassenprüfer, Herta Hoffmann (Rosenberg) zum 2. Kassenprüfer auf. Zum Ersatzprüfer wurde Dieter Wölk (Zinten-Land) gewählt. Die auf der Tagesordnung erwähnte Ergänzungswahl von Gerlinde Groß (Gr. Hasselberg) fand nicht statt, da Gerlinde Groß aus gesundheitlichen Gründen dieses Amt nicht antreten kann. Die Satzungsänderung, in der es um die Vertretungsrechte der Kirchspielstellvertreter geht, ist inzwischen durchgeführt und vom Registergericht in Hildesheim bestätigt. Im nächsten Jahr wird der Vorstand neu gewählt. Zu dieser Wahl werden zwei Amtsinhaber aus Altersgründen nicht wieder antreten, und zwar Kassenwart Peter Böck und Kreiskarteiführer Siegfried Schulz. Es wird darum gebeten, geeignete Bewerber vorzuschlagen. Des Weiteren wurden die für 2012/2013 geplanten Projekte und Veranstaltungen vorgestellt. Es handelt sich hierbei einmal um ein im November 2012 geplantes Mitarbeiterseminar, und zum anderen um das geplante Buchprojekt über Flucht und Vertreibung. Hier bittet man nach wie vor um Einsendung von Fluchtberichten. Der Einsendeschluss wurde auf den 31. Dezember 2012 festgelegt. Alle Anwesenden sind aufgerufen, nach einem geeigneten Titel für dieses Buch zu suchen, damit es sich von den zahlreichen bereits erschienenen Büchern mit dem Titel „Flucht und Vertreibung“ absetzt. Die Auflage und das Format des Buches stehen inzwischen fest. Förderer ab 75 Euro erhalten das Buch nach Erscheinen automatisch und sie werden namentlich als Förderer erwähnt. Geehrt und mit der Goldenen Nadel der Kreisgemeinschaft ausgezeichnet wurde Marlene Dreher. Weitere Ehrungen mit der Silbernen Nadel erhielten Brigitte Hasenpatt, Gudrun Schmidt und Brigitte Böck. Ab 14 Uhr war die Heimatstube in der Wilhelmstraße 3 A für interessierte Besucher geöffnet. Wie auch schon in den Jahren zuvor war eine kleine Ausstellung vorbereitet worden, die unter dem Thema „Kirche“ und alles, was mit Kirche zu tun hat, von Ilse Thomann gestaltet worden war. Es stellten sich zirka 50 Besucher ein, es herrschte ein munteres Treiben. Am Nachmittag stellte Hermann Pölking-Eiken sein neues Buch „Ostpreußen – Biographie einer Provinz“ vor, das anschließend käuflich erworben werden konnte. Anschließend trat der Sänger „Bernstein“, Bernd Krutzinna, mit Musik zum Mitsingen auf. Es gibt von ihm eine CD mit dem Heiligenbeil-Lied, das über die Kreisgemeinschaft käuflich erworben werden kann. Der Sonnabend schloss mit einem bunten Abend mit Tanz, zu dem, wie auch in den Jahren zuvor, das inzwischen bekannte „Shadow Light Duo“ spielte. Der Sonntagmorgen begann mit einem Platzkonzert des Schützenmusikkorps „O.v. Reden“ Gehrden unter der Leitung von Hans-Heinrich Beier. Es folgte die Feierstunde mit traditionellem Ablauf: Begrüßung der Mitglieder und Gäste durch die Kreisvertreterin; gemeinsam gesungenes Ostpreußenlied; Totenehrung (Christian Perbandt); es folgte der Choral von Leuthen („Nun danket alle Gott“). Aufgrund der Erkrankung von Gerlinde Groß las Ilse Thomann die wunderschöne Geschichte von Ruth Geede „... und niemals kam ich nach Pörschken“, die sehr gut aufgenommen wurde. Es folgten Grußworte von Mirko Zschoch, Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion in Burgdorf. Da der ursprünglich vorgesehene Festredner Dr. Fred Mrotzek verhindert war, hielt die Festansprache Hubertus Hilgendorf, stellvertretender Vorsitzender der Ostpreußischen Kulturstiftung. Er referierte über das Ostpreußische Jagd- und Landesmuseum in Lüneburg. Diesem Vortrag folgte ein Instrumentalstück des Musikkorps „O.v.Reden“, und zwar das Ostpreußische Reiterlied nach der Melodie „Prinz Eugen, der edle Ritter“, das eigens für diese Veranstaltung eingeübt worden war. Elke Ruhnke sprach das Schlusswort, bevor die Feierstunde mit dem Absingen der dritten Strophe des Deutschlandliedes endete. Am Nachmittag fanden sich dann bei Kaffee und Kuchen viele Freunde und Bekannte zusammen, und gegen 16.30 Uhr endete das Kreistreffen. Ab 13.30 Uhr war die Heimatstube nochmals für zwei Stunden geöffnet. Auch in diesem Jahr zeigte sich wieder einmal, dass die Heiligenbeiler der Einladung des Vorstandes zum Heimattreffen gerne und mit Begeisterung gefolgt sind, um sich in Begegnungen mit alten Freunden und Bekannten auszutauschen. Wir möchten dieses Treffen so lange wie möglich aufrechterhalten. Obwohl die Zahl der Besucher stetig abnimmt, und hier besonders bei der Erlebnisgeneration, war es doch sehr erfreulich festzustellen, dass sich die Zahl vom letzten Jahr (253 Besucher) zu diesem Jahr (247 Besucher) nur unwesentlich nach unten bewegt hat. Auch in diesem Jahr waren etliche Erstbesucher (16) zu verzeichnen. Weil viele nicht mehr selbst kommen können, ist es uns ein ganz besonderes Anliegen, dass die persönlichen Kontakte gepflegt werden in Form von Telefonaten, Rundbriefen und nicht zuletzt über das Heimatblatt. Wir, der Vorstand, die Kirchspiel-/Stadtvertreter und besonders die Kreisvertreterin wollen auch zukünftig Ihre Ansprechpartner bleiben. Wir wünschen allen Landsleuten gute Gesundheit und all denen, denen es nicht mehr so gut geht, eine liebevolle Fürsorge durch Menschen, die ihnen nahe stehen.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.



Das Titelbild des diesjährigen Kalenders ist von Christian Papendick, „Am Dorfteich von Groß

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Jubiläums-Henstmarkt

Donnerstag, 18., bis Sonntag, 21. Oktober, Neumünster: Die Trakehner feiern in den Holstenhallen Neumünster zum 50. Mal den Trakehner Hengstmarkt mit der Körung und Auktion. Das ist die bedeutendste Veranstaltung im Zuchtjahr.

Das Jubiläum wird im Rahmen des Gala-Abends am Sonnabend begangen. Informationen im Internet unter www.trakehner-verband.de.

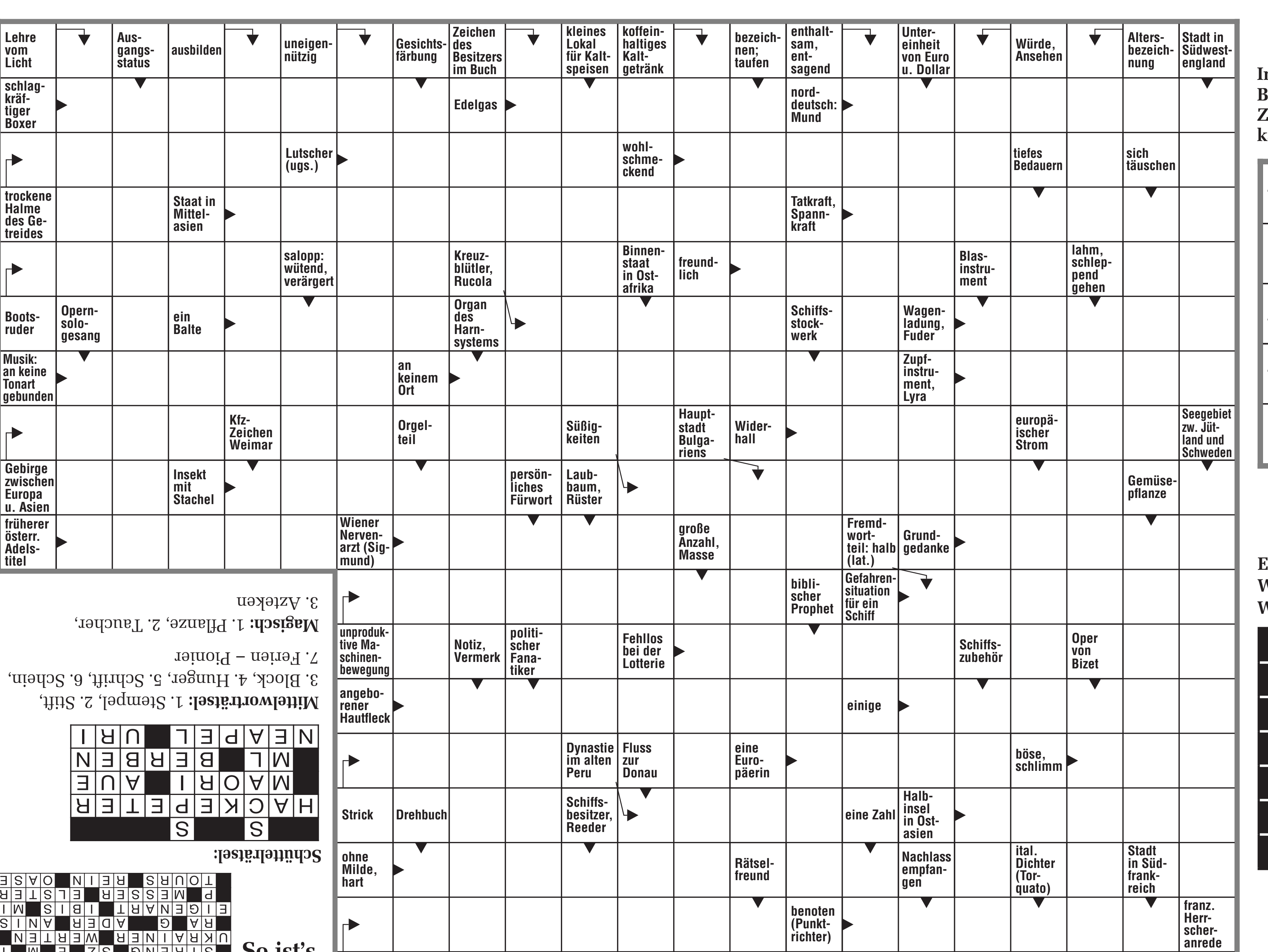
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Mölln – Mittwoch, 26. September, 17 Uhr, Quellenhof: Die Mitglieder des Verbandes der Ost- und Westpreußen treffen zur Erntedankfeier. In froher Runde wollen sie sich gemeinsam auf den beginnenden Herbst einstellen. Probst Erwin Horning wird das geistliche Wort zum Erntedank sprechen und uns auf die Bedeutung dieses Festes hinweisen. Die musikalische Gestaltung des Nachmittags übernimmt in altbewährter Weise der Gesangspädagoge Günther Marschke vom Gesangsverein LAB, der die Teilnehmer auch beim gemeinsamen Singen unterstützen wird. Zwischen diesen Darbietungen wird das Entedank-Essen serviert. Es besteht aus Kassler mit Sauerkraut und Erbsenpüree. Die Anmeldungen für das Essen bitte an Frau Alex, Telefon (04542) 3690 richten. Zu dieser Feier lädt die Gruppe auch die Landsleute aus Pommern, Schlesien, Danzig und Mölln ein. Über einen zahlreichen Besuch würde die Landsmannschaft sich freuen.



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

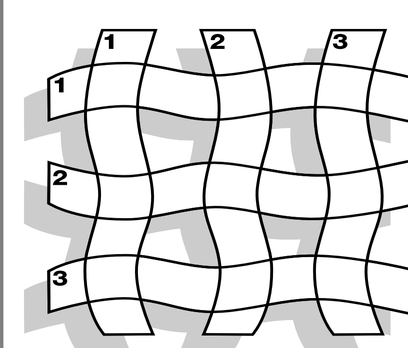
ACEEE HKPRT · AEMM · AACLS · BEER · EILPS · ABTU · EERU · EINR · AIMOR · AEU · AEEL NP · BBEE NR · IRU

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Wort für Wegbereiter, Vorkämpfer.

1	POST		KISSEN
2	BLEI		ZAHN
3	ZEICHEN		HAUS
4	MACHT		LOHN
5	DRUCK		ZUG
6	MOND		WERFER
7	SOMMER		LAGER

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Gewächs
2 Wassersportler
3 mexikanisches Indianervolk

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

Holstein", 1997, aus „Der Norden Ostpreußens, Husumverlag. Er kann ab sofort über die Kreisgemeinschaft bezogen werden.



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562, Fax (04853) 701. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Bericht vom Hauptkreistreffen – Am 31. August bis 2. September trafen sich die Labiauer zu ihrem Hauptkreistreffen in Otterndorf/Niederelbe, im Patenkreis Landkreis Cuxhaven. Das diesjährige Treffen stand unter dem Motto: „60 Jahre Patenschaft mit dem Kreis Land Hadeln/Landkreis Cuxhaven". Deshalb war der Freitagabend bereits als Dankeschön-Abend für die Bevölkerung im Patenkreis gedacht. Bei Raderkuchen und Kaffee oder Tee trafen wir uns in der Stadthalle in Otterndorf, um Informationen zu geben und zu plaudern. Gezeigt wurden Filme und Bildershows aus der Zeit bis 1945, aber auch zahlreiche Fotos, die während der vielen Reisen nach Ostpreußen entstanden sind und die die wundervolle Natur eindrucksvoll widerspiegeln. Es war ein harmonischer Abend, zu dem sich zirka 60 Labiauer und Otterndorfer zusammengefunden haben. Das eigentliche Kreistreffen fand dann am 1. und 2. September statt. Zirka 200 Labiauer besuchten die Veranstaltung. Eine Steigerung gegenüber dem letzten Jahr, aber trotz allem leider ein Rückgang, wenn man die Gesamtentwicklung betrachtet. Neben der Hauptsache, nämlich, dass man zusammen kommt, um Erinnerungen auszutauschen, sich zu treffen, boten wir die Gelegenheit, die umfangreiche Bilderausstellung mit Fotos aus der Zeit bis 1945, die zum Kreistreffen aufgebaut wurde, zu betrachten. In der speziell eingerichteten Film-Ecke wurden DVDs und Fotos im kleineren Kreis gezeigt. Unser Familienforscher Alfred Erdmann stand mit seinem Computer für Fragen rund um die Familienforschung parat, und er wurde sehr umlagert. Am Infostand durften Bücher, Postkarten, Marzipan und heimatliche Spirituosen nicht fehlen. Herr Montigny vertrat die Preußische Allgemeine Zeitung, unser Ostpreußenblatt. Am Sonnabend wurde im Torhaus Otterndorf mit der Sammlung Labiau/Ostpreußen das Modell des Schlosses/Ordensburg Labiau enthüllt. Möglich geworden ist die Anfertigung des Modells, weil Landsleute dafür gespendet haben, allen Spendern ein herzliches Dankeschön dafür. Das Modell wurde im Maßstab 1:87 erstellt und steht auf einer Platte von 60 x 60 Zentimetern. Die detailgetreue und liebevolle Arbeit zeigt das imposante Gebäude in dem Zustand, in dem es die Labiauer, unsere Zeitzeugen, noch kennen, mit dem Schlossgarten, den Nebengebäuden, dem Uhrenturm und Teilen der Schlossmauer. Sogar kleine Marktstände vor der Schlossmauer und Meister Adebar auf dem Dach und das Geschäftshaus, in dem der weithin bekannte Fotograf Arthur Haubensack sein Atelier hatte, fehlen nicht. Der Betrachter hat jetzt die Möglichkeit, das Gebäude von allen Seiten einzusehen und hat eine Vorstellung wie das Schloss/die Ordensburg einmal aussah. In der Jetztzeit hat das Gebäude das Ansehen total verändert, weil der Dachstuhl und das obere Geschoss ausgebrannt sind. Auch die Nebengebäude und die Schlossmauer fehlen komplett. Der Samtgemeindebürgermeister, der Bürgermeister und weitere Persönlichkeiten des Öffentlichen Lebens im Patenkreis ließen es sich nicht nehmen, bei der Enthüllung dabei zu sein. Die Kreisvertreterin, der stellvertretende Kreisvertreter als Initiator des Modells und der Erbauer machten Ausführungen zur Geschichte des Gebäudes und dazu, wie das Modell von der Idee bis zur Fertigstellung entstanden ist. Zweifelsohne ist dieses Modell ein interessanter Blickfang im Torhaus, das mit Sicherheit von allen Besuchern mit Interesse betrachtet wird. Am Abend saßen wir bei Musik und Tanz bis 22.30 Uhr zusammen, die Elbe-Musikanten aus Otterndorf spielten auf. Am Sonntag fand zunächst die Blumenniederlegung am Gedenkstein „Am Großen Specken", dem Torhaus gegenüber, statt. Egbert Marenke, umrahmt von Fahnenträgern und Damen in Tracht, hielt diese Gedenkfeier ab. Anschließend fand dann in der Festhalle die eigentliche Feierstunde zum Patenschaftsjubiläum statt. Festredner war der Bürgermeister von Otterndorf, Claus Johannsen. Im Auftrag des Landrats Bielefeld bestätigte er die Patenschaft und schilderte er aus seiner Sicht die Vertriebenenproblematik, wobei er betonte, dass auch in seiner Familie ein Teil der vorherigen Generation ihre Heimat verlassen musste. Zur Bekräftigung übergab er der Kreisvertreterin eine Bestätigungsurkunde für die Patenschaft. Alles in allem eine würdige Feierstunde, zu der auch zu den Aktiven langjährige und nicht mehr im Amt befindliche Persönlichkeiten des Patenkreises gekommen waren, die uns viele Jahre begleitet haben. Auch die damalige Protokollantin des Patenschaftsvertrages, erstellt 1952 in Wingst-Dobrock, Hannelore Brüning, war anwesend. Sie ist ohnehin „adoptierte" Labiauerin und bei fast allen Veranstaltungen dabei. Mit dem Singen des Ostpreußenliedes und der Kette zur Heimat wurde die Feierstunde beendet. Schluss des Treffens war um 16 Uhr.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Einladung zum Hauptkreistreffen – Am Samstag, 22. und Sonntag, 23. September 2012, findet in der Winsener Stadthalle und in den Heimatstuben der Kreisgemeinschaften (KG) Schloßberg und Ebenrode in der Rote-Kreuz-Strasse 6, das gemeinsame Hauptkreistreffen beider Kreisgemeinschaften statt. Ein umfangreiches Programm erwartet die Teilnehmer. Bereits am Freitag, 21. September, treffen sich die ehemaligen Schüler und Freunde der Schloßberger Friedrich-Wilhelm-Oberschule ab 11 Uhr im Clubzimmer der Stadthalle Winsen. Am Sonnabend sind die Heimatstuben in der Rote-Kreuz-Straße 6 für jedermann von 9.30 bis 11.30 Uhr geöffnet. Die Stadthalle öffnet ab 11.30 Uhr – im Foyer erwarten Sie Info- und Verkaufsstände, eine Foto-Ausstellung über Trakehnen und eine Multimedia-Station mit Fotos und Filmen. Eine Busfahrt um 13 Uhr geht zur Besichtigung des „Agrarium's" im Freilichtmuseum Kickeberg. Ebenfalls um 13 Uhr beginnt die ordentliche Mitgliederversammlung der KG Ebenrode im Saal der Stadthalle und um 16.30 Uhr ebendort die öffentliche Kreistagssitzung der KG Schloßberg. Ab 19.30 Uhr gibt es in der Stadthalle ein „Geselliges Beisammensein" mit Unterhaltungsprogramm mit einem Vortrag über 280 Jahre Trakehnen sowie Heidjer-plattdütsche Geschichten von und mit Erdmann Mencke. Für die musikalische Untermalung ist Manfred Mennerich mit seinem Akkordeon verantwortlich. Am Sonntag findet um 9.30 Uhr eine Kranzniederlegung am Ehrenmal auf dem Winsener Waldfriedhof statt. Die Stadthalle öffnet für Sie bereits um 9 Uhr. Dort beginnt um 11 Uhr eine Feierstunde, an der unter anderem die Chorgemeinschaft Singzirkel und der Männerchor Winsen mitwirken. Die Andacht hält Pastor i. R. Kurt Perry. Die Heimatstuben öffnen am Sonntag um 13.30 Uhr. Es wird ein Pendeldienst Stadthalle/Heimatstuben eingerichtet. Die einzelnen Veranstaltungen sind nicht nur für die Schloßberger und Ebenroder gedacht. Gäste sind ausdrücklich zu allen Zeiten und Veranstaltungen herzlich willkommen! Wir freuen uns über Ihren Besuch! – Richtigstellung: Zu dem in der Ausgabe vom 1. September veröffentlichten Artikel über das Kinderferienlager 2012 ist in der Redaktion offensichtlich die kurzfristig eingereichte Korrektur des Artikels nicht angekommen. Danach muss die Überschrift zu dem Bericht über das Kinderferienlager 2012 heißen: Schloßberger/Ebenroder russisch-deutsches Kinderferienlager 2012! Natürlich wurde von beiden Kreisgemeinschaften dazu eingeladen, und in Winsen (Luhe) in der Rote-Kreuz-Straße besuchte die Gruppe neben der Schloßberger auch die Ebenroder Heimatstube. Wir bitten um Entschuldigung!



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Museum – In den zwanzig Jahren seines Bestehens hat sich das Museum für Stadtgeschichte in Tilsit für frühere und heutige Bewohner der Stadt zu einem Besuchermagnet entwickelt. Mehr als 3000 Erinnerungsstücke künden von der geschichtsträchtigen Vergangenheit der Stadt. In einer Dauerausstellung werden die Gründung Tilsits im Jahre 1552 durch Herzog Albrecht und die historischen Ereignisse des Friedensschlusses zu Tilsit im Jahre 1807 in Wort und Bild dargestellt. Tilsit im Ersten und Zweiten Weltkrieg und die Vertreibung der Deutschen werden ebenso thematisiert wie die Ankunft der ersten russischen Neusiedler, die der Stadt den Namen Sovetsk gaben. Viele Exponate aus deutscher Zeit wurden von den alten Tilsitern übergeben, wofür die Museumsleitung sehr dankbar ist. Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums überreichte die Stadtgemeinschaft künstlerisch gestaltete Intarsienmotive des Tilsiter Künstlers Heinz Bressau.

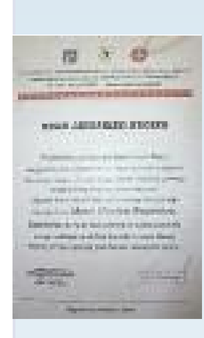


TREUBURG

Kreisvertreterin: Ingrid Meyer-Huwe, Heinrich-Heine-Straße 51, 30173 Hannover, Telefon/Fax (0511) 884928, E-Mail: eusebius@kabelmail.de. Stellvertreter: Siegfried Schmidtke, Marienweg 31, 50858 Köln, Telefon (02234) 996441, schmidtke@ubcom.de. Geschäftsführer: Mattias Lask, Amselweg 51, 44822 Mettmann, Telefon (0211) 1699118, mlask@online.de. Präsidentin der Kreisgmeinschaft: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984, iklink@gmx.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Neuer Vorstand – Bei der turnusmäßig vierjährigen Wahl gab es Veränderungen. Die bisherige Kreisvertreterin, Frau Irmgard Klink, stellte ihr Mandat nach 16-jähriger Vorstandsarbeit zur Verfügung. Hier der neue gewählte Kreistag: Ingrid Meyer-Huwe, geb. Huwe, aus Treuburg – Kreisvertreterin. Siegfried Schmidtke, Vorfahren aus Treuburg und Diebauen – Stellvertretender Kreisvertreter. Mattias Lask, M.A., Vorfahren aus Saiden und Kleschen – Geschäftsführer. Helmut Niederhaus, aus Rehfeld – Beirat. Irmgard Klink, geb. Meißner, aus Schwalg – Beirat. Manfred Bednarzik, aus Bärengrund – Beirat. Helga Lüttgen, geb. Seesko, Vorfahren aus Borken, Karin Seesko aus Borken, Astrid Welsch, geb. Jeworrek, Vorfahren aus Treuburg, Wolfgang Gorny aus Schwentainen – Neu: Gabi Janßen, geb. Kowalzik, Vorfahren aus Treuburg – Neu: Guido Klink, Dipl. Ing., Vorfahren aus Schwalg. Die neu gewählte Kreisvertreterin Frau Meyer-Huwe hat ihre Jugend in Treuburg verbracht und stammt aus der Erlebnisgeneration. Der gesamte Kreistag schätzt sich glücklich, dass Frau Meyer-Huwe diese Position als Souverän übernommen hat. Alle Kreistagsmitglieder sprechen ihr Mithilfe und Unterstützung zu. Frau Meyer-Huwe: „Eigentlich hatten wir ja an eine Verjüngung des gesamten Vorstands gedacht. Doch es kam anders. Der bisherige Vorstand, dem ich hiermit für seine Arbeit in den vergangenen Jahren danke, stand nicht mehr zur Verfügung. Ich stellte mich also zur Wahl nach dem Motto des Schiller-Wortes: ‚Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe'. Seit zirka 30 Jahren gehöre ich dem Kreistag an und hoffe, das in mich gesetzte Vertrauen erfüllen zu können. Ich will mich nach Kräften darum bemühen, dieser Aufgabe gerecht zu werden."

Dank für Hilfe



Angerburgs Bürgermeister und die Gruppe Mauersee-Johanniter Station haben sich in einem Brief bei Siegfried Kugies für die vierte Medikamentenspende bedankt. Der polnische Text lautet übersetzt: „Wir möchten Ihnen herzlich danken für Ihre Bemühungen und Unterstützung betreffend unserer Station. Schon öfter erhielten wir dank Ihrer Hilfe Medikamente als Spende. Dank Ihrer Hilfe ist es uns möglich, den Armen im Kreis Angerburg zu helfen. Herzlichen Dank für diese Hilfe, wir hoffen auf weitere Kontakte mit unserer Johanniter Station. Jede Hilfe ist für uns sehr wichtig. Krzysztof Piwowarczik, Bürgermeister, Herta Andrulonis, Deutsche Gruppe Mauersee. *PAZ*

Preußen-Paläste für jedermann

Urenkel des letzten Kaisers saniert denkmalgeschützte Gebäude und schafft Wohnraum für den bürgerlichen Geldadel

Adel und Architektur – das fügt sich meistens gut, betrachtet man nur die Burgen und Schlösser, die über die Jahrhunderte zum touristischen Hingucker geworden sind. Eine Bonner Immobilienfirma setzt diese Tradition dank prinzlicher Unterstützung fort.



Vorm Verfall gerettet: Das Potsdamer Kaiserin-Augusta-Stift vorher (rechts) und nachher — Bild: PvP

Kaiserin-Augusta-Stift, Les Étables Royales, Gutenberghof, Persiusspeicher oder Rote Kaserne – so heißen die „Paläste“ in Berlin und Potsdam mit ihren gut 1000 völlig „bürgerlichen“ Wohnungen. Errichtet hat sie Franz-Friedrich Prinz von Preußen. Er ist nicht nur Urenkel des letzten Kaisers Wilhelm II., sondern auch Aufsichtsratschef der „Prinz von Preußen Grundbesitz AG“ (PvP), die sich für den Erhalt denkmalgeschützter Gebäude einsetzt.

Zur Einweihung kommen dann schon mal die „Langen Kerls“ vorbei, ein Verein, der sich dem Erbe der friderizianischen Garde verschrieben hat. In authentischen Uniformen haben sie bei einer Veranstaltung die Umsetzung einer teuren baulichen Restaurierung mit Salutschüssen begleitet. Die PvP hat sich einen guten Ruf erworben. Sie rettet Altes vor dem Verfall und schafft Anlageobjekte für wohlhabende Investoren.

Derzeit kündigt die schwerpunktmäßig in Potsdam, Berlin sowie Düsseldorf, Köln und Bonn tätige Gruppe wieder ein neues Großprojekt an: Am Berliner Kladower Damm will sie in bester Lage nahe Wannsee und Havel ein Wohnquartier auf einem riesigen, 4,6 Hektar großen Grundstück gestalten. Die Zahl der Projekte ist groß, gibt es doch viele zahlungskräftige und zum Teil sogar prominente Finanziers.

Im Jahr 2007 gründete der Prinz zusammen mit Theodor J. Tantzen und Frank Lotz als Ergänzung zur PvP die Prinz von Preußen Real Estate GmbH, die sich als Makler auf die Vermittlung hochwertiger Wohn- und Renditeimmobilien spezialisiert. Ein Lizenzpartnernetz ist im Entstehen. Es gibt Vertretungen in Berlins Unter den Linden und an Hamburgs Alster, kurzum an den besten Adressen. Das System soll in den nächsten Jahren international ausgeweitet werden. Die Vermittlung von ausgesuchten Wohn- und Renditeimmobilien hat in Zeiten eines schwächelnden Euro und wachsender Nachfrage nach Betongold, kurz Immobilien, Konjunktur. Die Kunden sind zu 80 Prozent Einzelanleger. Gut 40 Prozent kommen auch ein zweites und drittes Mal wieder. Historisches Flair und Steuervorteile locken außerdem.

Unter Denkmalschutz stehende Bauten sind oft schwer zu sanieren

Aufwendige Sanierung birgt indes auch Risiken. So musste der Bauträger im April eine vorläufige juristische Niederlage hinnehmen. Laut einem noch nicht rechtskräftigen Urteil des Bonner Landgerichts soll die Firma knapp 1,1 Millionen Euro an Käufer von Wohnungen in Potsdam zahlen. Es ging um zwei Wohnungen im Wert von je 425 000 Euro. In dem Potsdamer PvP-Luxuswohnprojekt Schinkelspeicher setzten sich so die Kläger durch, weil sie nicht auf die Belastung des Baus vor der Sanierung mit dem Pestizid DDT hingewiesen worden seien. Das Pflanzenschutzmittel wurde in der DDR häufig in Dachstühlen eingesetzt. Damit behandelte Balken zu entfernen, ist aus Denkmalschutzgründen kaum möglich. Um einen Abriss zu vermeiden, entschied sich die PvP für einen aufwendigen Schutzanstrich, der die DDT-Belastung auf Null senkt, doch das überzeugte vor Gericht nicht. Bei den Kaufverhandlungen seien Mängel im Objekt bewusst verschwiegen worden, hieß es in der Urteilsbegründung.

Die Nachfrage am Markt hält indes an, und das Unternehmen kann auf viele Erfolge verweisen. Eigentumswohnungen in Potsdams Speicherstadt sind weiterhin begehrt und werden derzeit zu Preisen von bis zu 5000 Euro pro Quadratmeter gehandelt. Die PvP vermarktet gerade das Brockesche Palais, ein bisher leer stehendes, vom Verfall bedrohtes Bürgerpalais im Zentrum Potsdams aus der Zeit Friedrichs des Großen. Solch denkmalschützerischer und damit steuerbegünstigter Einsatz fördert das Ansehen der beim Geldadel beliebten PvP. Ob „Résidence au Rivage“ oder „Waterfront Residence“: Mit hübschen Namen und Bildern macht man Investoren das Wohnen in besten Lagen schmackhaft und trägt nebenbei zum Erhalt wertvoller Bausubstanz bei.

„Central Park Living“, ein Gebäuderiegel im Viktoria Park Berlin unweit des Potsdamer Platzes, ist ein weiteres der vor Ideen anscheinend nur so strotzenden Planer. Auch an Neubauten wagt sich das Unternehmen, errichtete in den Offiziersgärten in Potsdam vier moderne Stadtvillen im Gesamtumfang von über zwölf Millionen Euro für insgesamt 44 Wohnungen. Und in Bonn-Bad Godesberg baute das Unternehmen eine Villa passend zu einer historischen Remise für gut 2,4 Millionen Euro aus.

In Potsdam tobt derweil ein wahrer Krieg zwischen Geldadel und linker kommunaler Verwaltung. Grund sind die immens steigenden Grundstückspreise, die sich kein Normalbürger mehr leisten kann. Bislang hat sich der Preußenprinz von den Grabenkämpfen fernhalten können. Bleibt die Frage, wie lange ihn der gute Ruf als Kunstretter noch vor Anfeindungen schützen kann.

Sverre Gutschmidt

Opas bibelfestes Enkelcamp

Wo einst die Honeckers Unterschlupf fanden, ist jetzt Kids-Alarm

Sie haben schon 60 Enkel, das 61. ist bereits unterwegs. Das Ehepaar Holmer zählt zu den etwas anderen Großeltern. Jeden Sommer laden sie die Enkel-Schar zu einer Sommerfreizeit ein, während der sie fünf Tage in einem christlich geprägten Camp leben.

Bekannt wurden Christine und Uwe Holmer, als sie im Winter 1990 das Ehepaar Honecker kurz nach der Wende bei sich im Pfarrhaus in Lobetal aufnahmen. Aufgebrachte DDR-Bürger hätten damals an den ehemaligen Regenten des Unrecht-Regimes am liebsten Selbstjustiz geübt. Es kam zu Demonstrationen vor dem Haus der Holmers. Auch die zehn Kinder des Pastorenehepaars hatten unter der Volksbildungsministerin Margot Honecker zu leiden. Acht von Ihnen durften kein Abitur machen und nicht studieren.

Pastor Holmer schrieb damals viele Protestbriefe an das Ministerium. Als jedoch die Honeckers keine Bleibe mehr hatten, stimmte das Pfarrerpaar der zeitweiligen Aufnahme in ihrem Haus uneigennützig zu. So würden sie ja jeden Sonntag in der Kirche beten, „Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern.“ Da könne man seinem Zorn nicht ewig nachhängen.

Über Sexualität wird offen geredet

An die Zeit vor 20 Jahren denken die Holmers kaum noch, wenn sie im Sommer auf einem Bootssteg am Krakower See in Mecklenburg sitzen. Am liebsten hält sich hier der heute 83-Jährige Pastor auf, wenn er für seine 60 Enkel die Abendandacht hält.

Vor 13 Jahren, wenige Jahre nach dem Eintritt in den Ruhestand, hatte das Ehepaar die Idee, seinen Enkelkindern eine Freizeit anzubieten. „Ich evangelisiere überall, nur bei meinen Enkeln nicht“, erinnert sich der Pastor. So erzählt der unruhige Ruheständler heute seinen Nachkommen von seinem Leben, liest biblische Geschichten vor und predigt über den allmächtigen Gott, der einen guten Plan für jeden hat.

Beim Fußball spielt Holmer vs. Holmer

Doch auch kritische Themen spricht er an. Um Sexualität ging es beispielsweise diesen Sommer. Dass Gott den Menschen als Mann und Frau geschaffen habe, davon ist ebenso die Rede wie von dem Problem der Pornografie. „Schaut euch diesen Mist nicht an, die Bilder werdet ihr später nicht mehr los“, ermahnt Holmer seine Enkel.

Man könne über diese Dinge nicht früh genug reden, findet er. Solange die Kinder noch nicht direkt betroffen seien, lasse sich leichter darüber reden. Die Sehnsucht nach dem anderen Geschlecht habe Gott in den Menschen gelegt. Daher sollten Kinder zuverlässige Informationen am besten von Eltern oder Großeltern bekommen.

Nach der Abendandacht zieht sich das Ehepaar Holmer zum Schlafen zurück, während bei den Enkeln das Treiben noch munter weitergeht: „Wir müssen Kraft tanken, schließlich sind wir ja nicht mehr die Jüngsten, sagt der Pastor und lächelt verschmitzt.

Die Abendandacht und eine morgendliche Bibelarbeit sowie die Essenszeiten unter einem großen Zelt sind die festen Programmpunkte des Holmerschen Enkelcamps. Da gibt es viel zu organisieren. Essen muss eingekauft, gekocht und zum Grillplatz gebracht werden. Die älteren Enkel packen fleißig mit an, keiner beklagt sich. Fußball, Volleyball oder andere Spiele stehen am Nachmittag auf dem Programm. Durch die große Zahl der Enkel lassen sich mühelos mehrere Mannschaften bilden.

Wer von den Enkeln den fünften Geburtstag gefeiert hat, darf mit auf das Sommerlager. Doch auch die schon über 20-Jährigen lassen sich das Camp nicht entgehen, wenn sie nicht gerade im Ausland sind: „Es ist immer toll, alle Cousinen und Cousins zu treffen“, sagt die 23-jährige Marie, die gerade ein Jahr in den USA verbracht hat. Die Kleinen allerdings behalten bei der weitverzweigten Verwandtschaft nicht immer den Überblick. „Ich kenne gar nicht alle“, beklagt sich die siebenjährige Jette.

Traurig sind aber alle, wenn das Oma-Opa-Enkelcamp nach nur fünf Tagen an einem Sonntag mit einem Gottesdienst endet. Dann holen die Eltern ihre Kinder wieder ab. Dieser Tag ist aber auch ein Fest, weil dann die ganze Großfamilie zumindest einmal im Jahr fast vollständig zusammen ist. Für die Großeltern gehen anstrengende und schöne Tage zu Ende. Doch klagen wollen die Holmers nicht: „Wir sind dankbar, dass wir das noch können.“

Und natürlich freuen sich alle auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr – dann ja vielleicht mit Enkel Nr. 62? *Hinrich E. Bues*

Eine Riesenbeere grinst

Jetzt werden Kürbisse geerntet – und als Zierde zweckentfremdet

Auf den Märkten und in den Gemüseabteilungen leuchten sie wieder in vielen Farben: Kürbisse. Sie sehen so lecker aus, dass man gleich hineinbeißen möchte. Jeder kennt dieses Riesengemüse, aber wenige wissen, welch schmackhaftes und gesundes Gemüse da in den Regalen liegt.

Eigentlich handelt es sich bei ihnen um Beerenfrüchte, die zur Gattung der Kürbisgewächse gehören wie Gurken, Melonen und Zucchini. Alle Pflanzen bilden große Ranken mit bis zu 15 Metern Länge. Diese liegen auf dem Boden und klettern in die Höhe. Die dicken, fleischigen Beeren sind verschieden geformt und haben vielfältige Farben. Unter der Schale sitzt weiches Fruchtfleisch, und in der Mitte befinden sich viele Kerne. Auch die kann man geröstet essen.

Aus den Samen der Ölkürbisse gewinnt man auch das Kürbiskernöl. Es ist sehr lecker und gesund und wird besonders in der österreichischen Steiermark hergestellt. Dort tropft man das Öl sogar auf Eis, welches dadurch einen sehr landestypischen Geschmack gewinnt.

Bild: Friedrich

Das Fruchtfleisch der Kürbisse ist kalorienarm, dafür sehr vitamin- und mineralstoffreich. Wenn wir eine Kürbisspeise essen, nehmen wir viel Beta-Carotin zu uns, das im Körper zu Vitamin A umgewandelt wird. Und Vitamin A ist gut für die Sehkraft, die Haut und den Schutz der Schleimhäute.

Kürbisse gehören zu den größten und schwersten Gemüsesorten. Der Weltrekord für einen Riesenkürbis liegt bis heute bei unglaublichen 821,4 Kilo. In den Einkaufskorb passt der bestimmt nicht.

Kürbisse lieben die Sonne, denn sie stammen ursprünglich aus Mittel- und Südamerika. Der Entdecker Amerikas, Christoph Kolumbus, hat die interessante Pflanze im 15. Jahrhundert bei den Indianern gesehen. Sie verwendeten das tolle Gemüse als Grundnahrungsmittel, während die Schale als Gefäß diente. Kolumbus brachte die Samen mit nach Europa. Heute baut man sie in der ganzen Welt an. Am besten gedeihen die Kürbisse natürlich dort, wo es warm ist. Man vermutet, dass es über 800 verschiedene Kürbissorten gibt. Nicht alle sind essbar.

Am bekanntesten sind die Riesenkürbisse und Gartenkürbisse. Man kann Kürbiskuchen backen, die Frucht als Gemüse essen oder eine Suppe daraus kochen. Nicht essen darf man jedoch die Zierkürbisse. Die sind viel kleiner und enthalten Bitterstoffe, die uns nicht gut bekommen. Man verwendet sie daher nur als Herbstdekoration.

Zu einer ganz anderen Zierde werden die fußballgroßen Exemplare zweckentfremdet. Zu Halloween höhlt man sie nicht nur aus, sondern schnitzt sie auch kunstvoll so aus, dass sie Gesichtern ähneln. In den Vereinigten Staaten ist es Tradition, die von innen mit einer brennenden Kerze beleuchteten Kürbisköpfe vor die Haustür zu stellen. Das fratzenhafte Grinsen soll Geister abschrecken.

Seit den 90er Jahren schwappt Halloween auch nach Europa über. Gewiefte Geschäftleute erkannten, dass sich mit Verkleidungen auch hierzulande ein guter Gewinn erzielen lässt. Denn in Geister- und Horrorgewändern geht Ende Oktober/Anfang November die Jugend von Tür zu Tür und droht „Süßes oder Saures“ an. Der Martinstag, bei dem die Kinder sonst am 11. November von Haus zu Haus ziehen und für eine Liedeinlage mit Süßigkeiten, Gebäck oder Obst belohnt werden, ist durch das für die Jugend viel attraktivere Halloween nach und nach verdrängt worden. Kein Wunder also, dass auch der Kürbis mehr in Mode kommt. *Silvia Friedrich*

Schweizer bei der Waffen-SS

Historiker auf Spurensuche

Heinrich Johann Hersche, Jahrgang 1889, SS-Standartenführer, war der zweithöchste Schweizer Offizier der Waffen-SS. Während sich die gängigen Publikationen und TV-Beiträge oft mit der immer gleichen Problematik des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus beschäftigen und nur die Fragestellung ändern, hat sich Vincenz Oertle mit einem der letzten dunklen Flecken dieser Zeit befasst. In seinem neusten Buch „Ein Appenzeller in der Waffen-SS“ zeigt der Heereskundler und Historiker Oertle in elf Kapiteln sehr umfassend die Lebensgeschichte dieses Schweizers auf.

So legt Oertle dar, dass vor allem Geldnöte Hersche, als ehemaligen Major der schweizerischen Kavallerie, dazu brachten, nach Berlin zu ziehen. Als erfahrener Reiter und Reitlehrer war es naheliegend, diese Tätigkeit zu wiederholen. In die Waffen-SS zog es ihn, da er anfangs weder in Uniform auftreten noch seine Schweizer Staatsangehörigkeit aufgeben musste und wieder Reitunterricht geben konnte. Oertle beschreibt engagiert und detailliert den Lebensweg Hersches anhand von vielen biografischen Informationen, anhand derer man sehen und nachvollziehen kann, wie sich eine Person im Laufe ihres Lebens unter schweren Schicksalsschlägen verändern kann. Dabei ist der besondere Schwerpunkt auf die militärische Karriere gelegt.

Der Offizier Hersche steht im Mittelpunkt

Zudem hat sich Oertle nicht nur auf einen Protagonisten konzentriert. Denn in diesem heeresgeschichtlichen Werk wird auch ein Kapitel deutscher, schweizerischer und französischer Militärgeschichte beleuchtet, wie es in dem Umfang eher selten ist: die französische Freiwilligenlegion gegen den Bolschewismus. Oertle weist auf einen Aspekt hin, der bei der Motivsuche vieler ausländischer Soldaten, die unter dem Hakenkreuz kämpften, vergessen wird: der Kampf gegen den Bolschewismus. Dieser Kampf war auch bei Hersche eine Motivation, als auch eine gewisse nationalsozialistische Überzeugung durchaus vorhanden war.

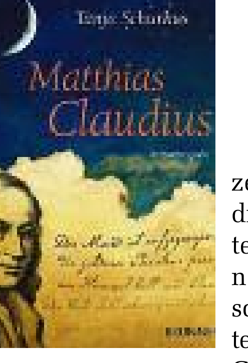
Der rote Faden, der die Teilaspekte des Buches verbindet, wird teilweise durch eine fehlende Abgrenzung stark strapaziert, so dass der Leserhythmus gestört wird.

Auch wenn es sich bei dem Buch weder um eine formal korrekte wissenschaftliche Arbeit noch um ein populärwissenschaftliches Sachbuch handelt, hat Oertle einen wichtigen Punkt beleuchtet, der weiterer Forschung bedarf. Wenn sein Buch diese Forschung vorantreibt – wozu es mehr als geeignet ist –, so hat der Autor einen wichtigen Beitrag für die Geschichtswissenschaft geleistet. Heeresgeschichtlich und historisch Interessierte finden in diesem faktenreichen und im Anhang reich bebilderten Buch 301 Seiten voller neuer Informationen. *Max Will*

***Vincenz Oertle: „Ein Appenzeller in der Waffen-SS“**, Verlag Appenzeller Volksfreund, Appenzell 2012, gebunden, 301 Seiten, 28 Euro*

Der verkannte »Fürstenfreund«

Ansprechende Biografie über den Dichter Matthias Claudius



Ein einzelnes Gedicht machte den norddeutschen Dichter Matthias Claudius unsterblich: das schlichte, fromme „Abendlied“, beginnend mit dem Vers „Der Mond ist aufgegangen“. In der kongenialen Vertonung von Johann Peter Abraham Schulz von 1790 zählt es zu den bekanntesten deutschen Volksliedern und fand Eingang ins Evangelische Gesangbuch. Obwohl seinerzeit eine Randfigur im Literaturbetrieb, hat Matthias Claudius (1740–1815) einen festen Platz in der Literaturgeschichte, nicht zuletzt als Freund und Briefpartner zahlreicher Dichter und Geistesgrößen. Claudius, der mit seiner großen Familie im damals holsteinischen Dorf Wandsbek vor den Toren Hamburgs lebte, bezeichnete sich selbst als einen „homme de lettres“.

Mit ihrer Romanbiografie „Matthias Claudius“ wählte die Kölner Autorin Tanja Schurkus einen Mittelweg zwischen einer wissenschaftlichen Darstellung und der literarischen Form des Romans, um sich mit Leben und Werk des „Wandsbeker Boten“ auseinanderzusetzen; so lautet der Beiname, den Claudius aufgrund seiner Redaktionstätigkeit für die Zeitung „Der Wandsbekker Bothe“ von 1771 bis 1775 anhaftet. Zufall oder nicht, erschien im vergangenen Jahr auch eine Biografie der Germanistin Annelen Kranefuß über Matthias Claudius, die erste nach rund 70 Jahren, abgesehen von ein paar sentimentalen Romanen. Wer anspruchsvolle Unterhaltung mag sowie schnelle Stil- und Epochenbeschreibungen und Lücken in Kauf nimmt, dürfte jedoch die Romanbiografie von Schurkus bevorzugen. In ihrem Nachwort nennt sie die zugrunde liegende Forschungsliteratur.

Alle denken bei dem Dichter nur an »Der Mond ist aufgegangen«

Schurkus wählte einen schlichten, dann und wann etwas antiquiert anmutenden Stil, um die fortlaufend an geeigneten Stellen eingefügten Originalzitate und Verse von Matthias Claudius nicht wie Fremdkörper in einem unpassenden Kontext auffallen zu lassen. Es zeigt sich, dass der ungekünstelte, originelle Ton, zu dem Claudius in seinen Gedichten und Betrachtungen fand, auch heute noch anspricht. Auch unterstützt die Autorin mit der angestrebten sprachlichen Harmonie ihr erkennbares Anliegen, dass ihre Leser möglichst keine entschieden distanzierte Haltung gegenüber ihrem Protagonisten einnehmen sollen; vertrat der fromme Dichter doch als gereifter Mann restaurative, nicht nur in gegenwärtiger Zeit höchst unpopuläre Ansichten. Hatte er sich nach der Französischen Revolution auf die Seite ihrer entschiedenen Gegner gestellt, so sprach er sich später sogar gegen Forderungen der Aufklärer wie Pressefreiheit aus. Damit stieß er auf Unverständnis bei fast allen seiner illustren Freunden. Man hatte ihn früher schon als „amtsscheu“ verspottet, nun aber wurde ihm das Etikett „Fürstenfreund“ verpasst. Voss machte ihn in einer Fabel zum „Kauz“, der „den Hahn beim König Adler“ denunziere. Der Vorwurf lautete dementsprechend, er habe sich mit seiner königlich-dänischen Apanage für eine Tätigkeit, die ihn kaum beanspruchte, zum Verteidiger der absolutistischen Herrschaft bestellen lassen.

In ähnlicher Weise urteilten über ihn auch Literaturforscher des 20. Jahrhunderts. Schurkus hat Claudius jedoch wohlwollend porträtiert, ohne ihn zu idealisieren, auch in seiner Rolle als fürsorglicher Vater und Ehemann von Rebekka, der Tochter eines Wandsbeker Zimmermanns. Ausgehend von den Kriegsereignissen im Mai 1813, als französische Truppen Hamburg belagerten, inszeniert die Autorin in Rückblenden einige historisch belegte Ereignisse aus Claudius' Leben. Nachdem das Erscheinen des „Wandsbecker Bothen“ eingestellt worden war, veröffentlichte Claudius ab 1775 in unregelmäßiger Folge insgesamt acht Bände unter dem Titel „Asmus omnia sua secum portans oder sämtliche Werke des ‚Wandsbeker Boten‘“.

In seiner selbst gewählten Außenseiterrolle als volkstümlicher Schriftsteller und Poet ermunterte er seine Leser zur Frömmigkeit, beschrieb die Schönheiten der Natur, rezensierte und kommentierte neue Bücher und zeitgeistige Strömungen, was ihn mehrfach in Gegensatz zu Goethe, Schiller, Wieland und anderen brachte, die ebenfalls öffentlich mit ihm abrechneten. Als wichtigste Nebenfigur tritt Caroline Perthes auf. Die älteste Tochter von Matthias und Rebekka war mit dem Hamburger Verlagsbuchhändler Friedrich Perthes verheiratet, der 1813 maßgeblich am hanseatischen Aufstand gegen das napoleonische Frankreich beteiligt war. Spannung entsteht, als ein französischer Offizier in Wandsbek nach Perthes sucht. Ihn erwartet bei einer Verhaftung die Todesstrafe. Die klug konzipierte Romanbiografie bietet ein ansehnliches und anschauliches Spektrum aus einer Fülle von Fakten. *Dagmar Jestrzemski*

***Tanja Schurkus: „Matthias Claudius“**, Brunnen Verlag, Gießen 2012, geb., 256 Seiten, 16,99 Euro*

Besondere Kreuzfahrt

Bilder einer Norwegenreise der »MS Wilhelm Gustloff«



Zwar ist der Untergang des Schiffes „Wilhelm Gustloff“ 1945 nicht ganz so bekannt und mystifiziert wie der Untergang der „Titanic“ 1912, auch ertranken bei der „Wilhelm Gustloff“ keine weltberühmten Millionäre, sondern „nur“ rund 9000 deutsche Flüchtlinge, dafür leben aber noch heute Menschen, die Freunde und Verwandte hatten, die auf dem Schiff waren, als es unterging. Auch gibt es vielleicht auch noch den einen oder anderen, der als Kind mit seinen Eltern 1938/39 an einer der Kreuzfahrten teilgenommen hat, die das NS-Freizeitwerk „Kraft durch Freude“ (KDF) organisiert hatte. Die „Gustloff“, das Schiff, auf dem es keine typische Dreiklassengesellschaft, sondern Einheitspreise gab, fuhr vor seinem Einsatz im Krieg als Lazarettschiff ab September 1939 jeweils sechsmal nach Italien und Norwegen.

Ab 1939 war »Gustloff« Lazarettschiff

Vor kurzem hat der Zeitreisen Verlag bereits ein Amateurvideo herausgebracht, das eine der Norwegenfahrten zeigt. Nun folgt ein schmaler Bildband über die „Gustloff“ und ihre Norwegenfahrten. Das offizielle Fotoalbum der KdF-Reise zeigt zahlreiche Bilder vom Schiff, aber auch typische Norwegen-Motive, die auf der Reise angefahren wurden. Menschen sucht man leider auf den Aufnahmen vergebens. *Bel*

***„Norwegen-Fahrt der ‚MS Wilhelm Gustloff‘“**, Zeitreisen Verlag, Bochum, geb., 42 Seiten, 14,95 Euro*

Spesenabrechnung überführte

Verbindung der DDR-Staatssicherheit zum Terrorismus

Während Stefan Aust mit dem „Bader Meinhof Komplex“ eine Dokumentation des Linksterrorismus in Deutschland gelang, versucht Hubertus Knabe seit Jahren die Aktivitäten der DDR-Stasi im Westen aufzuzeigen. Regine Igels Buch „Terrorismus-Lügen. Wie die Stasi im Untergrund agierte“ ist, wenn man so will, eine Art Verbindungsglied zwischen diesen beiden Feldern. Weitgehend unbekannt war bislang die Rolle, die der US-Geheimdienst CIA dabei spielte. Auch Italien war als Frontstaat im Kalten Krieg in das Visier der Dienste von Ost und West sowie des Terrors geraten. Interessante Parallelen zwischen den drei Hauptverlierern des Zweiten Weltkrieges tun sich auf. Auch Japan wurde vom linken Terrorismus – auch dort aus der sogenannten Studentenbewegung entstanden – heimgesucht. Eher linke Politiker wie der Schwede Olof Palme und der Deutsche Willy Brandt waren Ost wie West gleichermaßen unbequem. Der Italiener Aldo Moro mit der damals anvisierten Regierungsbeteiligung der (nicht moskauhörigen) Kommunisten war weder für die USA noch die Sowjetunion akzeptabel. Auch Alfred Herrhausen, der Chef der Deutschen Bank – national gesonnenen und für einen Schuldenerlass für die Dritte Welt eintretend – war eine Provokation. Palmer, Moro und Herrhausen starben durch „linksextreme“ Terroristen – bei Brandt fand man einen weniger gewalttätigen „Ausweg“ – aber in Washington wird man wohl über die Ausschaltung dieser einflussreichen Leute genauso erleichtert gewesen sein wie in Moskau.

Der westdeutsche Geheimdienst hatte etwa 400 Agenten in Stasi und Politbüro untergebracht, die Stasi ihrerseits war im Westen mit einem Vielfachen davon präsent. Die verfügbaren Stasiakten, also was CIA und KGB davon übrig gelassen wurde, sind für den wissenschaftlich interessierten Leser nochmals „ausgedünnt“ und lassen den Verdacht aufkommen, dass hier diejenigen geschont werden sollen, die heute den „neuen Herren“ dienen. Igel fand aber einen Ausweg, derartige Aktivitäten glaubhaft zu dokumentieren. Bei der „Überarbeitung“ der Akten sind die Verantwortlichen mit den Spesenabrechnungen weniger gründlich vorgegangen, so dass heute dokumentiert ist, dass die sogenannte Zweite Generation der RAF in der DDR – seit 1980 beziehungsweise 1982 angeblich am friedlichen Aufbau der Arbeiter und Bauernmacht beteiligt – häufig Reisen in den Westen unternommen hat. Der zeitliche Zusammenhang mit angeb-lichen RAF-Aktivitäten ist auffällig. Nicht erst in den 80er Jahren, sondern fast von Anfang an kooperierte die Stasi mit dem bundesdeutschen Linksterrorismus. Selbst Kontakte zur RAF-Moral-ikone Ulrike Meinhof sind dokumentiert. Auffällig sind auch die vielen Doppelagenten. Zusammen mit der schon erwähnten „Säuberung“ der Akten entsteht hier der Eindruck, dass viele der damals Tätigen heute immer noch „im Dienst“ sind.

Auch Verbindungen zu Rechtsextremisten

Weitgehend unbekannt dürfte auch die Kooperation der Stasi mit rechtsextremen Terroristen in der Bundesrepublik sein. Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit, förderte eben gern alles, was zur Destabilisierung des Klassenfeindes beitragen konnte. Spannend ist auch die Beschreibung einer Pariser Sprachenschule, die im linksextremen Terrornetzwerk eine wichtige Scharnierfunktion hatte. Staatsanwalt Pietro Calogero: „Es ist klar, dass Hyperion eine derart geschützte Einrichtung war, dass dahinter Geheimdienststrukturen mit internationalem Charakter stehen mussten.“ Aus Paris und London wurde dann internationaler Druck auf Italien ausgeübt, die Ermittlungen nicht fortzusetzen.

Lästig an der Lektüre des Buches ist die häufig ungerechtfertigte Verwendung der Begrifflichkeiten „Nazi“ und „Faschismus“, mit denen die Autorin rasch bei der Hand ist. *Theo Maass*

***Regine Igel: „Terrorismus-Lügen. Wie die Stasi im Untergrund agierte“**, Herbig, München 2012, geb., 336 Seiten, 22,99 Euro*

Weitere Titel

***Dolores Balduhn: „Wissen Sie, wo Königsberg liegt? Eine Sammlung von Geschichten“**, Frieling, Berlin 2012, kartoniert, 180 Seiten, 9,90 Euro*

***Klaus Becker: „Spurensuche. Ein Danziger erinnert sich“**, Verlag Heimatverein Wetter e.V., Wetter (Ruhr) 2011, gebunden, 280 Seiten, 17 Euro*

***Dieter Grau: „Der Hahn. Kräht er oder tropft er? Doppelsinniges gereimt und gemalt und andere Kuriositäten“**, bod, Norderstedt 2012, broschiert, 85 Seiten, 7,90 Euro*

***Dino Heicker und Claudia Reese (Hrsg.): „Die Hohenzollern. Geschichte einer Dynastie“**, parthas, Berlin 2012, kartoniert, 110 Seiten, 12,80 Euro*

***Gerhard H. Junker (Hrsg.): Der Anglizismen-Index. Anglizismen: Gewinn oder Zumutung?“**, IFB Verlag Deutsche Sprache, Paderborn 2012, broschiert, 310 Seiten, 15 Euro*

***Nadine Kraft und Reinhard Ilg: „Reise durch Hamburg“**, Stürtz, Würzburg 2012, geb., 136 Seiten, 16,95 Euro*

***Anita Lompa (*1938 in Bokellen, Ostpreußen): „Zum Glück wird niemand gezwungen. Erfahrungen aus 25 Jahren Arbeit in der Spielhalle!“**, Frieling, Berlin 2012, broschiert, 62 Seiten, 7 Euro*

***Johann Scheibner und Christoph Schumann: „Reise durch die Lüneburger Heide“**, Stürtz, Würzburg 2012, geb., 136 Seiten, 16,95 Euro*

***Wendelin Schlosser: „Das Leben hat einen tiefen Sinn. Gedichte“**, August von Goethe Literaturverlag, Frankfurt am Main 2012, kartoniert, 136 Seiten, 12,80 Euro*

***Ellen de Witte: „Familienbande. Liebe, Lachen, Tränen. Episoden einer Familiengeschichte vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland“**, anno Verlag, Rheinberg 2012, broschiert, 188 Seiten, 14,95 Euro*

***Hannelore Wulff (* in Lauth in Ostpreußen): „Überall fremd oder Die Macht der Gefühle“**, Karin Fischer Verlag, Aachen 2012, broschiert, 350 Seiten, 17,80 Euro*

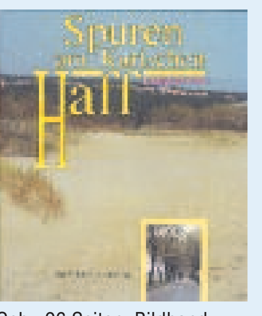



Soya Winterberg
Wir sind die Wolfskinder
Verlassen in Ostpreußen
Geb., 336 Seiten
Best.-Nr.: 7191, € 19,99



Heinz Günther Guderian
Das letzte Kriegsjahr im Westen
Geb., 635 Seiten, 46 Abbildungen, 26 Karten,
Best.-Nr.: 5544, € 34,00

Barbara Mai
Spuren am Kurischen Haff



Die Reise an das Kurische Haff ist für viele eine Reise in die Vergangenheit. Sie wird zu einer Spurensuche in der alten Heimat, denn selten finden die in Ostpreußen Geborenen die vertrauten Bilder aus der Kindheit und Jugend wieder. Schmerzlich bruchstückhaft zeigt sich die Heimat dem Suchenden, übrig geblieben sind oft nur Spuren.
Barbara Mai geht den Spuren ihrer Herkunft in diesem Bild-/Textband in einfühlsamer Text- und Bildsprache nach.

Geb., 96 Seiten, Bildband, 96 Abb.
Best.-Nr.: 3172

statt € 19,00 nur € 12,95



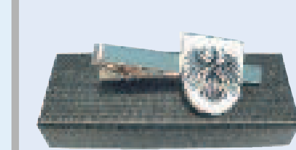
Die Fortsetzung des illustrierten Familienkalenders „Der redliche Preuße und Deutsche“, nun „Der redliche Ostpreuße“ genannt, begleitet auch im 177. Jahrgang noch zuverlässig durch das Jahr. Im Jahr 1830 gab Carl Ludwig Rautenberg das erste Kalender-Jahrbuch heraus, das – nur durch die Jahre des Krieges unterbrochen – bis heute erscheint.
In handlichem Format, mit ausführlichem Kalendarium, zahlreichen Abbildungen, Geschichten, Anekdoten und Gedichten auf über 120 Seiten erinnert er an die alte Heimat Ostpreußen. Ausführliches Kalendarium mit Mondphasen, Sonnenauf- und Sonnenuntergängen, Zahlreiche Abbildungen, Anekdoten und Geschichten aus der alten Heimat



€ 9,95

Geb., 128 Seiten, 17 x 24 cm, 45 Abbildungen,
Best.-Nr.: 7199

Preußen-Krawattenklammer



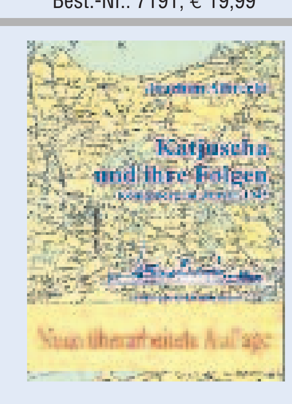
Preußenadler in Wappenform golden eingefaßt, emaillierte Oberfläche auf eine goldene Krawattenklammer aufgesetzt. Maße: Wappen: B: 22 mm, H: 25 mm, Klammer: B: 55 mm. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6932, € 12,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

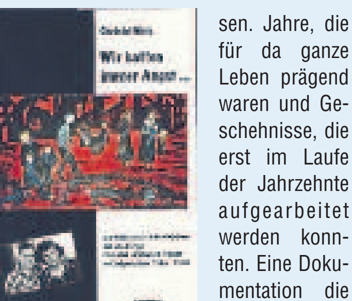
€ 19,95



Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen
Königsberg im Januar 1945
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80

Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

Christel Wels
Wir hatten immer Angst



Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust in Ostpreußen 1945- 1948 Christel Wels, geb. Faust aus Groß Pöppeln im Kreis Labiau, Ostpreußen, am Kurischen Haff, beschreibt das Schicksal ihrer Familie in den Jahren 1945 bis 1948 im seit 1945 russischen Teil Ostpreußens. Unbeschreiblich Schlimmes haben die Zwillinge Christel und Alice, ihre Mutter sowie die Geschwister Elfriede und Gerhard erleiden müssen. Jahre, die für da ganze Leben prägend waren und Geschehnisse, die erst im Laufe der Jahrzehnte aufgearbeitet werden konnten. Eine Dokumentation die es wert ist, von vielen Menschen gelesen zu werden.
Man kann das Erlebte in einem Satz zusammenfassen: Vergeben ja, vergessen niemals.

Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90



Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Geb., 128 Seiten
Best.-Nr.: 7085, € 9,99

Gertrud Höhler
Die Patin
Wie Angela Merkel Deutschland umbaut



Angela Merkel bedient sich der Kernbotschaften anderer Parteien, ohne sich zu deren Werten zu bekennen. Machterhalt geht vor Parteienvielfalt.
Ist Deutschland auf dem Weg zu einer Einheitspartei?, fragt Gertrud Höhler in ihrer brisanten Streitschrift. Mal liberal, mal konservativ, mal christlich-sozial. Die deutsche Kanzlerin lässt sich nicht festlegen. Sie steht nicht für bestimmte Werte oder Positionen. Eine gefährliche Tendenz für Deutschland, sagt Gertrud Höhler. Versprechen werden vermieden, Moral wird zur Manövriermasse, die Geringschätzung von Tugenden zum Programm. Die Folgen: der Ausstieg aus den wichtigsten Spielregeln von Demokratie, Vertragstreue und Wettbewerb. So nivelliert die Politikerin Merkel allmählich die politischen Institutionen und etabliert eine zentralistische Regentschaft – Merkels neues Deutschland.



€ 21,95

Geb., 296 Seiten
Best.-Nr.: 7198



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Michael Lüders
Iran: Der falsche Krieg
Wie der Westen seine Zukunft verspielt

Es scheint alles so klar und einfach zu sein: Auf keinen Fall dürfen die fanatischen Mullahs in Teheran in den Besitz der Atombombe gelangen. Lenken sie nicht ein, müssen sie eben die Konsequenzen tragen. Bis hin zum Krieg. Welche Beweise aber gibt es, dass der Iran tatsächlich nach Atomwaffen strebt? Und geht es in diesem Konflikt allein um die Bombe?
2003 führten die USA ihre „Koalition der Willigen“ in einen Krieg mit dem Irak. Doch von den Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins fehlt bis heute jede Spur. 2012 droht ein Angriff auf den Iran - aus ähnlichen Gründen. Läuft der Westen Gefahr, innerhalb weniger Jahre zum zweiten Mal den falschen Krieg zu führen? Michael Lüders erklärt, warum Teheran im Fadenkreuz liegt und stellt scheinbare Gewissheiten infrage. Dabei erzählt er die Geschichte Irans seit dem Sturz von Premier Mossadegh durch einen britisch-amerikanischen Putsch 1953. Er zeichnet ein lebendiges Bild der Islamischen Republik und beschreibt die machtpolitischen Verhältnisse zwischen Mittelmeer und Indien. Das Buch zeigt, wie gefährlich ein Angriff auf den Iran wäre. Er würde nicht allein die Hardliner um Präsident Ahmadinedschad stärken und die Opposition schwächen. Sondern auch, so die These, die gesamte Region in Brand setzen und wie ein Bumerang auf den Westen zurückschlagen. Ein mutiges Plädoyer gegen einen Krieg, der dieses Jahrhundert prägen könnte wie der Erste Weltkrieg das vorige.

Kart., 176 Seiten
Best.-Nr.: 7200

€ 14,95



statt € 19,00 € 12,95

Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 Seiten mit einigen schwarz-weiß Abbildungen
Best.-Nr.: 3372

Die Berliner
(Mitglieder der Berliner Philharmoniker)
spielen Salonmusik
Teil 2



The Entertainer, Avant de mourir, Poloetzer Tanz, Auf einem persischen Markt, Intermezzo sinfonico, Rusticanella, Alexander's Ragtimeband, Gebet einer Jungfrau, Hindulied, Japanischer Laternentanz, Einsamer Sonntag, Ständchen

CD

12. Titel
Spieldauer: 46:37 Minuten
Best.-Nr.: 7195

€ 17,95

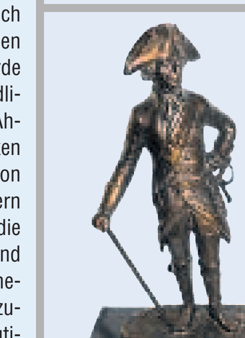


„**Wolfskinder**“ erzählt von einer ostpreußischen Flüchtlingsfamilie, deren Kinder sich auf den Trecks aus ihrer Heimat verloren hatten und auf wundersame Weise wieder zusammenfanden. Eberhard Fechner schildert die spannenden Erlebnisse dieser Geschwister zwischen Privatem und Geschichtlichem.
Als Extra ist die Dokumentation „Flucht und Vertreibung – Inferno im Osten“ zu sehen.
Laufzeit: 120 Minuten + 57 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 5568

DVD – Mit Bonusfilm

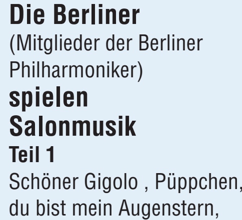
statt € 14,95 nur noch € 9,95





Standbild Friedrich II.
Wunderschöne detailgetreue Darstellung, Metallguß bronziert auf Mamorsockel, Höhe: 27 cm, Gewicht: 2,4 kg
Best.-Nr.: 4036, € 159,95

Die Berliner
(Mitglieder der Berliner Philharmoniker)
spielen Salonmusik
Teil 1




Schöner Gigolo , Püppchen, du bist mein Augenstern, Plaisir d'amour, Petersburger Schlittenfahrt , Narcissus , Jealousy, Zigeunerlager, Oh, Donna Clara, Minuetto, Barcarole, Das alte Lied, Mondnacht auf der Alster

CD

12 Titel
Spieldauer 46:40 Minuten
Best.-Nr.: 7194



€ 17,95



DVD

Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00



DVD

Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95

Preußen-Schirmmütze



Preußen-Schirmmütze
Abweichend zur Abbildung dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Königsberg- Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze



Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

Elchschaufel-Brosche



Elchschaufel- Brosche
Versilbert mit aufgesetzter Elchschaufel in Wappenform. Die Oberfläche des Emblems ist emailliert.
Maße Brosche: B 3 cm, H 1,5 cm
Maße Emblem: H 15 mm, B 13 mm
Rückseitig Quernadel mit Sicherheitsverschluss
Best.-Nr.: 7125, € 4,95

Preußen-Schlüsselanhänger



Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Elchschaufel-Manschettenknöpfe



Hochwertige Manschettenknöpfe mit emaillierter Vorderseite, auf der die Elchschaufel dargestellt ist. Die Rückseite der Manschettenknöpfe ist schwarz eloxiert. Maße: 18 mm hoch, 15 mm breit. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6643, € 24,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler



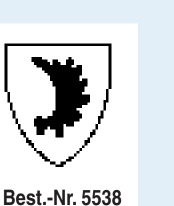
Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

Rundstempel



Best.-Nr. 6216

Best.-Nr. 6472



Best.-Nr. 5538



Best.-Nr. 5539



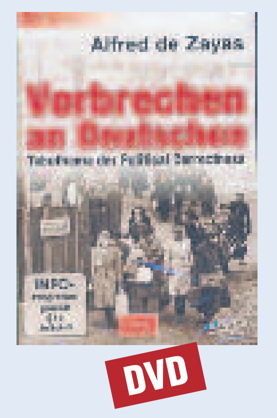
pro Stück nur € 12,95





Vom Autor signiert! (Nur geringe Stückzahl verfügbar!)

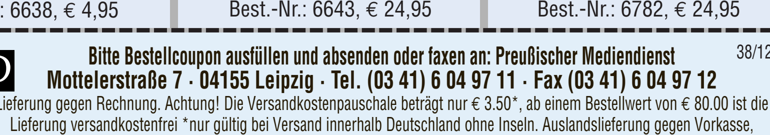
Arno Surminksi
Tod eine Richters
Roman über ein ungewolltes Kind
Geb., 270 Seiten
Best.-Nr.: 7171, € 19,95




DVD

Alfred de Zayas
Verbrechen an Deutschen
Deportation, Zwangsaussiedlung u. ethnische Säuberung
Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129, € 9,95





PMD Preußischer Mediendienst

38/12

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Spione in der EU-Zentrale

Brüssel – Der Chef des belgischen Geheimdienstes, Alain Winants, schlägt Alarm: Hunderte Spione feindlicher, aber auch verbündeter Staaten betrieben in der EU-Hauptstadt Brüssel Wühlarbeit wie zur Zeit des Kalten Krieges. Die Agenten hätten es vor allem auf Wirtschaftsinformationen abgesehen. Da die Sicherheitsdienste der EU nicht stark genug besetzt sind, soll ein neuer Dienst namens „European External Action Service“ (EEAS) Abhilfe schaffen. *MRK*

Sparkassen verlieren Sparer

Frankfurt – Wegen niedriger Zinssätze übertragen Sparkassenkunden ihr Erspartes auf andere Banken. Allein in Hessen und Thüringen sollen laut deren Sparkassen- und Giroverband die Kundeneinlagen um 419 Millionen Euro zurückgegangen sein. Finanzexperten befürchten, dass auch Sparkassen anderer Bundesländer von diesem Abwärtstrend betroffen sein könnten. Grund: In- und ausländische Banken locken Kunden mit relativ hohen Sparzinsen. *tws*

ZUR PERSON

Ein Professor zieht in den Krieg

Hoffnungsvoll blicken Deutschlands Reeder und ihre Versicherungen auf die Wahl **Hassan Scheich Mohamuds** zum neuen Präsidenten Somalias. Man nimmt dem 56-jährigen Professor, der an der Somali National University studierte, als Dozent arbeitete, in Indien seinen Master machte und eine Verwaltungsfachschule in Mogadischu gründete und leitete, ab, dass er das gespaltene Somalia auf einen neuen Weg führen will. Doch ob er die von somalischem Boden aus agierenden Piraten, gegen die auch die deutsche Bundeswehr am Horn von Afrika im Einsatz ist, erfolgreich bekämpfen kann, ist aufgrund der ihm zur Verfügung stehenden Mittel eher unwahrscheinlich. Dafür hat er zu viele andere Baustellen, an denen er tätig werden muss. Dank afrikanischer Friedenssoldaten hat der Sohn eines islamischen Gelehrten wenigstens wieder so etwas wie ein Land, das er regieren kann. Doch bisher gibt es keine richtige Verwaltung oder Infrastruktur. Bis vor wenigen Monaten standen die radikal-islamistischen Shabab-Milizen kurz vor Mogadischu, und die damalige Regierung flüchtete ins Exil.



Hassan Scheich Mohamud blieb jedoch vor Ort, was ihm positiv angerechnet wird. Obwohl er die Übergangsregierung beraten hat, wird er nicht mit deren Korruptionsskandalen in Verbindung gebracht. Auch verzeiht ihm der Westen, für den er bereits als Berater für Unicef und Weltbank tätig war, dass er zwei Frauen gleichzeitig hat. Er sei halt „moderater Islamist“, und dies wird ihm als Marotte abgetan. Vor allem ist der Vater von 18 Kindern aber Idealist. Aber ob der politisch Unerfahrene, der erst 2011 seine Partei „Frieden und Entwicklung“ gründete und zur Überraschung aller die Wahl in Somalia gewann, Islamisten und Piraten in ihre Schranken weisen kann, während er zeitgleich einen Staat aufbaut, ist ungewiss. *Bel*



Ganz Europa feiert mit Karlsruhe

Klein wenig anders

Warum wir den Papst ruhig bekleckern dürfen, wo wir hingegen ganz sensibel sind, und wie der Frieden den Rechtsstaat besiegt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Die katholische Welt ist in Aufruhr. Grund ist die Beleidigung ihres Heiligen Vaters, in katholischer Überzeugung der Stellvertreter Christi auf Erden. Der höchste Würdenträger von 1,2 Milliarden Gläubigen wurde in einem deutschen „Satire-Magazin“ mit einem Urinfleck am Gewand dargestellt.

„Wer unseren Heiligen Vater beleidigt, der beleidigt uns alle“, skandieren aufgebrachte junge Katholiken in zahllosen Ländern mit starker katholischer Bevölkerung. Junge Männer zerreißen deutsche Flaggen, stürmen gar deutsche Botschaften und setzen sie in Brand. Diplomaten aus protestantisch dominierten Staaten fürchten um ihr Leben. Das Auswärtige Amt in Berlin will noch keine Reisewarnung herausgeben, mahnt bei Reisen in besonders katholisch geprägte Länder wie Polen, Mexiko und Altbaiern jedoch zu erhöhter Vorsicht. Es müsse mit Übergriffen empörter Jungkatholiken gerechnet werden.

Radikalkatholische Hassprediger heizen die Atmosphäre an, rufen vereinzelt gar zur Ermordung der Urheber der Schandzeitung auf. Wer den Heiligen Vater und alle Katholiken derart herabwürdige, für den gäbe es nur eine Strafe: den Tod durch das Feuer der Inquisition. Nach diesen Aufrufen wurden die Macher des „Satire-Magazins“ von der Bundespolizei in Gewahrsam genommen – zu ihrem Schutz, wie es heißt.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich wandte sich in aller Schärfe gegen die Herabwürdigung des katholischen Glaubens: „Provokation und Intoleranz gegenüber Religion werden wir nicht dulden.“ Man werde im Rahmen des rechtlich Möglichen alles versuchen, um die Verbreitung jener „Satire“ zu verbieten.

Der Grünen-Politiker Volker Beck bezeichnete das Magazin mit dem Urinfleckbild als „ekelhaftes Schundmachwerk“, seine Parteichefin Claudia Roth sprach von einem „Drecksblatt“. Ein Verbot stehe jedoch im Konflikt mit der Meinungsfreiheit. Das sieht auch die stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei, Katja Kipping, so. Kipping setzt darauf, „breiten zivilgesellschaftlichen Widerstand“ zu mobilisieren. Zeitschriftenverkäufer würden sich dann schon überlegen, ob sie das Blatt bei sich öffentlich zugänglich machen wollten. Selbst Kanzlerin Merkel distanzierte sich vor der Hauptstadtpresse von dem „Satire-Magazin“, machte gleichwohl deutlich, welch hohes Gut die Meinungsfreiheit in Deutschland sei.

Allen Verantwortlichen gemein ist die Sorge um den öffentlichen Frieden, den sie durch die unnötige, fahrlässige Provokation in Gefahr sehen. Offenbar zu Recht: Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz warnte im Interview mit den ARD-„Tagesthemen“: Deutschland laufe Gefahr, „dass der öffentliche Frieden dadurch empfindlich gestört wird“. Es sei vorstellbar, dass Extremisten Straßenschlachten anzetteln.

> Warum droht nicht auch die Bischofskonferenz einmal mit Straßenschlachten?

Derzeit ist nicht abzusehen, wie hoch die Wellen der Empörung in der katholischen Welt noch schlagen. Experten rechnen mit weiteren schlimmen Ausschreitungen und rufen zu mehr Sensibilität im Umgang mit den religiösen Gefühlen unserer katholischem Mitbürgerinnen und Mitbürger auf. Solche Appelle reichen dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages nicht mehr. Ruprecht Polenz (CDU) will den Paragraphen 166 des Strafgesetzbuchs auf die „Satire“-Macher angewendet wissen. Der stellt die Störung des „öffentlichen Friedens“ unter Strafe.

Ich höre Zwischenrufe: Das haben Sie alles nicht mitbekommen? Natürlich haben Sie das, nur eben ein klein wenig anders. Das Bild mit dem Papst ist auf dem Titelblatt von „Titanic“ erschienen, dem führenden deutschen Satiremagazin. Es gab eine breite Debatte, nur die beschriebenen Gewaltreaktionen und Drohungen, die blieben aus. Wenig später drehten ein paar Typen in den USA ein Video-Filmchen, das sich auf wenig respektvolle Weise am Religionsstifter Mohammed abarbeitete. Den billigen Streifen stellten sie ins Internet, wo ihn zunächst kaum jemand beachtete, bis er plötzlich zum Weltskandal aufgebauscht wurde. Es hat sogar Tote gegeben. Merkwürdig, dass einem das alles erst so richtig bizarr vorkommt, wenn man ein paar Wörter und Namen austauscht: Obwohl der Sachverhalt (Verulkung einer höchst heiligen Person einer Religion) ähnlich schwerwiegend ist, fällt die Reaktion gänzlich anders aus. Und wir alle finden das ganz normal. Sind wir noch ganz normal?

Interessant ist das mit dem Paragraphen 166, Störung des öffentlichen Friedens. Das eröffnet ungeahnte Möglichkeiten für Zeitgenossen, die es satt haben, die Meinungen anderer Leute tolerieren zu müssen. Das hatten wir ja schon öfters: Gruppe A hat eine Demo angemeldet, woraufhin Gruppe B damit gedroht hat, aus Protest dagegen die Stadt in Schutt und Asche zu legen. Was passiert? Der Bürgermeister ruft dazu auf, die Gruppe-A-Demo zu verbieten, weil der „öffentliche Frieden“ gefährdet sei.

So einfach ist das: Wenn Sie nicht wollen, dass sich Ihre Gegner öffentlich zeigen dürfen, versammeln sie nur ausreichend Freunde um sich, die glaubhaft den Eindruck erwecken, ordentlich Rabatz machen zu können – und schon ist es aus mit dem Demonstrationsrecht für die Widersacher. Auf diese Weise kann man die Meinungsfreiheit völlig legal plattmachen.

Da benötigen wir denn auch keine Verbote mehr, die wirken uns ohnehin viel zu spießig, zu obrigkeitsstaatlich. Katja Kipping hat den Dreh raus: „Zivilgesellschaftlicher Widerstand“ gegen den Mohammed-Film, damit es keiner auch nur wage, den (in der Tat geschmacklosen) Streifen zu zeigen. Auf Deutsch: Wir drohen denen einfach so massiv, dass die tun, was der „Widerstand“ gebietet. Eine in den 1930er Jahren bereits äußerst erfolgreich praktizierte Übung. So erfolgreich, dass die Deutschen den „Rechtsstaat“ am Ende gar nicht mehr wahrgenommen hatten. Und daher kaum aufgewühlt waren, als eben dieser auch ganz offiziell abgewickelt wurde. Was hatte sich denn verändert? Statt dass zwei verschiedene Gruppen (KPD und NSDAP) „Widerstand“ leisteten, „Warnungen“ erteilten und „Boykotts“ durchsetzten, war es plötzlich nur noch eine einzige, na und? Als die Deutschen merkten, was das alles wirklich bedeutete, war es ein wenig spät.

Glücklicherweise leben wir heute in weit gemütlicheren Zeiten als unsere Vorfahren damals in den 20ern und 30ern. Außerdem haben wir ja aus deren Fehlern unsere Schlüsse gezogen, wozu wir uns bei diversen Gedenktagen stetig aufs Neue gratulieren.

Welche Schlüsse sind das? Das wissen wir nicht mehr so ganz genau, weshalb manche klugen Leute darauf drängen, dass wir die alten Fehler im Umgang mit dem Rechtsstaat noch einmal ausprobieren sollten, doppelt hält bekanntlich besser: Der Herausgeber der linken Zeitschrift „Freitag“, Jakob Augstein, ist voll des Entzückens: Mit dem Einknicken des Bundesverfassungsgerichts hätten die Deutschen nach der Bundesbank nun die letzte große nationale Institution verloren, in die sie ihr Vertrauen setzten.

Der Erbe des „Spiegel“-Gründers findet das großartig. Nun müssen wir noch den Rechtsstaat „zivilgesellschaftlich“ unsichtbar machen, dann fehlt der historischen Erfahrung nach nur noch ein Sargnagel, um der Republik den Garaus zu machen. Der wird für gewöhnlich aus wirtschaftlicher Not geschmiedet.

Die Deutsche Bank lässt verlauten, dass der Euro ohne Inflation und dem Hinschmelzen der Sparvermögen leider nicht zu verteidigen sei. Das sei schade, aber eben der Preis, den die Deutschen für das Wunderwerk der Einheitswährung zu zahlen hätten. Augstein und seinen Freunden müssen die Augen funkeln ob dieser weiteren guten Nachricht.

Am Ende bleiben dem Volk nur noch Wut, Enttäuschung, schließlich Verzweiflung, dann ist erneut die große Stunde gekommen für ... ach, warten wir's einfach ab.

MEINUNGEN

Peter Scholl-Latour *sieht in der tragischen Eskalation im islamischen Raum auch die Folge eines* ***dramatischen Fehlers westlicher Politik****. Der „Saarbrücker Zeitung“ (15. September) sagte er:*

„Der Westen und speziell die Amerikaner sind von Anfang an von einer Illusion ausgegangen. Sie haben geglaubt, dass eine Revolution gegen die dortigen Potentaten eine westliche Form der Demokratie herbeiführen würde. Das ist nicht der Fall. Nehmen Sie Libyen: Die Menschen dort wollten den Diktator weghaben, kein Zweifel. Aber die Gegner von Gaddafi waren nicht etwa pro-amerikanische Kräfte, sondern vor allem Islamisten.“

Brun-Hagen Hennerkes*, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen, charakterisiert in der „Financial Times Deutschland“ vom 12. September die* ***Staatsanleihekäufe der EZB****:*

„Man darf sich nichts vormachen: Die Anleihekäufe der EZB tragen Elemente der Planwirtschaft in sich. Damit soll Kapital in Länder fließen, in denen ein Investor sein Vermögen nicht investieren würde. Stattdessen haftet der Steuerzahler.“

Michael Stürmer *kommentiert in der „Welt“ vom 17. September die* ***EU-Skepsis*** *der Deutschen:*

„Man sollte sich nach diesen Umfrageergebnissen nicht einreden, Europa sei immer an Krisen gewachsen. Die traurige Wahrheit ist anders. Die Europäische Union, leider, ist groß im Kleinen und klein im Großen. Kein Wunder, dass die Leute gemischte Gefühle haben.“

Vom Glühen und Verglühen

Seit etlichen Jahren
vollzieht man devot
Ukase, von Brüssel erlassen,
so nun auch das schmähliche
Glühbirn-Verbot –
bei hellem Verstand nicht zu fassen!

Mit Stromspar-Zinnober
und Öko-Geschwätz
verdammt man die
Quecksilberlosen,
und zappelt verlegen
im eigenen Netz
aus künstlichen
Klima-Psychosen.

Zinnober, schön rot,
ist als Quecksilbererz
ja Grund, auch vor Scham zu
erröten:
In Glühbirn-Prothesen
– welch grimmiger Scherz –
ist Quecksilber nämlich
vonnöten!

Gleichwohl gibt es Leute,
die stolz im Verein
nicht bloß Europäer sich nennen,
nein glühende gar,
ohne Leuchten zu sein!
Ein Widersinn, nicht zu verkennen.

Ihr Glühen verbrät
Energie zellulär
in irrlichternd sprühenden Hirnen,
doch was dort entsteht,
kostet tausendmal mehr
denn alle die glühenden Birnen!

Bei solch Diagnose
die einzige Kur
heißt, Glüh-Europäer entsorgen –
zur Schonung von Mensch
und zudem von Natur
und heute wohl besser als morgen ...

Pannonicus